



Deutschland-Journal



SWG

2016

Deutschland abschaffen?
„Wir schaffen das!“



swg

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Wer wir sind und was wir wollen

Wir werben für ein Deutschland, dessen Bürger wissen und danach handeln, daß Gesellschaft und Staat Ihre Sache sind, und mit Friedrich d.Gr. die „Pflicht jedes guten Staatsbürgers“ sehen, „seinem Vaterland zu dienen“ und „zum Wohle der Gesellschaft beizutragen...“ (Politisches Testament 1768).

Wir wollen einen Staat, in dem gemäß Art. 2 GG jeder Bürger „nach seiner Fassung selig werden“ kann, soweit er nicht die Freiheit anderer verletzt, besonders auch, daß die Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 GG frei von amtlicher oder gesellschaftlicher Ächtung gewährleistet ist.

Wir wollen die Rechtsstaatlichkeit, die im Grundgesetz gefordert ist, in den Gesetzen, in der Rechtsprechung, im politischen und gesellschaftlichen Verhalten und Handeln.

Wir wollen eine Politik, welche die Werte unserer abendländischen Tradition hochhält, von Tatsachen und Erfahrungen ausgeht, statt von Ideologien, und sachgerechte Entscheidungen trifft.

Für unser Geschichtsbild streben wir nach Wahrheit (Tatsächlichkeit) und eine gerechte Wertung.

Wir werben dafür, daß wir Deutschen selbstbewußt zu unserer über 1100-jährigen Kultur und ihrem „spezifischen Beitrag zur Weltzivilisation“ (so der Schweizer Dichter Adolf Muschg) stehen und damit zu unseren Tugenden, die ein wichtiger Teil unserer Eigenart sind. Denn nur so können wir den inneren Frieden gegenüber Anfechtungen erhalten und die Einwanderer an uns binden, die wir haben wollen. Nur so können wir auch unsere Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen.

Wir sind für eine Europäische Union demokratisch selbstbestimmter Vaterländer. Ihr Wettbewerb um die besten Lösungen gibt Europa die nötige Kraft, um sich in der Welt zu behaupten.

Demgemäß sprechen unsere Vortragenden von politischer Korrektheit ungetrübten Klar-text, um anhand der Fakten die Lage und Folgerungen möglichst sachgerecht darzustellen. Das soll die Zuhörer befähigen, sich ein eigenes Urteil über die für uns bedeutsamen Vorgänge zu bilden und sachkundig in ihrem Wirkungskreis zu argumentieren.

Wir können mit unserem Tun nicht die Welt aus den Angeln heben. Doch wir dienen damit einem Bedürfnis sehr vieler Menschen, die bei der Bildung der wirklichen öffentlichen Meinung dazu beitragen wollen, daß in Deutschland das für das Gemeinwohl Beste getan wird, oder als Möglichkeit zumindest ins allgemeine Bewußtsein gelangt.

Die SWG, 1962 in Köln gegründet, gemeinnützig, hat über 4000 Mitglieder und Freunde auch über Deutschland hinaus. In den Regios Schleswig-Holstein (Kiel), Hamburg und Hannover führt sie im Jahr je bis zu acht Vortragsveranstaltungen durch, dazu einen Seminartag im Frühjahr in Hamburg. Mitglieder und Freunde erhalten ein Deutschland-Journal am Jahresende mit Vorträgen und Aufsätzen, gegen Jahresmitte eine Sonderausgabe des Journals als Dokumentation des Seminartages plus dazu passenden Anhängen mit der Bitte um eine Spende. Interessenten erhalten das Heft gegen Einsendung einer Spende von 5 €. Die SWG finanziert ihre ehrenamtliche Tätigkeit allein durch Privatspenden und den Mitgliedsbeitrag (35 €).

Internetportal mit Informationen/Kommentaren, auch den kompletten Deutschland-Journalen, unter: www.swg-hamburg.de.



Deutschland-Journal

SWG

2016

Umschlagbild

Deutschland abschaffen?

Aus: <http://alpenschau.com/wp-content/uploads/2016/04/Deutschland-abschaffen2-450x26.....> Politgrafik, bearbeitet durch Wolfgang von Weiden, Gruppe „Kunst und Zeitgeschichte im Zitat“, siehe Rubrik „KUZIZ“ auf der Internetplattform „Links-Enttarnt.net“.

swg

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Kleine swg-Reihe, Heft 92

ISSN 0944-324X ISBN 3-88527-117-6

Redaktion: Bernd Kallina

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Liebe Leser!

Was wäre aus Ihrer Sicht zu verbessern?

Wem könnten wir das Journal auch noch zusenden?

Antworten bitte an eine der unten angegebenen Adressen

Mit Dank voraus

Vorstand und Redaktion

© 2016 by Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Geschäftsführender Vorstand: Manfred Backerra, Oberst a.D.,

Vors. / Stephan Ehmke, Dipl.-Päd., Oberstlt. d.R., Stv.Vors.

Beirat: Wilhelm v. Gottberg, Pater Lothar Groppe SJ,

Prof. Dr. Klaus Hornung, Hans-Joachim von Leesen, Gerd Schultze-Rhonhof

Postf. 261827 - 20508 Hamburg - T. 040/54817400

geschaeftsstelle@swg-hamburg.de / vorstand@swg-hamburg.de

www.swg-hamburg.de

Vereinsregister Hamburg – Gemeinnützigkeit anerkannt

Postbank Hamburg IBAN: DE05200100200339614200

Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26789 Leer

Deutschland-Journal

Fragen zur Zeit

Inhalt

Manfred Backerra	Vorwort zur Lage	5
Frauke Petry	Die Political Correctness ist am Ende	9
	Gastkommentar in JF-online	9
Manfred Ritter	„Der Sturm auf Europa war absehbar!“	13
Günter Zehm	„Merkels totale Grenzöffnung war ein Verbrechen“	23
Viktor Orbán	Zur Lage der Nation – Auszug aus der Rede des ungarischen Ministerpräsidenten	33
Gertrud Höhler	Angela Merkels neue Leitkultur: Der „passive Imperialismus“	43
Viktor Heese	Was kosten Deutschland die Migranten?	55
Klaus Hammel	Zweierlei Recht – Zweierlei Urteil	61
	Drei Zitate von Alfred von Tirpitz	81
Stefan Scheil	75 Jahre deutscher Angriff auf die UdSSR	83
Günter Deschner	Wir sind Deutsche! Jüdische Patrioten in Deutschlands Geschichte	99
Konrad Löw	Achtung: Geschichtsklitterung	109
Rolf Richter	Wege in den II. Weltkrieg - Die Konfrontation in Europa und Roosevelts Kriegskurs	125
	Die Referenten und Autoren der SWG	131
	SWG – Regio Schleswig-Holstein 2016	139
	Veranstaltungen der SWG Regio Hannover	140
	Veranstaltungen der SWG Regio Hamburg	141



Kritisch, konstruktiv. Klartext für Deutschland.

Die Preußische Allgemeine Zeitung greift ohne Polemik, aber mit klarem Standpunkt all die Themen auf, an die sich die meisten anderen Medien nicht mehr herantrauen. Mit ihren breitgefächerten Themen zu Politik, Kultur und Geschichte des Abendlandes schlägt sie Brücken zwischen Gestern und Heute.

**Jetzt 4 Ausgaben
kostenlos testen!**



Bestellen Sie telefonisch
unter 040-414 008 42 oder per Mail an
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Die Wochenzeitung für Deutschland.

Manfred Backerra: Vorwort zur Lage

Unter jedem Beitrag von www.unzensuriert.at steht „wandere aus, solange es noch geht“. Wer als Deutscher angesichts des fast täglichen politisch-medialen Theaters der Unvernunft diese Aufforderung ernsthaft erwägt, wird feststellen, dass es sich per saldo doch noch immer am besten in Deutschland leben lässt, wenn man von Österreich und der Schweiz absieht.

Selbstdenkende Menschen werden sich aber fragen, wie lange das noch gilt, wenn die seit einiger Zeit herrschende Entwicklung so weitergeht.

Mit dem Öffnen der Grenzen für eine weithin unkontrollierte Einwanderung meist uns kulturfremder Menschen einer intoleranten, Herrschaft fordernden Religion und dem Außerkraftsetzen einschlägiger Gesetze, das Staatsdiener zwingt, gegen ihre Pflicht gesetzwidrig zu handeln, hat ein Putsch stattgefunden (Willy Wimmer). Der Putsch geschah ohne Ermächtigungsgesetz und ohne erkennbaren Widerstand des Kabinetts, des Parlamentes und des Verfassungsgerichts; auch die sogenannten Leitmedien erhoben keinen ernsthaften Protest. So etwas war bis dahin unvorstellbar. Dabei hätte die vertragswidrige und das Zustimmungsgesetz zum Maastricht-Vertrag verletzende „Euro-Rettung“ genannte Bankenrettung schon alle der Rechtsstaatlichkeit verpflichteten staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen empören müssen. Die Frage, ob wir noch in einer wahren rechtsstaatlichen Demokratie leben, ist daher nur noch eine rhetorische.

Die Flut der sogenannten „Flüchtlinge“ begeistert die, welche „Deutschland verrecke“ unbeanstandet vor sich hertragen und skandieren. Ihr Wunsch ist irrational, denn wer sollte sie alimentieren, wenn ihr Wunsch in Erfüllung ginge? Irrational ist aber auch das „Refugees Welcome“ derer, die darin eine humanitäre Mission sehen. Denn mit den geschätzt monatlich mindestens 1500 Euro für einen „Flüchtling“ hier könnten in den Herkunftsgebieten gut 30 Menschen



versorgt werden. Wenn, abgesehen von den vielen anderen negativen Effekten, auch für die Herkunftsländer, und der Unmöglichkeit, das Elend der Welt in Deutschland zu heilen, selbst eine solch simple Rechnung ausgeblendet wird, muss man leider ein kollektives Irresein annehmen.

Das bestimmende politisch-mediale Kartell zeigt weitgehend Desinteresse/Unwillen/ Unfähigkeit, die Interessen wahrzunehmen, die Kernaufgabe jedes Staates sind.

Das Parlament gibt zur „Euro-Rettung“ letztlich seine Budget-Hoheit auf, lässt sich von den USA zum eigenen Schaden mit der EU zu Sanktionen gegen Russland und andere Staaten bringen. Es lässt sich von den USA zur nur beschränkten Einsicht und zur Geheimhaltung des TTIP-Konvoluts von sicher über 1500 Seiten in englischer Sprache (!) verpflichten, dem es am Ende zustimmen soll. Das, obwohl schon allein der Umfang dieses sogenannten Freihandelsvertrags Schlimmes vermuten lässt. Obama hat klar gesagt, die USA müssten „manchen Ländern den Arm umdrehen“, um weltweit die Regeln zu bestimmen.¹ Noch gefährlicher ist, das von den USA gewollte politisch-mediale Kriegstommeln gegen Russland, unterfüttert mit provokanten Aufmärschen an dessen Grenzen.

Bundes- und Landesregierungen, Verwaltung, Polizei und Rechtsprechung müssten den wilden Einwanderern in aller Härte zeigen, dass sie sich als Gäste nach unseren Regeln zu verhalten haben – tun es aber nicht. Sie sehen im Gegenteil über Straftaten hinweg, vertuschen sie sogar. Gerichte verhängen Strafen, welche unsere Staatsgewalt für die aus brutalen Gewaltverhältnissen Kommenden zur Lachnummer macht. All das wird wohlwollend von einem politisch-medialen und gesellschaftlichem Mainstream begleitet, der ständig Toleranz bis zur Selbstaufgabe einfordert. Er stellt die, welche mit der Mahnung „heute sind wir tolerant, morgen fremd im eigenen Land“ für das Wohl des „Deutschen Volkes“ (Grundgesetz) eintreten mit Verbalinjurien – sogar von höchsten Amtsträgern! – ins Abseits. Gegen national Denkende ist alles erlaubt.

Diese totalitäre „Toleranz“, lässt ihren Verbalinjurien von gewalttätigen „schwarzen Blocks“ Nachdruck verleihen. Gegen deren Terror,

¹ PAZ 26.08.2016, S. 7: Zivile Ergänzung der Streitkräfte (Florian Stumfall)

der u.a. die AfD ihrer Rechte beraubt, gibt es keinen Aufschrei der „Demokraten“.

Wer dagegen auch nur in Worten, sogar solchen des Grundgesetzes oder in dessen Sinn, sich für Deutschland stark macht, erzeugt geradezu hysterische Reaktionen und wird mit unnachsichtiger Härte verfolgt. Der frühere „Konsens der Demokraten“ gegen jeden, zumal gewalttätigen Extremismus existiert nicht mehr.

Das unbedingte Rechtsbewusstsein aufgrund verlässlicher Rechtsstaatlichkeit, auf welche die Deutschen im Kaiserreich stolz waren², und welche bis vor einiger Zeit ein Grundpfeiler deutscher Kultur und wirtschaftlichen Erfolges war, wird so systematisch zugrunde gerichtet.

Hinzu kommt vielfach eine Schulausbildung, die Kindern und Jugendlichen die sittlichen Maßstäbe des Grundgesetzes nehmen will, ein oft tatsachenwidrig negatives Geschichts- und nationales Selbstbild sowie zu wenig fundiertes Allgemeinwissen vermittelt. Schließlich bringt es zu oft wenig oder nicht Ausbildungs- und Studierfähige hervor.

Wenn trotz all der hier nur in Bruchstücken skizzierten Ruinierungsmaßnahmen die deutsche Wirtschaft noch sehr stark ist, darf man annehmen, dass die weit überwiegende Mehrheit der hier Tätigen immer noch die Werte lebt, die Deutschland erfolgreich gemacht haben. Das lässt hoffen.

Die vielbeklagte „Politikverdrossenheit“ der Bürger ist tatsächlich eine Abscheu vor einer Politik, welche in existenziellen Fragen das Wohl Deutschlands ignoriert oder schädigt. In der Bundesrepublik Deutschland gab es noch nie so wenig Vertrauen in die politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen wie heute. Auch war unser Staat wegen seiner die nationalen und europäischen Interessen verletzenden Politik in Europa noch nie so isoliert.

Aber es gab auch noch nie so viel Widerstand selbstdenkender Menschen durch Demonstrationen, Leserbriefe, einige Publikationen sowie Blogs und Kommentare im Internet. Wahrscheinlich würden wirklich unabhängige-kritische Umfragen für den Mainstream Vernichtendes zutage bringen.

² Margaret Lavinia Anderson: *Practicing Democracie ... in Imperial Germany* (2000), *Lehrjahre der Demokratie* (2009): „Die Bürger des Kaiserreichs waren stolz darauf, einem Rechtsstaat anzugehören“, „Rechtsstaat“ auch im Original auf deutsch.

Trotzdem ist nicht damit zu rechnen, dass die nächste Bundestagswahl schon eine wirkliche Umkehr bewirkt. Es ist allerdings zu erwarten, dass sich das bisherige Parteienkartell durch neue Kräfte gezwungen sieht, Deutschlands Interessen besser wahrzunehmen.

Ein wirklicher Zwang dazu entstünde, würden die in Art. 20,2 GG versprochenen, aber bisher verwehrten bundesweiten Volksabstimmungen durchgesetzt. Damit würden höchstwahrscheinlich Entscheidungen gegen deutsche Interessen unmöglich gemacht. Außerdem könnten damit u.a. die unnütze Übergröße des Bundestages, vor allem aber die Macht der Parteien, „die sich den Staat zur Beute gemacht haben“ (R. v. Weizsäcker u.a.) beschnitten werden (z.B. durch Abschaffen der Listenwahl). Nicht zuletzt ließe sich auch wieder eine Gewaltenteilung einführen, die diesen Namen verdient.

Ein „Ruck“, der die oft existenzgefährdenden Missstände beseitigt, ist nicht zu erwarten.

Doch wenn immer mehr Bürger des gesunden Menschenverstandes sich hartnäckig mit allen legalen Mitteln dafür einsetzen, den negativen Trend umzukehren, bevor es zu spät ist, wird es gelingen. Vorausgesetzt, diese sehr kühne Zuversicht beflügelt auch das Denken und Handeln.

Manfred Backerra

Die Political Correctness ist am Ende

Gastkommentar von Frauke Petry*

Die Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der USA ist vor allem ein Triumph des amerikanischen Volkes über das Establishment. Dass eine politische Karriere wie die von Trump überhaupt möglich ist, bezeugt zugleich die beneidenswerte Vitalität der amerikanischen Demokratie.

„We want our country back“, lautete seine zentrale Wahlkampfaussage. Es war eine Kampfansage an die Eliten, die von der Globalisierung profitieren und sie hemmungslos vorantreiben zu Lasten und zum Schaden der einfachen Menschen. Es war eine Kampfansage gegen die schrankenlose Masseneinwanderung in die Staaten des Westens.

Es war eine Botschaft an die Nationalstaatsrealisten, dass die one-world-Phantasten und Grenzniederreißer sich künftig für die Folgen ihres Tuns zu verantworten haben werden. Und es war das Versprechen, die simple politische Tatsache zu akzeptieren, dass Freiheit, Sicherheit und Recht nur innerhalb von Grenzen durchgesetzt werden können.



Die Mehrheit will ein Ende der Spaltung

We want our country back, sagten unlängst die Briten – die Wahl von Trump ist gewissermaßen die amerikanische Version des Brexit. Wir wollen unser Land zurück, das sagen auch viele Österreicher, und wir werden bei der Bundespräsidentenwahl in wenigen Wochen sehen, wie viele für den Kandidaten stimmen, der diese Forderung stellt.

Wir wollen unser Land zurück, das sagen viele Franzosen, Belgier, Schweden – und natürlich auch viele Deutsche. Die Wahlerfolge der AfD legen davon Zeugnis ab. Der Zeitgeist dreht sich. Das Pendel schwingt zurück.

Es wird höchste Zeit, dass in den Vereinigten Staaten von Amerika das vom politischen Establishment entmündigte Volk seine Stimme zurück erhält. Während 93 Prozent der Wähler am Regierungssitz in Washington DC die Kandidatin Clinton und damit die Erhaltung ihrer

* in: Junge Freiheit JF online, 9. November 2016

eigenen Machtstrukturen gewählt haben, will die Mehrheit des Volkes landesweit den politischen Neuanfang, eine wirtschaftliche Erholung für die gebeutelte Mittelschicht und ein Ende der Spaltung des immer noch mächtigsten Landes der Welt.

Wahlergebnis macht Mut für Deutschland

Nicht Trump hat diese Spaltung vorangetrieben, sondern die Eliten in Washington und in der Wall Street und die Lautsprecher des Zeitgeistes in Hollywood, in den Medien und an den Universitäten taten es.

Dieses Wahlergebnis macht Mut für Deutschland und Europa, denn Trump hat tatsächlich die Karten für eine politische Zeitenwende in der Hand. Er hat versprochen, das transatlantische Verhältnis neu zu justieren und die großen Konflikte in der Ukraine und in Syrien im Einvernehmen mit Russland zu beenden.

Er kann die hegemonialen Ansprüche Amerikas in Europa durch eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe ersetzen. Das bedeutet zugleich auch, dass die europäischen Staaten und dass insbesondere Deutschland wieder mehr Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen müssen. Und noch etwas bedeutet die Wahl des Klartextredners Donald Trumps zum mächtigsten Mann der Welt: Die Political Correctness ist am Ende. Die Menschen sind der Euphemismen und wohlmeinenden Verkleisterung der Wirklichkeit überdrüssig. Sie haben es satt, ihre Probleme mit Bekundungen guten Willens zuzudecken.

Die Menschen haben satt, dass ihre Heimat verwahrlost

Sie haben es satt, sich Schuldgefühle einimpfen zu lassen. Sie haben es satt, sich von Politik und Medien ihre Alltagserfahrungen ausreden zu lassen. Sie haben den Rassismus der Antirassisten und die Intoleranz der Toleranten satt. Sie haben es satt, dass ihre Heimat verwahrlost und dass ihre Nationalkulturen abgeräumt werden.

Die Amerikaner haben ihren Demoskopen und Leitmedien eine Lektion erteilt. Sie haben sie lächerlich gemacht. Heute können wir uns entspannt zurücklehnen und uns über die düpierten Reaktionen des deutschen politischen Personals amüsieren. Der sozialdemokrati-

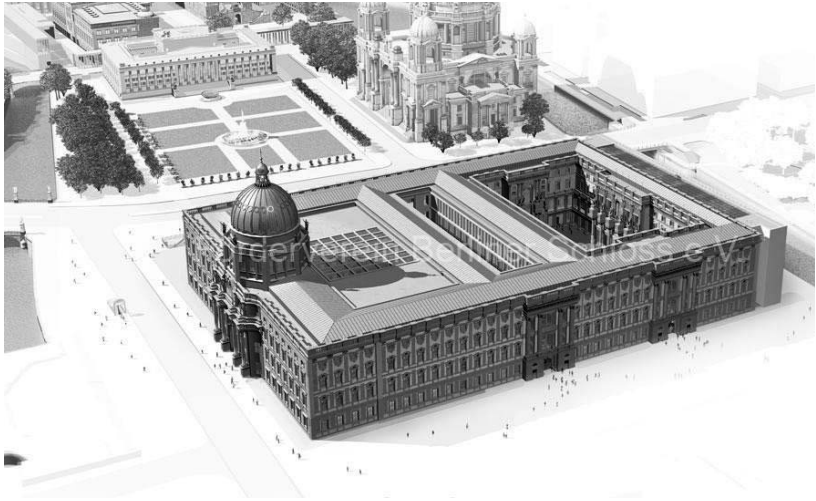
sche AfD-Wahlkampfhelfer Ralf Stegner etwa twittert: „Wenn dieser Rechtspopulist und sexistische Hassprediger US Präsident wird, dürfen wir uns auf einen politischen Kälteschock gefasst machen.“

Das Pendel wird auch hierzulande zurückschwingen

Von einer „bitteren Warnung“ spricht sein kongenialer Patachon Heiko Maas. Frau von der Leyen ist „schwer schockiert“. Nun, wir sind es nicht. Wir sind nicht einmal besonders überrascht. Denn wir gehören zu denen, die dafür sorgen, dass das Pendel auch hierzulande zurückschwingt.

Die Lektion der US-Wahl für Deutschland, so verschieden die Situationen unserer Länder im Detail auch sein mögen, lautet: Vertrauen Sie den Medien nicht allzu sehr und vor allem: Pfeifen Sie auf deren Prognosen! Sagen Sie Ihre Meinung! Und machen Sie Ihr Kreuz in der Wahlkabine dort, wo Sie wollen – nicht dort, wo es nach Ansicht sogenannter Meinungsführer hingehört. Es ist Ihre Stimme. Es ist Ihre Zukunft. Es ist Ihr Land.

Frauke Petry



Stiftung Berliner Schloss-Humboldtforum, © Golden Section Graphics



Berlin 2018. Schloss von den Linden aus

Manfred Ritter: **„Der Sturm auf Europa war absehbar!“**

Angela Merkels „Flüchtlingspolitik“ heißt strategisches
Elitenversagen in Deutschland / Deutschland-Journal-Autorengespräch

Als das Buch „Sturm auf Europa“ des damals mit Asylprozessen befassten bayerischen Landesanwalts, Manfred Ritter, 1990 erstmals erschien, wurde der Autor nicht nur von linken Medien vehement angegriffen. Auch Kirchenvertreter protestierten, Teile der CSU wandten sich von Ritter ab und er wurde zur Autobahnverwaltung versetzt. Jetzt sind seine Vorhersagen einer drohenden Masseneinwanderung für alle sichtbar eingetreten und es bestehen erhebliche Zweifel, ob man die durch Angela Merkels verantwortungsloses Verhalten – u.a. durch die weltweit verbreiteten Selfie-Einladungsfotos im Digital-Zeitalter – erheblich verstärkte Einwanderungs-Lawine wieder aufhalten oder wenigstens eindämmen kann. Ritters Buch* ist inzwischen in der Originalfassung (erweitert um ein aktuelles Vorwort) vom von Hase & Koehler-Verlag neu herausgebracht worden. Bernd Kallina sprach mit Manfred Ritter in einem Exklusiv-Interview für das „Deutschland-Journal“.



Wenn man Ihr vor 25 Jahren erstmals veröffentlichtes Buch „Sturm auf Europa“ liest, meint man, es sei erst heute geschrieben worden. Hatten Sie damals prophetische Fähigkeiten?

Nein, die waren gar nicht nötig. Es genügte völlig, die Realität ohne ideologische Scheuklappen und Wunschbilder zu betrachten. Meine Prophezeiung einer neuen Völkerwanderung war im Grunde nichts anderes als die nüchterne Analyse einer Entwicklung, die sich damals bereits deutlich abzeichnete und die inzwischen immer beängstigendere Ausmaße angenommen hat.

* Manfred Ritter: „**Sturm auf Europa – Asylanten und Armutsflüchtlinge: Droht eine neue Völkerwanderung?**“, 3. erweiterte Auflage, Hase & Koehler-Verlag Mainz 2016, broschiert 144 Seiten, 8.90 Euro.



Welche?

In erster Linie geht es um die Bevölkerungsexplosion in der 3. Welt. Vielen Politikern und Journalisten scheint offenbar nicht bekannt zu sein, dass sich die Weltbevölkerung seit 1950 fast verdreifacht hat und dass diese Entwicklung munter so weitergeht. Der jährliche Zuwachs von ca. 80 Millionen Menschen entspricht der Einwohnerzahl Deutschlands. Es sollte eigentlich jedem klar sein, dass dies auf Dauer in den betroffenen Ländern zu katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen führen muss. Die Folgen sind erfahrungsgemäß Kriege, Bürgerkriege und gigantische Flüchtlingsströme. Deren vorrangiges Ziel, werden die „Wohlstandinseln“ dieser Erde sein. Diese Entwicklung wird sich immer mehr verstärken und zwangsläufig die Ausmaße einer Völkerwanderung annehmen. Ich habe diese zentrale Ursache der Flüchtlingsproblematik bereits vor 25 Jahren ausführlich beschrieben. Mit dem Ergebnis, dass die rot-grüne Propagandamaschinerie über das Buch hergefallen ist, ohne sich auch nur ansatzweise mit den dort vorgebrachten Argumenten auseinanderzusetzen. Die Verlogenheit dieser Propaganda zeigt sich bei diesem Thema auch noch heute. Während man scheinheilig die Erderwärmung zum vermeintlichen Menschheitsproblem Nr. 1 hochstilisiert, wird das wahre Problem der Menschheit – die Bevölkerungsexplosion – kaum noch diskutiert. Als ob man solch ein gigantisches Problem durch politisch korrektes Totschweigen lösen kann. Die Folgen dieser Politik werden verheerend sein.

Dieses Thema würde eine völlig neue Dimension in der so genannten „Flüchtlingsdebatte“ eröffnen. Wenn die Einwanderungs-Ideologen zusammen mit Frau Merkel von Ursachenbekämpfung beim Flüchtlingsproblem reden, meinen sie doch offensichtlich etwas ganz anderes, oder?

Ja sie werden hier offenbar zum Opfer ihrer eigenen Propaganda. Sie reden den Leuten ein, es kämen überwiegend Kriegsflüchtlinge aus Syrien und man müsse dort nur für Frieden sorgen, um das Problem zu lösen. In Wirklichkeit besteht die große Mehrheit der Migranten aus Wirtschaftsflüchtlingen und unsere Nachbar-Kontinente Asien und Afrika haben ein „unerschöpfliches Potential“ von Menschen, die unter extremer Armut leben und die unsere Sozialhilfesätze als eine geradezu paradiesische Alternative betrachten würden. Hier geht es nicht um ein

paar Millionen, sondern um Milliarden potentielle Armutsflüchtlinge. Diese Schätzungen beruhen nicht auf einer ideologischen Übertreibung, sondern auf elementarster Logik. Wer Europa von einer „Wohlstands-Insel“ in das „Armenhaus der Welt“ verwandeln will, muss nur die Politik von Frau Merkel fortsetzen und die Tore Europas für die Flüchtlingsmassen öffnen. Europäer, die überleben wollen, sollten sich bei einer solchen Politik rechtzeitig um eine Fluchtmöglichkeit nach Amerika oder Russland bemühen.

Diese globale Betrachtung des Flüchtlingsthemas ist in Deutschland bisher weitgehend ignoriert worden. Warum?

Es gibt Politiker, die ab einer gewissen Größe eines Problems geistig auf „Tauchstation“ gehen und durch Ignorieren einer Diskussion entgehen wollen. Andere erkennen zwar das Problem. Weil es aber im konkreten Fall ihre Position einer möglichst ungehinderten Masseneinwanderung als völlig verantwortungslos erscheinen ließe, werden sie natürlich alles tun, um eine Diskussion darüber zu verhindern. Dies war sicher einer der Gründe, warum mein Buch damals so intensiv bekämpft worden ist. Deshalb kann ich allen Politikern und Medien, die gegen eine Masseneinwanderung sind, nur dringend empfehlen, das Thema Bevölkerungsexplosion und deren Folgen ganz oben auf die politische Tagesordnung zu setzen und eine Diskussion darüber mit allen Kräften in Gang zu setzen. Besonders in Deutschland, wo politische Diskussionen oft von einer unglaublichen provinziellen Kurzsichtigkeit beherrscht werden, muss dieses globale Thema immer wieder erörtert werden, denn es ist das mit Abstand wichtigste Argument gegen eine Masseneinwanderung.

Welches Argument würden Sie auf Rang 2 setzen?

In meinem Buch habe ich unter der Überschrift: „Europäischer Wohlstand – wie lange noch“ vor der größtenwahnsinnigen Illusion eines für die Ewigkeit abgesicherten europäischen Wohlstandes gewarnt und dieses Wirtschaftsthema gleich nach dem Problem der Bevölkerungsexplosion behandelt. Mir ist völlig unverständlich, mit welcher Selbstverständlichkeit viele Politiker und Medien von einem ewig florierenden Export europäischer Produkte ausgehen und darauf ihre langfristigen politischen Entscheidungen - auch in der Einwanderungsfrage - aufbauen. In Wirklichkeit beruht der europäische Wohlstand

nicht auf Bodenschätzen oder großen Agrarflächen sondern weitgehend auf den hier produzierten hochwertigen Waren. Wenn wir diese Waren wegen billigerer Konkurrenz aus Niedriglohnländern - im Rahmen der Globalisierung oder wegen einer weltweiten Rezession - nicht mehr mit den gewohnten hohen Gewinnen absetzen können, ist es mit unserem Wohlstand sofort vorbei. Die europäischen Staaten haben in der Regel auch keine finanziellen Reserven, sondern nur sehr hohe Schulden. Wir sind deshalb nur „Tagelöhner der Weltwirtschaft“ und können uns schon aus diesem Grund keine millionenfache Einwanderung erlauben, wenn wir nicht katastrophale Verhältnisse im Falle einer Wirtschaftskrise riskieren wollen. Es wird zwar niemand gerne hören, aber die Gefahr von weltweiten Wirtschaftskrisen ist heute erheblich höher als vor 25 Jahren. Die Bankenkrise ist keineswegs überwunden sondern allenfalls „storniert“. Selbst kleinere Wirtschafts-Flauten könnten sich deshalb in Verbindung mit schwachen Banken gefährlich „hochschaukeln“. Leider fehlt einer im Kommunismus aufgewachsenen Frau Merkel jedes Verständnis für die Funktionsweisen einer kapitalistischen Wirtschaft. Dies zeigt sich auch bei ihrer Energiepolitik, deren „Rechnung“ uns mit Sicherheit auch noch präsentiert wird. Wirtschaftskrise, extrem hohe Energiekosten und Millionen arbeitsloser Flüchtlinge, die auch noch versorgt werden müssten – bei einem solchen Szenario bedarf es gar nicht mehr des islamistischen Terrorismus, um Deutschland zu ruinieren.

Die Funktionseiten in Deutschland und Europa sind offenbar das zentrale Problem. Selbst nach der katastrophalen Flüchtlingslawine im vergangenen Jahr ist ein deutlicher Widerwillen zu registrieren, wirksame Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Besonders von der deutschen Kanzlerin die sagt, Zäune helfen nicht. Was meinen Sie?

Das ist die bequemste Ausrede der Befürworter einer Masseneinwanderung, um sich vor der Verantwortung zu drücken. Da könnte man gleich alle Grenzen und alle Gesetze aufheben. Wie auf einer karibischen Pirateninsel im 17. Jahrhundert. Ein Staat, der seine Grenzen nicht sichern kann, hat keine lange Überlebensdauer. Im Übrigen geht es bei der konsequenten Grenzsicherung nicht nur um das Verhindern einer unbefugten Grenzüberschreitung, sondern vor allem darum, die illegal Eindringenden konsequent wieder abzuschieben. Dass dies geht, wenn man nur will, haben die USA und Australien anschaulich demonstriert.

„Migration produziert mehr Migration“

Interviewauszug mit dem amerikanischen Zuwanderungsforscher Demetrios Papademetriou

Lassen sich Grenzen sichern?

Papademetriou:

Natürlich. Praktisch alle Staaten der Erde tun das, mit Erfolg. Es gibt keine Region auf der Welt, die solche Schwierigkeiten hat, ihre Grenzen zu schützen wie Europa. Wenn ich mit Beamten oder Politikern aus Brüssel spreche, bin ich jedes Mal schockiert, dass sie überzeugt sind, sie könnten nichts tun, um die Wanderungsbewegungen von Menschen zu beeinflussen. Dabei war kein anderes Thema jemals von solch existentieller Bedeutung für Europa wie die Flüchtlingskrise.

Wie lassen sich Grenzen sichern?

Die Kanzlerin sagt, Zäune helfen nicht.

Papademetriou:

Das stimmt nicht. Es gibt jede Menge Optionen, um Grenzen zu sichern, und sie alle sind mit internationalem Recht vereinbar. Schauen Sie in die USA, wir haben lange Grenzen und viele Probleme mit Migration. Die USA haben deshalb Milliarden Dollar in den Grenzschutz investiert, in Zäune und neues Personal, die Zahl der Grenzschützer wurde annähernd versechsfacht. Seither ist die Grenze unter Kontrolle.“

Demetrios Papademetriou war Präsident des „Migration Policy Institute Washington“ und gilt als einer der führenden amerikanischen Zuwanderungsforscher.

Quelle: Die Zeit, 5. November 2015

Außerdem behaupten die Befürworter einer Masseneinwanderung, dass Deutschland die Einwanderer braucht, um seinen Bevölkerungsrückgang auszugleichen.

Sie beweisen damit nur, dass sie keine überzeugenden Argumente haben. Denn sie müssten eigentlich wissen, dass der hoch spezialisierte deutsche Arbeitsmarkt qualifizierte Arbeitskräfte benötigt, die bei den

Flüchtlingsen nur selten zu finden sind. Ungelernte Arbeitskräfte gibt es in der EU jedenfalls weitaus mehr als Bedarf besteht. Dies beweist die hohe Arbeitslosigkeit bei dieser Gruppe. Wenn daher Politiker und Medien dieses Argument bringen, muss man von einer vorsätzlichen Täuschung und damit von einer Lüge ausgehen. Von diesem Vorwurf muss man allerdings jene ausnehmen, die der sozialistischen Wahnidee anhängen, dass man aus jedem Hilfsarbeiter einen Hochschulprofessor machen kann. Solche Leute, die glauben, alle Menschen seien - wie Klone - in gleicher Weise begabt, lassen sich aber, wie religiöse Sektierer von der Realität nicht überzeugen. Man kann eine Einwanderung nach Europa allerdings dann zulassen, wenn es sich um qualifizierte Kräfte handelt, für die langfristig ein entsprechender Bedarf besteht. So wird es auch in klassischen Einwanderungsländern gehandhabt. Potentielle Sozialhilfeempfänger lassen sie in der Regel nicht einwandern. So etwas fordern nur deutsche Gutmenschen – aber natürlich auch nur so lange sie dies nicht unmittelbar aus der eigenen Tasche bezahlen müssen.

Bleiben wir bei der auffälligen Problematik unserer deutschen Funktionseliten. Einerseits weigern sie sich notwendige und mögliche Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, andererseits warnten einige ihrer führenden Repräsentanten in der Vergangenheit vor den negativen Folgen einer uferlosen Masseneinwanderung, Helmut Schmidt sprach sogar vor einer „Entartung der Gesellschaft“. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Helmut Schmidt: „Dann entartet die Gesellschaft“

„Übersteigt der Ausländeranteil die Zehn-Prozent-Marke, wird jedes Volk rebellisch.“ Heinz Kühn, SPD-Bundestagsabgeordneter, in der Quick, 15. Januar 1981

„Weder aus Frankreich, noch aus England, noch aus Deutschland dürfen sie Einwanderungsländer machen. Das ertragen die Gesellschaften nicht. Dann entartet die Gesellschaft. Die Vorstellung, wie sie etwa Heiner Geissler jahrelang verbreitet hat, dass wir mehrere Kulturen nebeneinander haben könnten, habe ich immer für absurd gehalten.“ **Helmut Schmidt**, in der Frankfurter Rundschau vom 12. September 1992.

„Wenn wir uns weiterhin einer Steuerung des Asylproblems versagen, dann werden wir eines Tages von den Wählern, auch unseren eigenen, weggefeht, dann werden wir zu Prügelknaben gemacht und ich sage euch, wir sind am Ende mitschuldig“ **Herbert Wehner** aus dem Jahre 1982, zitiert von Prof. Erwin Scheuch im Ost-West-Magazin des Deutschlandfunks vom 26. November 1992.

„Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins: raus, und zwar schnell.“ **Gerhard Schröder**, SPD-Politiker, am 20. Juli 1997 in der „Bild am Sonntag“.

„Das Boot ist mehr als voll, es sinkt bereits... Wo steht geschrieben, dass Ausländer dieselben Sozialleistungen erhalten müssen wie Deutsche?“ **Wolfgang Zeitlmann**, CSU-Bundestagsabgeordneter, am 20. Dezember 1998 in der „Berliner Morgenpost“.

„Das Gerede von der multikulturellen Gesellschaft legt die Axt an die Wurzel unserer in Jahrhunderten entwickelten nationalen und kulturellen Identität, führt Ausländer in eine inhumane Isolation, importiert die auch bei uns nicht lösbaren innenpolitischen Probleme anderer Länder, Völker und Volksgruppen und zerstört schließlich gesellschaftliche Solidarität im Sinne einer gewachsenen Verantwortungsgemeinschaft.“ **Edmund Stoiber** in, „Die Welt“ vom 25. Februar 1989.

„Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.“ Bundesinnenminister **Otto Schily** (SPD) am 15. November 1998 im Berliner „Tagesspiegel“.

„Ja, das Menschenrecht auf Freizügigkeit gibt es, lässt es uns hochhalten. Das Recht, bei sich daheim zu sein, in seinem eigenen Land, mit Wurzeln, die hineinreichen in alle Tiefen und Untiefen der eigenen Kultur – dieses Menschenrecht gibt es auch... Das Menschenrecht auf Freizügigkeit zu feiern als ‚fortschrittlich‘; das Menschenrecht aufs Daheimsein in der eigenen Nation zu verteuern als ‚faschistoid‘: Das ist pure Gedankenlosigkeit, die nicht der

Demokratie nützt, sondern neuem Faschismus.“ **Günter Nenning** in seinem Buch „Die Nation kommt wieder“, 1990.

„Die multikulturelle Gesellschaft ist hart, schnell, grausam und wenig solidarisch, sie ist von beträchtlichen sozialen Ungleichgewichten geprägt und kennt Modernisierungsgewinner ebenso wie Modernisierungsverlierer, sie hat die Tendenz, in eine Vielzahl von Gruppen und Gemeinschaften auseinanderzustreben sowie die Verbindlichkeit ihrer Werte einzubüßen.“ **Daniel Cohn-Bendit**, 22. November 1991 in einem Interview mit der „Zeit“.

Hier liegt nur scheinbar ein Widerspruch vor, denn die Zitate von prominenten Politikern aus den etablierten Parteien für eine Politik, die die Lebensinteressen der eigenen Bürger über die der Wirtschaftsflüchtlinge stellt, stammen aus der Zeit vor dem Jahr 2000. Offenbar wagt es aus diesen Kreisen inzwischen niemand mehr, der jeden Widerspruch erstickenden Gutmenschen-Propaganda öffentlich zu widersprechen, weil er damit seiner politischen Karriere ein schnelles Ende bereiten würde. Wir sind, durch die Deutschland beherrschenden Medien inzwischen auf den geistig-seelischen Zustand einer „Selbstmord-Sekte“ umerzogen worden. Überall auf der Welt wird es als selbstverständlich angesehen, dass Humanität ihre Grenzen haben muss, wenn man der eigenen Bevölkerung menschenwürdige Lebensverhältnisse erhalten will. Nur in Deutschland scheinen gewisse Funktionsebenen die Meinung zu vertreten, dass wir in der Form einer Masseneinwanderung von Armutsflüchtlingen einen weltweiten „brüderlichen Sozialismus“ exerzieren müssen, bis wir auf das Armuts-Niveau eines Entwicklungslandes abgesunken sind. Denn erst dann würde die Einwanderung nach Deutschland uninteressant. Diese unvermeidbare Konsequenz der deutschen Einwanderungspolitik wagt zwar niemand unserer Gutmenschen auszusprechen. Offenbar glauben sie mit der gleichen Inbrunst, dass schon alles irgendwie gutgehen werde, wie einst viele Verzweifelte am Ende des 2. Weltkrieges an die versprochene „Wunderwaffe“ glaubten. Die deutsche Neigung zum Exzess scheint wohl unausrottbar zu sein. Warum können wir uns nicht die anderen Staaten - einschließlich der klassischen Einwanderungsländer - zum Vorbild nehmen, die nach Kräften versuchen, die

Einwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen konsequent zu verhindern? Hat die staatspolitische Vernunft in Deutschland eine Chance oder wird - diesmal als „irrsinnige“ Ironie der Geschichte- ein neuer „Gutmenschen-Faschismus“ unser Land endgültig ruinieren?

Eine zusätzliche negative Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Deutsche Asylrecht. Sie haben sowohl in Ihrem Buch als auch in vielen Interviews darauf hingewiesen und es als ein verhängnisvolles „Selbstzerstörungsprogramm“ bezeichnet. Wie muss es verändert werden?

Das deutsche Asylrecht wird als Grundrecht gewährt und ist damit durch einfache Gesetzgebung nicht abänderbar. Deshalb kann etwa der CSU-Vorschlag, jährliche Höchstquoten bei der Einreise von Asylbewerbern festzusetzen, nicht mit einfacher Mehrheit im Bundestag beschlossen werden. Vielmehr müsste vorher mit Zweidrittel-Mehrheit das Asylgrundrecht entsprechend geändert werden. Angesichts der Erfahrungen mit der Masseneinwanderung im Vorjahr ist diese Situation ein enormes Sicherheitsrisiko für unseren Staat. Denn der Staat muss auf die Flüchtlingsströme schnell und flexibel reagieren können. Wenn dazu jedes Mal eine Grundgesetzänderung nötig wäre, würde dies viel zu lange dauern. Deshalb muss das Asylgrundrecht geändert und als sogenannte institutionelle Garantie im Grundgesetz verankert werden. Dann erhält der Gesetzgeber die Möglichkeit, die Gesetzeslage kurzfristig unserer Aufnahmefähigkeit anzupassen. Nur so kann der Staat die Kontrolle über unseren Rechtsstaat behalten und die Bürger angemessen schützen.

Ihre Argumente für eine weitgehende Abschirmung Europas vor den Flüchtlingsmassen wiegen schwer. Trotzdem wird sich Europa nicht völlig aus der weltweiten Flüchtlingsproblematik heraushalten können. Haben Sie hier Alternativen anzubieten?

Einer Ansicht nach nur ein Modell, das Europa und andere Industrieregionen vor einer Überflutung mit Armutsflüchtlingen schützen kann und das ist die „Regionalisierung der Flüchtlingsströme“. Wer - aus welchen Gründen auch immer - aus seiner Heimat flieht, muss auf seine unmittelbaren Nachbarländer als zumutbare Fluchtalternative verwiesen werden. Um deren Aufnahmebereitschaft zu fördern, müssten die Industriestaaten die Finanzierung übernehmen und zwar

so großzügig, dass es für die Aufnahmeländer nicht nur kostenneutral sondern auch gewinnbringend wäre. Weil die Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen in den Entwicklungsländern, die in den meisten Fällen als Nachbar- und damit als Aufnahmestaaten in Frage kommen, nur einen Bruchteil (oft weniger als 3%) der Kosten betragen, die in Europa anfallen würden, wäre diese Lösung für die Europäer am günstigsten. Sie könnten damit ihren humanitären Verpflichtungen nachkommen, ohne sich selbst zu ruinieren. Wir müssen uns schon aus Gründen der Selbsterhaltung von der Vorstellung lösen, dass sich jeder Flüchtling sein Zufluchtland mit den höchsten Sozialleistungen selbst aussuchen kann. Denn wenn die Flucht zum Privileg wird, in sonst nicht zugängliche Wohlstandsregionen einzuwandern, vervielfachen sich die Flüchtlingsströme. Unsere Gutmenschen sollten daher endlich zur Kenntnis nehmen, dass es wesentlich gerechter und sozialer ist, 30.000 Flüchtlingen eine angemessene Überlebenschance in ihren Nachbarregionen zu finanzieren, als mit den gleichen Kosten 1000 „privilegierte“ Flüchtlinge in Europa aufzunehmen, damit diese die wesentlich höheren europäischen Sozialleistungen genießen können. Dieses Kostenproblem müsste zumindest unseren führenden Einwanderungs-Ideologen bekannt sein. Das berechtigt zu dem Verdacht, dass es ihnen gar nicht um die Humanität gegenüber den Flüchtlingen geht, sondern um die Zerstörung des von ihnen gehassten „kapitalistischen Systems“ mittels Masseneinwanderung von Armutsflüchtlingen.

Herr Ritter, vielen Dank für dieses Gespräch.

Henry Kissinger: „Historische Konsequenzen“

„Wir beobachten in Europa ein sehr seltenes Ereignis: Eine Region verteidigt ihre Außengrenzen nicht, sondern öffnet sie stattdessen.

* Das hat es seit einigen Tausend Jahren nicht mehr gegeben.

* Wenn sich die Zusammensetzung der Gesellschaft dramatisch schnell verändert als Resultat von äußeren Einwirkungen, dann wird das historische Konsequenzen haben.“

Interview mit dem Handelsblatt, 30. Dezember/4. Januar 2015/16.

„Merkels totale Grenzöffnung war ein Verbrechen“

Das große Aula-Sommerinterview mit
Professor Dr. Günter Zehm

Thilo Sarrazin nannte sie die größte Fehlentscheidung der deutschen Nachkriegspolitik: Angela Merkels undurchdachte und utopische Flüchtlings- und Einwanderungspolitik seit September 2015. Aber, Herr Zehm, hat sie nicht gleichzeitig immer deutlicher werdende Abwehrimpulse bei den sich bedrängt und überfordert fühlenden Deutschen ausgelöst - angesichts einer nicht mehr zu verkraftenden Millionen-Masse von – meist illegaler – Migrantinnen mit zu erwartender steigender Tendenz in nächster Zeit?

Über die „Größe“ von Fehlentscheidungen kann man sich lange streiten. Viel wichtiger ist die Frage nach ihren Gründen und – verborgenen oder offen dargelegten – Absichten. Natürlich war die von Merkel inspirierte „Willkommenskultur“ eine monumentale Fehlleistung. Entsprang sie aber wirklich nur politischer Dummheit, simpler egoistischer Machtentfaltung ohne präzises Nachdenken über mögliche Folgen? Oder steckte dahinter von Anfang an ein bestimmtes Kalkül, beispielsweise Rücksichtnahme auf internationale, als übermächtig eingeschätzte Interessen, denen man entgegenkommen wollte? Vielleicht war man von Anfang an entschlossen, die spontanen Abwehrreflexe im Volk bewusst zu ignorieren, etwa „im Interesse Europas“.



Was meinen Sie?

Sollte das Letztere der Fall gewesen sein, so ist das Kalkül (wie man schon vorher hätte wissen können) voll daneben gegangen. Nicht nur im eigenen Volk, sondern auch bei den übrigen europäischen Völkern löste Merkels Politik nichts als Abwehrreflexe aus, ja teilweise offenen Aufruhr, frontale Opposition. Die Merkelsche Art, alle geltenden Gesetze und Absprachen schlichtweg zu ignorieren, hat Deutschland

gefährlich isoliert und hier und da sogar Dämonen der Vergangenheit wieder erweckt, die man für endlich überwunden hielt.

Seitens der Migrationsbefürworter wird geltend gemacht, dass wir ein demographisches Problem der Überalterung hierzulande hätten und deswegen Masseneinwanderung notwendig sei. Aber: Warum versuchen unsere Eliten das Problem nicht mit einer generalstabsmäßig durchgeführten pronatalen Bevölkerungspolitik zugunsten der autochtonen, der eigenen deutschen Population, zu bekämpfen, statt auf konfliktverstärkende Masseneinwanderung von Fremden zu setzen?

Die ungeregelte Masseneinwanderung von Menschen aus fremden, ganz überwiegend islamischen Kulturen als hochwillkommenes Mittel zur demographisch-genetischen Auffrischung zu begrüßen (wie es letzthin wieder Bundesfinanzminister Schäuble getan hat), ist derart unsinnig, dass man darüber nur den Kopf schütteln kann...

Trotzdem beharrt man seitens der politisch-medialen Mainstream-Vertreter darauf, weshalb?

Danach dürfen Sie mich nicht fragen, ich könnte darüber nur uncharmanten Vermutungen anstellen. Sind diese „Migrationsbefürworter“, wie Sie sie nennen, etwa allesamt verkappte „Rassisten“, die es auf das möglichst schnelle Verschwinden der „weißen Rasse“ abgesehen haben? Man kommt dabei ins Grübeln, sucht historische Vergleiche. Gewiss, es hat in Deutschland – beispielsweise nach dem verheerenden Dreißigjährigen Krieg im 17. Jahrhundert – schon manche staatlich beförderten „Peuplierungen“ gegeben, wo man etwa französische Hugenotten oder Salzburger Protestanten ins menschenleer gewordene Land bat. Das waren aber alles Menschen von gleicher oder aller nächster Tradition und Religion, die bestens zu integrieren waren. Die modernen islamischen Immigranten hingegen denken gar nicht daran, sich dauerhaft zu integrieren. Sie kommen letztlich als Eroberer, sie wollen aus den europäischen Ländern muslimische Kalifate machen.

Haben wir es insofern mit einem „Elitenversagen“ zu tun, das primär mit der post-nationalen Grundorientierung unseres von den 68ern geprägten Führungsmilieus in Politik und Medien zusammenhängt? Der ungarische Essayist und Lyriker, Laslo Földerny, brachte die

Problematik ja einmal so auf den Punkt, dass er den deutschen Funktionseliten als „typisch“ bescheinigte, „nicht deutsch sein zu wollen“, und er nirgendwo in Europa einen solchen Selbsthass registriert habe wie in der bundesdeutschen politisch-medialen Nomenklatura?

Eindeutig handelt es sich um „Eliteversagen“, auch wenn die hier gemeinten „Eliten“ gar keine sind, sondern medial-politische Netzwerker, die sich selbst für Eliten halten und mittlerweile faktisch alles tun, um sich vom gemeinen Volk abzuheben. Die wollen in der Tat nicht mehr deutsch sein, neuerdings – nach den „bösen“ Erfahrungen, die sie mit den übrigen Europäern in der Flüchtlingskrise machen müssen – nicht einmal mehr europäisch, sondern nur noch „globalisierte Menschen“ ohne alle kulturellen oder sonst wie phänotypischen Zusätze, nur noch „Kunde“ an sich und überhaupt, der im Kaufhaus optimal bedient werden will.

Eindeutig handelt es sich um ein „Elitenversagen“

Zu sagen, dass diese Haltung „typisch deutsch, also tief im Volk verwurzelt sei und gewissermaßen zum deutschen Nationalcharakter gehöre, ist jedoch falsch. Die Deutschen sind, wie alle Menschen, „Nächstentiere“, wenn Sie so wollen, sozial wie mental eingebunden in konkrete Lebensverhältnisse, in die sie hineingeboren werden, mit Vater und Mutter, Familie, und Vaterland, mit kulturellen Traditionen und lokalen auch räumlichen Besonderheiten.

Aber woher kommt dann die in unseren Medien spürbare Abneigung, dieser Hass auf das Eigene, die Ablehnung des Vaterlandes durch einflussreiche Repräsentanten unserer Funktionseliten? Wie erklären Sie sich dieses Phänomen?

Da könnte ich Ihnen nun gleich mit den üblichen Klischees aus der Kiste der politisch korrekten „Vergangenheitsbewältigung“ kommen: Schuld, Verbrechen, „deutsche Daseinsverfehlung“, unheilvoller „deutscher Sonderweg“ und was dergleichen noch im Schwange ist. Es handelt sich dabei durchweg um verdorbene Begriffe, um es einmal so zu sagen, um Begriffe, die seinerzeit von den Siegern des Zweiten Weltkriegs aus simplen Herrschaftsinteressen festgelegt und für unantastbar erklärt wurden und die von den Besiegten einfach hingenommen werden mussten. Man hoffte damals deutscherseits auf Mäßigung und

Abschleifung im Laufe der Zeit. Doch die so genannten 68er haben das Vokabular dann später voll übernommen, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen und sie möglichst unangreifbar zu machen. Ihr Konzept ist leider aufgegangen.

Gibt es noch andere, tiefschürfende Erklärungsmuster?

Durchaus! Es gibt historisch nachvollziehbare, tief in die Geschichte hineinreichende Gründe für eine spezifisch deutsche Negung, das Eigene gering zu schätzen und alles Fremde von vornherein für esser und vorbildlich zu halten. Die Deutschen wurden im Mittelalter zu Erben des weströmischen Imperiums, des ersten europäischen Reiches, das es gegeben hat. Genau diese jahrhunderte lange Funktion als Verwalter des Reiches und seiner Idee hat die Deutschen, was ihre eigene nationale Identität betrifft, unsicher gemacht, sie freilich auch – partiell selbst unter allerschlimmsten diktatorischen Kriegszuständen – stets vor nationaler Einseitigkeit, etwa vor Sprachimperialismus oder kultureller Einheitssoße, bewahrt, was sie positiv von Briten oder Franzosen abhebt. Außerdem: Stets gehörte zur Mentalität der Deutschen erkennbar die Überzeugung, dass der Staat zwar einerseits die inneren Bindekräfte des nationalen Bewusstseins braucht, um sich optimal zum Wohle aller entfalten zu können, dass aber andererseits zu diesem Bewusstsein substantiell die institutionelle Verbindung mit anderen Nationen und die Preisgabe gewisser Souveränitätsrechte, wie sie sich im Zuge der modernen Staatslehre herausgebildet haben, dazugehört. Die Einheit der Völker Europas ist in dieser Sichtweise gerade deshalb gefordert, weil sie integraler Bestandteil der nationalen Identität ist, geradezu ihr Garant.

Das moderne Deutschland ist zwar nach 1945 territorial grausam reduziert worden, doch es liegt nach wie vor in der Mitte Europas, und seine Wirtschaftskraft und sein seit alten Reichszeiten einverseelter Stil, vom Ganzen her zu denken, machen es ganz logisch zum Motor der Union, wenn man will zu ihrem „Hegemon“, ihrem sanften Hegemon. Hans-Dietrich Sander hat diese Einstellung, im Anschluß an Gustav Droysen, die „ghibellinische Einstellung“ genannt: Zwar stets vom europäischen (nämlich weströmischen) Ganzen her operieren, aber nie im Namen einer abstrakten (papistischen, „guelfischen“) Idee, bei Entscheidungen stets die konkrete Situation scharf ins Auge fassen und ihr letztlich das größere Gewicht beimessen.

Nun wachsen ja in ganz Europa so genannte „populistische“ Gegenströmungen stark heran. Im Nachbarland Österreich ist die Freiheitliche Partei FPÖ bereits stärkste Partei, in Frankreich drängt der Front National nach vorne und auch in der Bundesrepublik gewinnt die Alternative für Deutschland (AfD) laufende Zustimmung bei der Wählern. Ein positives Signal?

Selbstverständlich. Aber ich würde nicht bloß von Signal sprechen, sondern eher von einer äußerst realen machtvollen politischen Bewegung, vielleicht von einem richtigen Zeitenwandel. Die Völker der nördlichen Erdhalbkugel, zumindest die von „weißer Rasse“, wie man früher sagen durfte, also die Europäer und Nordamerikaner, sind der ständigen Gängelung und unverfrorenen Anschwärzung, der sie von ihren eigenen „Eliten“ ausgesetzt sind, unendlich müde. Sie erkennen, dass die herkömmlichen Mechanismen der Machtverteilung und des freien Sprechens nicht (mehr) funktionieren, dass sie selbst nur noch als Steuerzahler und Knopfdrücker willkommen sind und sogar in dieser fatalen Position zunehmend von Robotern und Algorithmen bedrängt und ins absolute Nichts gestoßen werden. Dagegen begehren sie auf. Die herrschenden, schon weitgehend digitalisierten Netzwerker in den Schlüsselpositionen nennen sie herablassend „Populisten“, „Globalisierungsverlierer“, „Nazis der neuen Mitte“ usw., aber der Ton, der dabei angeschlagen wird, klingt längst nicht mehr selbstbewusst, sondern nur noch anmaßungsvoll, ein Panikorchester, das seine eigenen Felle davonschwimmen sieht und angesichts dessen nur noch schrille Misstöne zustande bringt.

Das AfD-Personal ist sympathisch, farbenreich, interessant, erholungssam

Um bei der Politik zu bleiben: Welche Chancen räumen Sie der bundesdeutschen AfD ein, wird es dieser Partei gelingen, sich dauerhaft als Mitte-Rechtspartei im deutschen Staat zu etablieren?

Da müssten Sie, um halbwegs verlässliche Auskunft zu erhalten, einen ausgefuchsten Politologie-Profi befragen. Ich meinerseits kann nur Vermutungen anstellen, Hoffnungen und Befürchtungen. Das AfD-Personal, das neuerdings mit einiger Regelmäßigkeit in den Medien erscheint, ist jedenfalls recht sympathisch, farbenreich, interessant, eine Erholung im Vergleich zu der offiziellen Berliner Politik- und

Talkshow-Riege. Im Hinblick auf ihre künftigen Wahlchancen kann die AfD im Augenblick kaum etwas falsch machen. Die Stimmung im Volk ist derart vom Überdruß an den herrschenden Gewalten geprägt, so sehr auf Zeitenwandel und Neuanfang aus, dass man – in Abwandlung eines Spruchs von Bert Brecht – sagen könnte: Uns ist jede Farbe recht, außer Berliner Grau.

Andererseits rumpelt es bei der AfD immer wieder ganz schön heftig, wenn Sie an die internen Dauerkonflikte denken. Die sind doch nicht gerade im positiven Sinne wählerwirksam, oder?

Gewiss nicht, aber: Neu auftretende Parteien sind immer in der akuten Gefahr, sich selbst kaputt zu machen. Professionelle Spinner und bloße Wichtigtuer, auch geheimdienstlich gesteuerte V-Leute, treten ein, sobald erste Wahlerfolge kommen. Dann beginnen alteingesessene Mitglieder von einigem politischen Ehrgeiz, sich um wichtige Führungspositionen zu streiten, der Kampf um den Posten der jeweiligen Nummer eins entbrennt. Und alle müssen lernen, dass politischer Erfolg auch manche Kalamität und Freiheitsbeschränkung mit sich bringt. Man muss viel mehr als früher seine Zunge hüten, nicht nur seine eigenen Lebensumstände straffen und genau beobachten, sondern auch die seiner nächsten Umgebung, seiner Familie, seiner Freunde und näheren Bekannten.

In Berlin hat sich kürzlich ein volksfronhaftes Parteienbündnis „Konsens gegen Rechts“ gebildet: Aus SPD, FDP, CDU, Piraten Grünen und Linken. Es soll den Einzug der AfD bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im September massiv behindern. Wird das Folgen, vielleicht sogar strukturelle Folgen, für die Berliner Politik haben?

Das glaube ich nicht. Es ist nichts als ein weiterer Quickser des herrschenden Panikorchesters. Volksfront? Die haben wir doch längst, nach dem Abdanken der CDU als selbstständiger politischer Kraft. Angela Merkel hat ihre Partei konsequent und (wie sich immer deutlicher zeigt) mit voller Absicht ins linke Lager übergeführt. Das ist wohl die wahre Tragödie der deutschen Politik während der letzten Jahre. Die Mehrheit des Volkes will eindeutig eine nichtlinke große Partei oder Parteikoalition als Regierung der Bundesrepublik Deutschland, etwa eine große Koalition aus bundesweiter CSU und AfD. Aber genau das wollen Merkel & Co. verhindern.

»In Zeiten, da Täuschung und Lüge
allgegenwärtig sind, ist das Aussprechen
der Wahrheit ein revolutionärer Akt.«



100% freiheitlich,
unabhängig &
unangepaßt.
Seit über
60 Jahren!

Mit neuem
Aula-Abo bis zu
3 Bücher
als Prämie
kassieren!

Ihr Aula-Abo liefert Ihnen das
Rüstzeug, um im Gegenwind des Gutmenschen-
dikts die Augen offenhalten zu können. Frei von
Scheuklappen werden Themen aus Politik, Geschichte und
Kultur ohne Rücksicht auf die »Political Correctness« behandelt.
Mit Ihrem Abo unterstützen Sie die Aula als Bollwerk gegen den Zeitgeist.

So viel Meinungsfreiheit muß einfach sein!

Ja, ich bestelle folgendes Aula-Abonnement:

- ☐ **Schnupperabo** (3 Ausgaben) zum Preis von € 15,-
(BRD: € 15,- | Welt: Ö-Abo zzgl. jeweilige Versandkosten)
- ☐ **Jahresabo** zum Preis von € 74,-
(BRD: € 85,- | Welt: Ö-Abo zzgl. jeweilige Versandkosten)
wir schenken Ihnen **EIN** Buch aus der Serie »gegenARGUMENT«
- ☐ **Förder-Jahresabo** zum Preis von € 148,-
(BRD: € 170,- | Welt: Ö-Abo zzgl. jeweilige Versandkosten)
wir schenken Ihnen **DREI** Bücher aus der Serie »gegenARGUMENT«

Als Abogeschenk senden Sie mir bitte: (Stückzahl nach Abotyp angeben!)



... Sammelband 2 ... Politische Korrektheit ... Dschihad für Uncle Sam

Vorname, Nachname

Straße

PLZ, Ort

Telefonnummer

korporiert bei

Ich bezahle bequem per Bankeinzug, bitte buchen Sie mein Abo von folgendem Konto ab:

KtoNr BLZ Bank



Diese Abo-Geschenk-Aktion gilt nur für Haushalte ohne Abo während der vergangenen 12 Monate. Außerdem gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der Aula-Verlag GmbH (Auszug): Die Zusendung des Abo-Geschenks erfolgt nach Zahlungseingang und solange der Vorrat reicht. Jede Abo-Periode dauert 1 Jahr. Soll das Abo nicht automatisch um jeweils 1 Periode verlängert werden, muß die Kündigung durch den Besteller mindestens 2 Monate vor Ende der laufenden Periode schriftlich (Brief/Postkarte, Fax) beim Verlag einlangen. Bei Verlängerung gilt die zuletzt vor Verstreichen der Kündigungsfrist in der Aula bekanntgegebene Preisliste. Die vollständigen AGB werden auf Anfrage zugesendet.

Was statt dessen angestrebt wird, ist eine Koalition aus Merkel-CDU und den Grünen, eben eine richtig „linke“ Koalition, wo die – gar nicht so wenigen – konservativen, gemäßigt vaterländisch gesinnten Mitglieder-Restbestände der SPD nicht mehr stören können. Das „Ideal“, das man „verwirklichen“ will, ist eine konturlose Masse von Gutmenschen, die alle das Gleiche denken und das Gleiche wollen und die man nicht mehr wirklich regieren, sondern nur noch „verwalten“ muss, nach Verwaltungsregeln, die alle vorgegeben und völlig alternativlos sind. Nicht zufällig ist „Alternativlosigkeit“ die Lieblingsvokabel unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Aber der frühere Gutmenschen-Diskurs im deutschen Links-Feuilleton ist inzwischen ja erheblich ins Stottern geraen. Kritische Stimmen gegen Masseneinwanderung und Parteien-Einfalt sind zu vernehmen, zum Beispiel Wortmeldungen von Peter Sloterdijk, Jürgen Safranski, Marc Jongen oder Gertrud Höhler. Hat Sie das überrascht?



Professor Dr. Günter Zehm (rechts) während einer Buchpräsentation auf der Frankfurter Buchmesse am Stand der Wochenzeitung „Junge Freiheit“.

Nein, es ist fester Bestandteil des Panikorchesters. Man kann seit langer Zeit zugelassene Diskursteilnehmer, die plötzlich zu Dissidenten werden, nicht einfach verschwinden lassen; das ging nicht einmal in der Sowjetunion und in der DDR. Es gibt Karenzzeiten und Trennungsfristen, zumal bei Themen von solcher Bedeutung und Ausdehnung wie der Flüchtlingskrise. Die von Angela Merkel verordnete totale Öffnung der Grenzen, über die dann völlig unkontrolliert Millionen von Menschen mit völlig anderer Kulturprägung einströmen, das war – um noch einmal Sarrazin zu zitieren - nicht nur eine monumentale Fehlentscheidung, sondern ein Verbrechen, ein Bruch jeglichen Rechts und jeglicher gesetzlicher Ordnung. Wie gesagt, nicht nur das eigene Volk ist dagegen aufgestanden, sondern alle übrigen europäischen Völker ebenfalls, soweit sie davon betroffen waren. Niemand hat der europäischen Idee bisher mehr geschadet als Frau Merkel mit ihrer „Willkommenskultur“. Darüber hilft auch die krampfhafteste Europatümelei nicht hinweg.

Die jetzige EU war nie zu retten

Zur EU und ihrer Lage nach dem Brexit: In einem bemerkenswerten Kommentar von George Soros in der Tageszeitung „Die Welt“ konstatierte er ein „katastrophales Szenario“, so wie es viele befürchtet hatten, „womit der Zerfall der EU praktisch unumkehrbar sei“. Stimmen Sie ihm zu oder ist die jetzige EU noch zu retten?

Die jetzige EU, also Währungsunion plus Brüsseler Euro-Bürokratie, war nie zu retten, es wäre ein Segen für Europa wenn sie so schnell wie möglich verschwände. Das haben wir alle miteinander ja nun wirklich leidvoll erfahren. Sie verurteilt die südlichen Länder dazu, ihrem Lebensstil radikal und auf Dauer zu entsagen, sich sklavenhaft einer nördlichen Vorstellung von Sparsamkeit und Haushaltsdisziplin zu unterwerfen – und trotzdem verstärkt Jugendarbeitslosigkeit und ähnliches zu ertragen. Und die nördlichen Länder müssen dauernd Milliarden und Billionen zuzahlen. Die geborenen Sparer werden für ihre Sparsamkeit mit Negativzinsen bestraft. Zur Währungsunion tritt die Schuldenunion, „vergemeinschaftet“ wird nicht die Lebensfreude, sondern einzig die Schuld. Man fasst sich an den Kopf...

...Und sucht nach Alternativen: Seitens der national-konservativen EU-Kritiker wird ja seit Jahren das De-Gaulle-Konzept eines „Europas der Vaterländer“ ins Spiel gebracht. Worin bestünde denn der qualitative Unterschied zum Brüsseler Modell?

Wie ein Europa der Vaterländer à la de Gaulle dagegen aussehen könnte, ist nicht leicht zu prognostizieren. Man sollte sich auf jeden Fall damit Zeit lassen und sich – dies vor allem! – nicht durch politische Schlagwörter, durch Ideologien und bombastische Utopien einschüchtern lassen. Das Hemd ist einem näher als der Rock, und sogar ein Spatz in der Hand ist besser als ein Taube auf dem Dach – solche sprichwörtlichen Urweisheiten passen viel besser zu erfolgreicher europäischer Politik als noch der verquasteste Politologenspruch.

In Österreich muss jetzt wegen massiver und offenkundiger Wahlmanipulationen die Bundespräsidentenwahl Hofer contra van der Bellen wiederholt werden. Die Kontrollfunktion des Rechtsstaates erscheint dabei vielen als Hoffnungsschimmer. Auch Ihnen, Herr Zehm?

„Die Hoffnung stirbt zuletzt“, um noch einmal ein Sprichwort zu bemühen. Respekt vor dem Recht tut allen Ländern gut. Aber nicht nur deshalb ist Österreich nach den jüngsten Vorgängen zu einer Hoffnung für Deutschland geworden. Das offenbar unaufhaltsame Erstarken der Freiheitlichen eröffnet mancherlei haltbare Perspektiven.

Vielen Dank für dieses Gespräch!

Das Gespräch mit dem früheren Stellvertretenden Chefredakteur der Tageszeitung DIE WELT und heutigen Kolumnisten der „Jungen Freiheit“ (Pankraz), Professor Dr. Günter Zehm, erschien als großes Sommerinterview in der österreichischen Monatszeitschrift „Die Aula“, Ausgabe Juli/August 2016.

Bezug: Merangasse 13, A-8010 Graz. www.dieaula.at

Viktor Orbán zur Lage der Nation

Budapest, 28. Februar 2016

Auszug aus der Rede des
ungarischen Ministerpräsidenten

Das zweite und dritte Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts werden die Jahrzehnte der Völkerwanderung sein. Ein Zeitalter ist angebrochen, auf das wir nicht vorbereitet waren. Wir hatten geglaubt, derartiges könne nur in der fernen Vergangenheit oder in den Geschichtsbüchern vorkommen. Dabei können viel mehr Menschen als jemals zuvor, eine die Zahl der Gesamtbevölkerung des einen oder des anderen europäischen Landes übersteigende Masse sich in den folgenden Jahren Richtung Europa auf den Weg machen. Es ist an der Zeit, der Wirklichkeit ins Auge zu blicken! Es ist an der Zeit, das voneinander zu trennen, was ist, und das, was wir gerne hätten, wenn es wäre. Es ist an der Zeit, die Illusionen, die noch so erhabenen Theorien, die Ideologien und die einer Fata Morgana gleichenden Träume loszulassen.



Die Wirklichkeit ist, dass in zahlreichen europäischen Ländern in der Tiefe schon seit langem mit behäbiger Beharrlichkeit die Welt der Parallelgesellschaften ausgebaut wird. Die Wirklichkeit ist, dass diese, gemäß der Ordnung der Natur, unsere Welt und mit ihr zusammen auch uns, unsere Kinder und unsere Enkel zurückdrängt. Die Wirklichkeit ist, dass die hier Ankommenden nicht im Geringsten die Absicht haben, unsere Lebensweise zu übernehmen, da sie ihre eigene als wertvoller, stärker und lebensfähiger ansehen als unsere. Warum sollten sie diese auch aufgeben? Die Wirklichkeit ist, dass man mit ihnen nicht die in den westeuropäischen Fabriken fehlenden Arbeitskräfte ersetzen kann. Die Tatsachen zeigen, dass die Arbeitslosigkeit unter den nicht in Europa Geborenen über Generationen hinweg, auf eine die Generationen übergreifende Weise viel höher, ja um ein Mehrfaches höher liegt. Die Wirklichkeit ist, dass die europäischen Nationen nicht einmal jene Massen zu integrieren in der Lage gewesen sind, die Schritt für Schritt,

im Laufe von Jahrzehnten aus Asien und Afrika gekommen waren. Wie könnte dies nun so schnell und im Falle einer derart großen Masse funktionieren? Die Wirklichkeit ist, dass wir die unleugbar vorhandenen Bevölkerungsprobleme des an Einwohnern abnehmenden und immer älter werdenden Europa mit Hilfe der muslimischen Welt nicht werden lösen können, ohne unsere Lebensweise, unsere Sicherheit und unsere Identität zu verlieren. Die Wirklichkeit ist, dass wenn wir nicht bald entschlossen handeln, dann wird die Spannung zwischen dem alternden Europa und der jungen muslimischen Welt, zwischen dem säkularen, ungläubigen Europa und der immer engagierteren muslimischen Welt, zwischen dem selbst die Arbeitskraft seiner eigenen ausgebildeten Jugendlichen nicht beschäftigen könnenden Europa und der ungenügend ausgebildeten muslimischen Welt nicht mehr beherrschbar sein. Nicht in einem entfernten, deshalb für uns ungefährlichen Gebiet, sondern hier im Herzen Europas.

Es ist für die europäische Elite noch nicht zu spät, um die Worte von General De Gaulle zu verstehen: „Die Politik muss auf der Wirklichkeit aufbauen. In der Politik ist es gerade die Kunst, dass wir im Interesse eines Ideals nur durch die Realitäten handeln können.“ Und die Realitäten sind historischer, kultureller, demographischer und geographischer Natur. Vielleicht ist es nicht zu spät, um zu verstehen, dass die Realitäten nicht die Schranken der Freiheit sind. Dabei, was wir jetzt lernen, geht es darum, dass es gegenüber der Wirklichkeit keine Freiheit geben kann, sondern höchstens ein politisches Delirium und einen politischen Kokainrausch. Wir bauen unsere Welt vergeblich aus dem Wunsch nach den edelsten Idealen auf, denn wenn sie nicht auf dem Boden der Realitäten steht, dann kann sie nur ein Wunschtraum bleiben. Entgegen der Wirklichkeit gibt es weder ein individuelles noch ein gemeinschaftliches Glück, sondern nur Fiaskos, Enttäuschung, Verbitterung, schließlich Zynismus und Selbstzerstörung. Vielleicht irren aus diesem Grunde so viele liberale Politiker auf Brüssels Straßen umher, die ein besseres Schicksal verdient haben, über eine erhabene Geistigkeit verfügen und unglücklich sind. Ganz gleich ob es uns gefällt oder nicht, die Völkerwanderungen sind niemals friedlicher Natur. Wenn große Massen eine neue Heimat suchen, dann führt dies unvermeidlich zu Konflikten, denn sie wollen solche Orte besetzen,

an denen andere Menschen bereits leben, sich eingerichtet haben und die ihr Heim, ihre Kultur und ihre Lebensweise beschützen wollen.

Die Geschichte hat unsere Tür aufgestoßen, hat die Grenzen Europas, die europäische Kultur und die Sicherheit der Bürger Europas unter Belagerung genommen. Obwohl die Notsituation nicht das differenzierte Denken begünstigt und noch weniger die subtilen Gefühle, müssen wir wohl kaum auf die Migranten böse sein. Die Mehrheit von ihnen ist selbst ein Opfer. Ein Opfer der zusammenbrechenden Regierungen ihrer Heimatländer, Opfer der schlechten internationalen Entscheidungen, Opfer der Menschenschlepper. Sie tun das, über das sie annehmen, es stünde in ihrem eigenen Interesse. Das Problem ist, dass wir, Europäer, nicht das tun, was in unserem Interesse steht. Um das zu beschreiben, was in Brüssel geschieht, gibt es kein besseres Wort, als „absurd“. Es ist so, als ob der Kapitän des vor einer Kollision stehenden Schiffes nicht den Zusammenstoß vermeiden wollte, sondern damit beschäftigt wäre, festzulegen, welche Rettungsboote die Nichtraucherboote sein sollen. Als ob wir, anstatt das Leck dicht zu machen, darüber diskutieren würden, wie viel Wasser in welche Kabine fließen solle.

Die Völkerwanderung kann aufgehalten werden

Die Völkerwanderung kann man sehr wohl aufhalten. Europa ist eine Gemeinschaft von einer halben Milliarde Menschen, von 500 Millionen Menschen. Wir sind mehr als die Russen und die Amerikaner zusammengenommen. Die Lage Europas, sein technologischer, strategischer und wirtschaftlicher Entwicklungsgrad ermöglicht es ihm, sich zu verteidigen. Es ist schon schlimm genug, dass Brüssel nicht in der Lage ist, den Schutz Europas zu organisieren, doch noch viel schlimmer als dies ist, dass Brüssel hierzu selbst die Absicht fehlt. In Budapest, Warschau, Prag und Pressburg fällt es uns schon schwer zu verstehen, wie wir dorthin gelangen konnten, dass es überhaupt eine Option werden konnte, dass der, der von einem anderen Kontinent und aus einer anderen Kultur hierher kommen möchte, ohne Kontrolle hereingelassen werden kann. Wie konnte in unserer Zivilisation der natürliche und elementare Instinkt abgebaut werden, uns, unsere Familie, unser Heim, unseren eigenen Boden zu verteidigen?

Dabei, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es etwas zu verteidigen! Europa ist das Zusammenleben der christlichen, freien und unabhängigen Nationen: Gemeinsame Wurzeln, gemeinsame Werte, gemeinsame Geschichte, geographisches und geopolitisches Aufeinanderangewiesensein; die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Freiheit und Verantwortung, fairer Wettbewerb und Solidarität, Stolz und Demut, Gerechtigkeit und Barmherzigkeit; dies sind wir. Dies ist Europa! Europa ist Hellas und nicht Persien, Rom und nicht Karthago, Christentum und nicht das Kalifat. Wenn wir dies sagen, dann gibt es darin keinerlei Rangordnung, sondern nur einen Unterschied. Zu sagen, dass es eine selbständige europäische Zivilisation gibt, bedeutet noch nicht, dass sie besser oder schlechter sei. Es bedeutet nur soviel, dass wir dies sind, und ihr seid jenes.

Vor einigen Jahren schienen diese Gedanken für uns alle offensichtlich zu sein. Vor einigen Jahren schien es hierin zwischen uns einen Konsens zu geben. Vor einigen Jahren schien Ordnung zu sein: Eine auch uns gefällende Ordnung in den Köpfen und den Herzen der führenden europäischen Politiker. Nacheinander erklärten sie, der Multikulturalismus sei tot. Vor einigen Jahren konnten wir noch glauben, sie hätten eingesehen, dass ihre Länder nicht in der Lage sind, die in Massen ankommenden Einwanderer in die Rahmenbedingungen ihres eigenen Lebens einzufügen. Doch 2015 hat sich alles verändert: Das frühere Einvernehmen zerfiel in seine Bestandteile. Mit der Geschwindigkeit der Gravitation sind wir in jenes geistige Chaos zurückgestürzt, aus dem wir uns hatten befreien wollen. Ohne jede Vorwarnung erwachten wir eines Morgens auf die Klänge der „Willkommenskultur“. Wir hören von den führenden europäischen Politikern, dass wir helfen müssen. Von den höchsten Posten regt man uns an, solidarisch zu sein und zu helfen.

Brüssel ermutigt zur Invasion nach Europa

Das ist doch selbstverständlich. Auch wir tragen anstelle unseres Herzens keinen Stein mit uns herum. Aber auch anstelle unseres Gehirns keinen Stein. Wir erinnern uns an das wichtigste Gesetz der Hilfeleistung: Wenn wir hier helfen, dann kommen sie hierher, wenn wir dort

helfen, dann bleiben sie dort. Anstatt dies einzusehen, begann man von Brüssel aus die in dem ärmeren und unglücklicheren Teil der Welt lebenden Menschen zu ermuntern, sie sollten nach Europa kommen und ihr eigenes Leben gegen etwas anderes eintauschen. Die halbe Welt, aber zumindest halb Europa zerbricht sich abendlich am Küchentisch den Kopf darüber, was passiert sein mag, was dahinter steckt. Langsam wird jede europäische Familie über eine eigene Erklärung verfügen. Auch ich will hierin nicht nachstehen. Ich habe den Eindruck, dass in Brüssel und einigen europäischen Hauptstädten sich die politische und geistige Elite als Weltbürger definiert, im Gegensatz zu der national gesinnten Mehrheit der Menschen. Ich habe den Eindruck, die führenden Politiker sind sich dessen auch bewusst. Und da es keine Chance gibt, dass sie sich ihrem Volk verständlich machen könnten, versuchen sie erst gar nicht, mit den Menschen zu sprechen. Wie man das bei uns gesagt hatte: Sie wissen es, sie wagen es und sie tun es. Und dies bedeutet, dass das tatsächliche Problem sich nicht außerhalb Europas findet, sondern innerhalb Europas. An erster Stelle wird die Zukunft Europas nicht durch jene gefährdet, die hierher kommen möchten, sondern durch jene politischen, Wirtschafts- und geistigen Führer, die Europa entgegen den europäischen Menschen umzuformen versuchen. Auf diese Weise kam die bizarrste Koalition zwischen den Menschenschleppern, den zivilen Rechtsschutzaktivisten und den europäischen Spitzenpolitikern mit dem Zweck zustande, um planmäßig viele Millionen Migranten hierher zu transportieren.

Bis auf den heutigen Tag lassen wir ohne Kontrolle und ohne Auswahl Hunderttausende von Menschen aus Staaten herein, mit denen wir uns im Kriegszustand befinden, und auf deren Territorium auch Mitgliedsstaaten der Europäischen Union an militärischen Aktionen teilnehmen. Wir hatten nicht einmal den Hauch einer Chance, die Gefährlichen herauszufiltern. Auch heute haben wir keine Ahnung darüber, wer ein Terrorist, wer ein Krimineller, wer ein Wirtschaftseinwanderer ist und wer tatsächlich um sein Leben rennt. Es fällt schwer hierfür ein anderes Wort zu finden als „Irrsinn“.

„Der Frühlingswind lässt das Wasser ansteigen“, so heißt es in dem ungarischen Volkslied, doch anscheinend lässt er auch die Flut der

Einwanderer anschwellen. Uns stehen ermüdende, nervenaufreibende Wochen und Monate bevor. An unserer Südgrenze nimmt der Druck immer weiter zu. Die Brüsseler Unfähigkeit verursacht ein immer größeres Chaos. Die Länder des Balkan sind in eine Kneifzange geraten: Vom Süden her schieben die Griechen, vom Norden lockt der deutsche Sireningesang die viele Tausende umfassende Massen. Wir müssen uns auf alle Eventualitäten vorbereiten: Wir geben den Balkanländern Menschen, Grenzwächter, technische Instrumente, Maschinen, weil sie in Wirklichkeit die Grenzen Europas beschützen, und so lange sie durchhalten, verteidigen auch wir unsere Grenzen leichter. Wir wissen dies seit Hunyadi im 15. Jahrhundert. Wir vertrauen auf unseren Erfolg, doch ist dies allein zu wenig, wir müssen auch unsere eigenen Verteidigungslinien verstärken. Der Schutz frisst das Geld geradezu nur so auf: Er hat bisher etwa 85 Milliarden Forint gekostet, und wir können uns nur auf uns selbst, unseren Sparstrumpf verlassen. Ich habe neue militärische Einheiten an die Grenze geschickt, habe den Bereitschaftsdienst in den Komitaten Csongrád und Bács anordnen lassen, habe den Verteidigungs- und den Innenminister angewiesen, sie sollen den Aufbau der Schutzlinien an der ungarisch-rumänischen Grenze vorbereiten. Die Polizisten und die Soldaten haben bisher hervorragend gearbeitet, Dank gebührt ihnen hierfür! Sie haben sich auch jetzt dazu verpflichtet, alles zu tun, wozu sie in der Lage sind, und was menschenmöglich ist. Dies könnte jetzt aber zu wenig sein. Das Land erwartet ein Ergebnis, eine auf stabile Weise geschützte Grenzlinie. Unsere leitenden Beamten bei Militär, Polizei und Terrorabwehr müssen diese Aufgabe lösen. Wenn es notwendig werden sollte, werden wir uns von Slowenien bis zur Ukraine entlang der gesamten Grenze schützen. Wir werden es Brüssel, den Menschenschleppern und auch den Migranten beibringen, dass Ungarn ein souveränes Land ist: Sein Territorium kann man nur auf die Weise betreten, wenn unsere Gesetze eingehalten werden und man unseren Ordnungskräften gehorcht. Die Verteidigung unserer Südgrenze wird nicht ausreichen, wir müssen auch auf einem anderen Kampfschauplatz bestehen. Zum Glück ist dies nicht das Schlachtfeld der Soldaten, sondern das der Diplomaten.

Wir müssen Brüssel aufhalten. Sie haben sich in den Kopf gesetzt, die nach Europa hereingeführten Einwanderer unter uns zu verteilen. Verpflichtend, mit der Kraft des Gesetzes. Dies nennt man

verpflichtende Ansiedlungsquote. Solch eine unglückliche, ungerechte, unlogische und rechtswidrige Entscheidung hat man in Hinblick auf 120.000 Migranten bereits getroffen, entgegen dem Beschluss des Rates der Europäischen Ministerpräsidenten. Die durch die Ministerpräsidenten vertretene nationale Souveränität negierend, austricksend und umgehend haben sie ein Gesetz durch das Europäische Parlament annehmen lassen. Diesen Beschluss stellen wir infrage und kämpfen vor dem Gerichtshof der Europäischen Union dafür, damit er für nichtig erklärt wird. Der Appetit kommt beim Essen, anscheinend nicht nur in Ungarn, sondern auch in Brüssel. Deshalb wollen sie jetzt auch ein für jeden Einwanderer und jedes Mitgliedsland verpflichtendes, ständiges und kontinuierliches Verteilungssystem ausbauen.

Ohne Risiko kein Wagnis

Deutlich erkennbar besteht die Union aus zwei Lagern: Einerseits den Unionisten und andererseits den Souveränisten. Die Unionisten wollen die Vereinigten Staaten von Europa und die verpflichtende Ansiedlungsquote, die Souveränisten wünschen das Europa der freien Nationen und wollen nichts von irgendeiner Quote hören. Auf diese Weise wurde die Essenz und das Symbol unserer Zeit die verpflichtende Ansiedlungsquote. Sie ist auch an sich wichtig, doch vereint sie in sich all das, wovor wir Angst haben, was wir nicht wollen und was das Bündnis der europäischen Völker aufspalten könnte. Wir dürfen es nicht zulassen, dass sich Brüssel über die Gesetze erhebt. Wir dürfen es nicht zulassen, dass es die Konsequenzen seiner unvernünftigen Politik auf jene ausbreite, die jedes Abkommen und jedes Gesetz eingehalten haben, so wie wir das getan haben. Wir dürfen es nicht zulassen, dass sie uns oder wen auch immer dazu zwingen, die bitteren Früchte ihrer verfehlten Politik zu importieren. Wir wollen und wir werden keine Kriminalität, keinen Terrorismus, keine Homophobie und keinen Antisemitismus nach Ungarn importieren. In Ungarn wird es keine Stadtviertel geben, in denen das Gesetz nicht gilt, es wird keine Unruhen, keine Einwandereraufstände, keine angezündeten Flüchtlingslager geben und es werden keine Banden auf unsere Ehefrauen und Töchter Jagd machen. In Ungarn werden wir schon die Versuche im Keim ersticken und konsequent Vergeltung üben.

Wir werden unser Recht nicht aufgeben, selber zu entscheiden, mit wem wir zusammenleben möchten und mit wem nicht. Deshalb müssen jene, die mit der Idee der Quote in Europa hausieren gehen, zurückgeschlagen werden und aus diesem Grunde werden wir sie zurückschlagen. „Ohne Risiko gibt es kein Wagnis“ – so lautet der Pester Kalauer, und wir müssen tatsächlich all unseren Mut zusammennehmen. Wir müssen ihn zusammennehmen, denn zum größeren Ruhm der europäischen Demokratie müssen wir der Zensur, der Erpressung und Drohungen ins Auge blicken. Das Buch des ungarischen Justizministers wird in den belgischen Buchhandlungen eingesammelt, die Presse einiger Mitgliedsstaaten verbreitet offensichtlich Lügen. Der Ton gegenüber Ungarn ist schroff, grob und aggressiv. Hinzu kommt noch, dass man uns auch noch mit finanzieller Vergeltung droht, indem sie sagen, sie unterstützen uns, und wir sind undankbar. Sie denken auf die Weise, wie der naive Priester, den man darum bat, bei der Behebung der Besitzunterschiede mitzuhelfen. „In Ordnung“, sagte er, „wir teilen uns dann die Arbeit. Ihr überredet die Reichen, damit sie Spenden geben, und ich überrede die Armen, dass sie die Spenden annehmen.“ So stellen sie es sich vor, die Wirklichkeit ist aber, dass wir einander nichts, keinen einzigen Heller schulden. Ungarn hatte nach 45 Jahren Kommunismus in einem entkräfteten, ausgebluteten, wettbewerbsunfähigen Zustand und an Kapitalknappheit leidend seine Tore für die westlichen Firmen geöffnet. Hiervon profitierten alle: So viel Geld, wie es die Europäische Union hierher gesandt hat, haben die westlichen Firmen auch von hier hinausgenommen. Wir sind quitt, es gibt nichts, dass wir einander vorwerfen könnten.

Die EU darf nicht eine Art „Sovietunion reloaded“ sein

Und schließlich, wie sollen wir das Brüsseler Manöver der Ansiedlungsquote aufhalten? Ich schlage vor, dass wir uns auf die Urquelle der europäischen Demokratie, auf den Willen des Volkes stützen. Wenn es wahr sein sollte, dass die Menschen die heutige schlafwandlerische Einwanderungspolitik Brüssels nicht wollen, ja sogar gegen diese sind, dann sollten wir ihrer Stimme und ihrer Meinung einen Platz einräumen. Schließlich ruht die Europäische Union auf den



Der allgegenwärtige „Rassismus“-Vorwurf: Er spart allerdings einen überbordenden anti-deutschen Rassismus grundsätzlich aus.

Pfeilern der Demokratie. Dies bedeutet, dass wir nicht über die Köpfe der Menschen hinweg, gegen den Willen der Menschen Entscheidungen treffen dürfen, die ihr Leben auf schwerwiegende Weise verändert. Deshalb werden wir in Ungarn die Volksabstimmung durchführen. Es geht dabei nicht um die bereits entschiedene und durch Ungarn vor dem Gericht angegriffene Quote, diese ist die Vergangenheit. Bei der Volksabstimmung geht es um die Zukunft: Wir rufen die Bürger Ungarns gegen die verpflichtende Ansiedlungsquote des neuen europäischen Einwanderungssystems ins Feld, die im März auf der Tagesordnung stehen wird. Wir sind davon überzeugt, dass Brüssel nicht einmal in seinem gegenwärtigen Zustand seine eigenen Ideale übergehen kann. Es kann sich nicht gegen das europäische Volk wenden. Die Europäische Union darf nicht eine Art „Sowjetunion Reloaded“ sein. Wir, Ungarn, werden Europa entgegen all seiner Schwäche, seiner Abnahme und seines Schwankens nicht verleugnen und werden es auch in seinem durch Platzangst ausgelösten Schwindel nicht allein lassen. Wir sind

Bürger jenes historischen und spirituellen Europa wie Karl der Große, Leonardo, Beethoven, König Ladislaus der Heilige, Imre Madách oder Béla Bartók. Unser Europa ist auf christliche Fundamente aufgebaut, und wir sind stolz darauf, dass es die Entfaltung der Freiheit des Geistes und des Menschen verwirklicht hat. In Europa denken viele Menschen viel Verschiedenes. Es gibt Menschen, die an das Ideal von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit glauben, und es gibt auch solche, die an die Dreiheit von Gott, Heimat, Familie sowie an das künftige Reich von Glaube, Liebe, Hoffnung. Doch keiner von uns kann wollen, ganz gleich zu welcher Richtung wir auch gehören, dass unser Europa vor einer andere Moralvorstellungen und andere Sitten kämpferisch fordernden, künstlich in unsere Richtung gelenkten, wasserfallartigen Menschenflut in die Knie gehen soll. Wir glauben nicht, dass Europa sich zu diesem Schicksal verdammt, wir glauben nicht, dass es die Aufgabe unserer tausendjährigen Werte wählen wird. Wir glauben es nicht, sondern wir wissen und sagen es, dass Ungarn auf diesem Weg keinen einzigen Schritt gehen wird, Herr Präsident!

Vorwärts Europa, vorwärts Ungarn!

Angela Merkels neue Leitkultur: Der „passive Imperialismus“

Auf die Kanzlerin-Kritik folgt für Gertrud Höhler faktisch ein Berufsverbot in deutschen Massenmedien

Spätestens seit der von der deutschen Bundeskanzlerin, Angela Merkel, verstärkten so genannten „Flüchtlingskrise“, die die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und Europa seit September 2015 in Atem hält, wurde weiten Teilen der Öffentlichkeit klar, was Frau Professor Dr. phil. Gertrud Höhler bereits 2012 in ihrem Aufsehen erregenden Buch „Die Patin – Wie Angela Merkel Deutschland umbaut“ in einer zukunftsstarken Analyse umrissen hat: Die



Kanzlerin betreibt nicht eine deutschen und europäischen Interessen dienende Sachpolitik, sondern autokratische Machtpolitik durch faktische Ausschaltung des marktwirtschaftlichen Flügels.

In Reaktion auf die schonungslose Darstellung dieser Politik, wurde Gertrud Höhler, offenbar von der Berliner Regierungsspitze aus gesteuert, aus Hörfunk- und Fernsehen ebenso verbannt, wie sie in führenden Printmedien Deutschlands nicht mehr zu Wort kommt. Heinrich Formanek hat sich mit der engagierten Politikberaterin unterhalten und stellte ihr Fragen über Grundzüge und aktuelle Entwicklungen der bundesdeutschen Merkel-Regierung.

Frau Professor Höhler, seitdem Sie 2012 ein kritisches Werk über die deutsche Bundeskanzlerin Merkel veröffentlicht haben, sind Sie in Deutschland medial wie von der Bildfläche verschwunden. Oder haben wir das falsch wahrgenommen?

Gertrud Höhler ist Literaturwissenschaftlerin, Publizistin und Beraterin für Wirtschaft und Politik. Mit Alfred Herrhausen entwickelte sie die strategische Kommunikation der Deutschen Bank. Sie war Board Member der Schweizer Versicherung Baloise Holding, des Chemiekonzerns Ciba und Ingenieurkonzerns Georg Fischer. Sie hat zahlreiche Bestseller zu gesellschaftlichen und politischen Themen veröffentlicht und wurde vielfach ausgezeichnet, u.a. mit dem Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Nein, Sie sehen das ganz richtig. Seit Erscheinen des Buches „Die Patin – Wie Angela Merkel Deutschland umbaut“ bin ich öffentlich-rechtlich abgeschaltet. D.h. es gibt eine flächendeckende, sehr plötzliche und nahezu lückenlose Abschaltung meiner Beiträge aus allen Medien-Programmen. Der Effekt ist faktisch ein Berufsverbot.

Ungewöhnlicher Befund:

Wo Merkel auftaucht, werden andere überflüssig

Nun zur deutschen Kanzlerin, die Sie ja als Publizistin kritisch gewürdigt haben: Sie diagnostizieren bei Frau Merkels Aufstieg und Festigung ihrer Machtposition einen gleichzeitigen Abstieg ihres Parteien- und Wähler-Umfeldes. Das ist ja ein ungewöhnlicher Befund...

In der Tat: Man hat immer davon gesprochen, dass sie die Inhalte anderer Parteien sozusagen annektiert. In diesem Zusammenhang spreche ich vom „Wildern in fremden Revieren“ und sage: Wo Merkel auftaucht, werden andere überflüssig. Doch warum werden Parteien, denen sie den Stoff entwendet, schwächer? Man könnte ja vermuten, die werden jetzt alle gemeinsam immer stärker, zumal wenn sie koalieren. Zu sehen aber ist eine Schwächung der SPD in der Koalition und ein Verschwinden der FDP, die sich keineswegs nur selbst entleibt hat. Letztere konnte keines von ihren Koalitionsversprechen in den Jahren 2009 bis 2013 durchsetzen. Und dafür wurde von der starken Seite gesorgt, d.h. von der Chefin der CDU. Merkel operiert also mit einem Konzept, das wie von selbst die Marginalisierung nicht nur der Oppositionsparteien, sondern auch ihrer jeweiligen Koalitions-Partei in der Regierung vorsieht. Die Grunderfahrung der Parteien lautet: Von Merkel lernen, heißt verlieren lernen.

Deutschland ist heute stark politisch polarisiert, bedingt durch die von Frau Merkel maßgeblich inszenierte „Flüchtlingskrise“, denken wir an Ihre Willkommenssignale im digitalen Zeitalter an die ganze Welt. Thilo Sarrazin wirft Ihr in seinem neuen Buch „Wunschdenken“ sogar den „wohl größten Fehler der deutschen Nachkriegspolitik“ vor. War sie sich der durch sie ausgelösten Verwerfungen in Deutschland und Europa bewusst?

Sie hat sie zumindest billigend in Kauf genommen. Frau Merkel hat da, wie so häufig, intuitiv in einem gemischten Zugriff von Machtinstinkt

und Berechnung Trends frühzeitig begriffen, wie z.B. den Trend zu einer gewissen Ent-Nationalisierung der Staaten, d.h. eine übernationale Orientierung von der sie schon gesprochen hat, ehe andere es bemerkt haben. Ich meine die Phase als es darum ging, die Eurokrise zu bewältigen und Steuer-Hinterziehung zu bestrafen. Dazu bräuchten wir, so ihre Rede, internationale Standards. Aber nicht im Sinne einer Europa-Orientierung, sondern im Sinne einer „Welt-Orientierung“. Die Kanzlerin hat mit dem Offenhalten der Grenzen und dem Zustrom von sehr großen Zahlen von erfassten und nicht registrierten so genannten Flüchtlingen, die jetzt in Deutschland leben, einen gigantischen Zustrom von Menschen in unser Land gelassen, der sonst womöglich wegen der schnellen Reaktionen europäischer Länder mit Grenzschließungen, nicht zustande gekommen wäre. Sie vertritt dabei die Vorstellung, dass man eine Durchmischung der europäischen Bevölkerung mit Menschen aus ganz anderen Kulturen deshalb fördern sollte, weil man damit an Weltmachtformat gewinnt.

„Weltmachtformat“, das ist ja ein großes Wort. Was meinen Sie damit?

Sie schlüpft als deutsche Kanzlerin der Masseneinwanderung aus aller Herren Länder in die Funktion einer großzügigen Geberin, sie knüpft als Sponsorin Kontakte zu den Ländern, denen die Menschen weggelaufen sind. Dadurch bekommt sie Machtpotenziale in die Hand, die man auf andere Art und Weise gar nicht bekommen würde, wenn man nicht die Flüchtlinge aus den Ländern hätte.

Gewissermaßen eine Art Machtoption durch Menschenhandel?

Nennen Sie es so, denn in der Tat tritt hier eine eigentümliche Dialektik zutage. Jedenfalls stellt das Reden und Handeln in Flüchtlings-Kontingenten, in denen nun Menschen zusammengepfercht sind wie in Paketen, auch ein im Recht des Stärkeren verstandenes Herrschaftsprinzip dar, das bei Frau Merkel erstmalig in Europa so entschieden und bestens verdeckt auftaucht, nämlich getarnt als Humanitas. Es ist eine neuartige Form von Imperialismus, ich nenne ihn „passiven Imperialismus“. Das besondere an ihm: Er agiert in dialektischer Umkehrung der aktuellen Frage „Wie erobere ich die Welt, wenn ich sie nicht mehr erobern darf?“ Und da lautet Merkels kühne Antwort: „Ich lasse erobern!“

Damit steht sie für eine universalistische und nicht für eine deutsche oder europäische Konzeption, was ja inzwischen höchstes Befremden bei

immer größeren Teilen der autochthonen Bevölkerungen ausgelöst hat.

Ja, sie vertritt eine übernationale und somit vaterlandsferne Konzeption, allerdings nicht weil sie meint, dass eine Weltregierung schon unmittelbar am Horizont auftaucht und sie dabei ganz vorne sein will. Frau Merkel hat etwas anderes im Sinn: Sie sieht dadurch eine neuartige Chance von Macht-Ausdehnung, die so bislang keiner von den großen Autokraten und Tyrannen auf dieser Welt praktizierte.

Und mit dem Stichwort „Humanitas“ aus dem alten Wertehaushalt, das frei war, hat sie sich symbolpolitisch profiliert. Das schwärmerische Echo, es kam ja zu allererst aus dem Ausland und bei uns von Rot-Grün und dem ihm nahe stehenden politisch-medialen Komplex, schien ihr zunächst Recht zu geben. Man habe hier die Super-Power in Humanitas und an ihrer Spitze stünde Frau Merkel. Das begann schon bei der Atomenergie-Ausstiegsfrage in machttaktischer Reaktion auf die Katastrophe in Fukushima und setzte sich in der „Wellcome-Refugees“-Kultur fort, weil die Selbstüberschätzung, im Realitätsschock taumelnd, als Überforderung in Deutschland und Europa spürbar wird. Beide Selbstermächtigungen zeigen ein hohes Willkürpotenzial und brechen ganze Serien von Gesetzen. Die so genannte Energiewende ist eine Verstaatlichung der gesamten Energiewirtschaft: Milliarden Schäden entstanden so in Folge eines einsamen Willküraktes einer Taktikerin der Macht.

Angela Merkel betreibt nicht Sach- sondern Machtpolitik

Sie halten der Kanzlerin vor, dass sie nicht Sach- sondern persönliche Machtpolitik betreibe. Aber muss eine Politikerin in so hervorgehobener Funktion nicht primär Machtpolitik betreiben?

Wenn persönliche Karriereziele in Widerspruch zum Machtauftrag, das Wohl des anvertrauten Volkes zu mehren, verfolgt werden, dann verfehlt der Machthaber seinen Verfassungs-Eid. Machtpolitik im demokratischen Gemeinwesen muss Freiheit, Sicherheit und Wohlstand mehren. Dazu braucht es Klugheit und Gerechtigkeit, Mut und Maß als Herrschertugenden. So einfach ist das.

Aus der Überforderung in der Masseneinwanderungsfrage soll ja der brüchige Deal mit dem türkischen Präsidenten Erdogan helfen. Was erhofft sie sich denn von dieser Option?

Eine Augenblicks-Beruhigung bei den Migrantenzahlen. Und Fortschritte zuhause bei der Gewöhnung an beliebige Partner bei der Sicherung der eigenen Macht. Wenn es jetzt schief geht, dann ist Merkels Grenzöffnung schnell vergessen. Der Grenzverletzer heißt dann Erdogan. Der fatale Effekt des Erdogan-Deals ist aber die Schleifung einer weiteren Grenze: Der Grenze zwischen Demokratie und Diktatur. Genau daran sollen sich die EU-Bürger in Merkels Weltreich gewöhnen.

Frau Höhler, das Stichwort zur Lösung der Masseneinwanderungsfrage heißt ja regierungsoffiziell „Integration“. Man glaubt sie neben einer Fülle von Maßnahmen auch dadurch befördern zu können, in dem man Menschen z.B. aus arabischen Herkunftsländern ein in deren Sprachen übersetztes Grundgesetz aushändigt.

Ja, das ist die Flucht in die Bürokratie, d.h. eine bestenfalls gut gemeinte Maßnahme, die aber auch etwas Lächerliches an sich hat. Sie offenbart ein apparatschikhaftes Menschenbild, das auf fatale Weise historische, bevölkerungs- und geopolitische Dimensionen völlig verkennt. Die High-Speed-Integration als Forderung hat vor allem aber hybride Züge. Hier schreibt der Hochmut Konzepte, die scheitern müssen. Seitens der Merkel-Exekutive glaubt man allen Ernstes an derartige schnelle Integrations-Wundermittel, siehe Grundgesetz auf Arabisch, die aber völlig unrealistisch sind. Wie wollen Sie Millionen von Menschen, die in einer uns völlig fremden, z.B. muslimischen Kultur, aufgewachsen sind bei uns in Schnellverfahren integrieren?

Erschreckend ist die Erosion des Menschenbildes beim Integrations-Regime der deutschen Kanzlerin: Ein respektloses High-Speed-Konzept bricht sich Bahn und niemand ruft dazwischen: „Auch für Fremde gilt: Muttersprache. Vaterland. Heimat. Heimweh – Heiligtümer der menschlichen Seele. Sie haben doch den schmerzlichen Abschied nicht abgeschlossen, warum machen wir ihrem Abschied noch Tempopdruck?“

Frau Merkels Art zu regieren erinnere manche Kritiker an den italienischen Staatstheoretiker Nicolo Machiavelli. Ist das etwas dran?

Ja, das wird häufig gesagt. Aber ich halte das für eine Überschätzung! Bei Frau Merkel ist ja ein Politikstil gekommen, den wir so noch gar nicht kannten. Ihr Politikstil ist ein Hybrid, der mit allen Regeln bricht,

die Demokratie und Marktwirtschaft erfolgreich machen: Parteien, Parlamentarismus, Werte- und Rechtsnormen, Gewaltenteilung. In der Mitte steht die Würde des Menschen, unantastbar. Merkel tastet alles an und testet alles aus. Nur die Krisen-Häufung täuscht darüber hinweg, dass hier eine Systemkrise inszeniert wird, die unsere Grundwerte zertrümmert.

Kommt daher die Wendung, Sie fliege nur auf Sicht, also ohne Weitblick, was ihr oft nachgesagt wird? Um im Bild zu bleiben: Die Kanzlerin starte bisweilen pompös, alternativlos, man wisse allerdings nicht, wo sie lande. Eine treffliche Beschreibung?

Ich kenne den Vergleich, den man in größeren Zeitdimensionen betrachten sollte. Er könnte dann insofern eine starke Realitätsnähe besitzen, als diese kleinen Flugzeuge häufig abstürzen, wenn sie nur auf Sicht fliegen. Die Fixierung auf das Flüchtlingsthema verdeckt ja den fortschreitenden Abschied von der Marktwirtschaft: Flüchtlingspolitik wird zum Tempomacher für Planwirtschaft.

Die deutsche Kanzlerin: Geprägt von der Diktatur des DDR-Sozialismus

Vielleicht liefert die Biographie von Angela Merkel einen Erklärungsansatz für ihr umstrittenes Agieren:: Sozialisiert im Evangelischen Pfarrhaus der DDR, d.h. in ihrem Fall Pro-Ostzonen-Sozialismus, nicht etwa in einer oppositionellen Notgemeinschaft von Christen in einer roten Diktatur. Hilft das beim Verständnis?

Wir wissen es nicht und sind auf Vermutungen angewiesen. Ihr Vater, ein evangelischer Pfarrer und Sozialist, ging aus ideologischen Gründen in den 50er Jahren von Hamburg in die DDR. Das war schon eine Richtungsentscheidung. Er nahm die sozialistische Weltanschauung in sein Pfarramt auf, weil er von ihrer Überlegenheit überzeugt war. Frau Merkel hat über sich selbst gesagt, sie habe ein sehr schöne Kindheit gehabt, d.h. ich bin nicht so sicher, ob die paar wichtigen Ereignisse, die sie dann im Heranwachsen erlebt hat, wo sie mit großen Augen und meistens stumm dabei saß, wenn Gäste zu dem Vater kamen, ob die eine so große Rolle für ihren Werdegang gespielt haben. Alle, die sie in dieser Zeit näher beobachtet haben sagen, es war nichts zu spüren von einem Erwachen oder einem Interesse an Politik, was sie später auch selbst bestätigt hat.

Was ich aber sehe ist folgendes: Sie hat ja gewusst, dass sie in einem planwirtschaftlichen Diktatur-System groß wird, spätestens bei der Studienentscheidung, wo sie sich offenbar bewusst für ein Fach der Naturwissenschaften entschieden hat, weil hier Ideologiefragen eine weniger große Rolle spielten. Andererseits hat sie aber gleichzeitig einen Riesen-Orden als Russisch-Überfliegerin bekommen in Moskau, war FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda, d.h. sie hat sich sehr wohl im sozialistischen System weitgehend angepasst verhalten, was ihr gar nicht vorgehalten werden soll. Auch in einer Diktatur wollen junge Leute ja irgendwie nach oben kommen.

Ich glaube aber, dass sie verstanden hatte, dass die farblos wirkenden Lenker dieses SED-Systems, in dem sie lebte, Stichwort „Massenkast“, von einer harmlosen Spießigkeit im Auftritt waren, von einer lächerlichen Durchschnittlichkeit, und sie dabei erkannt hat: „Macht funktioniert ganz anders, als die Westler denken!“ Das ist meine These, dass sie also gesehen hatte, man braucht nicht einen Schwarzen Riesen wie Helmut Kohl, man braucht überhaupt keine Riesen, man braucht vielmehr Leute, die sich in erster Linie für Macht interessieren. Nur das Machtinteresse führt dazu, dass man lange dran bleibt. Das hat sie gelernt und verinnerlicht und so lebt sie heute noch.

Trotzdem oder deswegen bewegt sich die Kanzlerin auf Pfaden des radikalen Risikos, so Ihre Diagnose. Aber: Wer Risiken eingeht, kann Katastrophen und Schüsse nach hinten auslösen. Entwickeln Sie doch einmal ein Szenario des Scheiterns von Frau Merkel...

Es ist möglich, dass die braven Deutschen bei erneut anschwellender Massenzuwanderung, die dann demnächst aus Afrika kommen dürfte, bei noch mehr Störmanövern etwa von Herrn Erdogan, der erpresserisch an der Flüchtlingsfrage operieren könnte, dass dann ein oppositioneller Flächenbrand im Land der Dichter und Denker ausbräche. Wenn also, was ja nahe liegend erscheint, der Merkel-Regierung alles entgleitet, was zur Sicherheit des eigenen Landes notwendig wäre, also das Fass der Zumutungen überlaufen würde, das könnte der Auftakt einer neuen „Friedlichen Revolution“ sein. Die Deutschen brauchen ja sehr lange, bis sie aufbegehren.

Das Szenario könnte noch beschleunigt werden, wenn wir, was sich ja in Umrissen schon andeutet, zwar keinen Wirtschaftsabsturz, aber eine merkliche Konjunktur-Abflachung erleben. Die Auftragslage

deutscher Unternehmungen weisen im ersten Vierteljahr 2016 schon weniger Bestellungen aus. Das bedeutet in der Konsequenz: Sobald die Menschen neben den Unbilden der Masseneinwanderung deutlich erkennen, jetzt wird mir Vieles noch abgenommen, was ich zusätzlich verdiene und jetzt habe ich auch noch privat echte Lebensqualitätsverluste – das will ich nicht, das mache ich nicht mehr mit, dann stellt sich die Frage, wie es in diesen zugespitzten Lagen weitergeht. Nun sind die Deutschen keine Franzosen, die viel früher massenhaft protestieren und demonstrieren, Firmen besetzen und buchstäblich auf die Barrikaden gehen. Das erwarte ich bei uns nicht. Aber: Die Oppositionsakzente bei Wahlen könnten deutlich zulegen.

Die immer stärker werdende AfD weist doch schon in diese Richtung, Frau Höhler!



Die in „Linke“ umbenannte Diktaturpartei SED als Anwalt antideutscher Masseneinwanderung. Wer damit nicht einverstanden ist, wird als „Nazi“ denunziert und soll unser Land verlassen.

Ja, der bisherige und der zu erwartende weitere Vormarsch der AfD könnte für die etablierten Parteien zu einer noch ganz großen Herausforderung werden. Wenn sich die AfD strategisch klug verhält, trennt sie sich von Allem, was ihr Ärger macht und was außen Verdacht erregt, egal ob der Verdacht zutrifft oder nicht. D.h. Frau Petry und Herr Gauland werden sich bemühen um einen optimierten Auftritt ihrer Partei. Dennoch bleibt auch der AfD-Erfolg abhängig vom Kurs der Regierenden, angewiesen auf deren Versagen. Das Eis ist dünn. Zunächst werden die früher so starken Volksparteien, wie SPD und CDU, aber auch Grüne und die Linke - die CSU spielt eine Sonderrolle - weiter zugunsten der AfD Federn lassen, da mit einer strategischen Umkehr der Merkelschen Politikgrundrichtung nicht zu rechnen sei, meinen die Meisten. Aber Achtung: Es wäre nicht der erste Turnaround der Kanzlerin.

Konkurrenz für das alte Parteienkartell: Die aufstrebende Alternative für Deutschland AfD

Die SPD liegt laut jüngsten Umfragen bei unter 20 Prozent, sie wird immer schwächer und nervöser, kann sich aber auch nicht aus der Merkel-Umklammerung lösen, oder?

Noch sieht es nicht danach aus. Das Problem: Die SPD-Themen wurden unter Merkel verbraucht. Auf etwas höherem Niveau in der Wählergunst hat es ja auch die Union erwischt. Und es kann bei der CDU bis zu 30 Prozent abwärts gehen, zumindest bei Länderwahlen. Bei der Betrachtung der alten Volksparteien sind Abnutzungsprozesse unübersehbar, die sich aus vielfältigen Quellen nähren und zu einer wachsenden Unzufriedenheit geführt haben, die nicht so schnell umkehrbar erscheint. Das etablierte Parteienkartell inklusive die rückläufige Deutungsmacht der bundesdeutschen Leitmedien, also Rundfunk und Presse, haben einen Vorraum geöffnet, der zu einem Ermüdungsbruch in Richtung Merkel-Rücktritt plus SPD-Absturz führen könnte. Eingeleitet und verstärkt durch massive Wahloptionen für oppositionelle Parteien und sonstige politische und wirtschaftliche Rückschläge. Die Schleifspuren einer nachlassenden Kauflust der Bürger werden den Konjunktur-Optimisten zu denken geben. Dazu das Donnergrollen am Horizont des Flüchtlings-Managements: Der Schwerstarbeiter Frank-Jürgen Weise wird mit seinem Rücktritt von

seinen beiden Spitzenjobs für Arbeit und Flüchtlinge das Krisenszenario Deutschland noch einmal grell beleuchten.

Apropos Wahloptionen des Souveräns: Eine Ihrer merkelkritischen Bemerkungen lautet ja, Frau Höhler, dass Wahlentscheidungen für die Bundeskanzlerin ein Missverständnis seien. Wieso kann eine Stimmabgabe für die Merkel-CDU denn ein Missverständnis, also ein Irrtum, sein?

Weil viele Wähler das ausgreifende und riskante Weltformat der Pläne von Frau Merkel nicht erkennen. Allgemein herrscht bei den meisten Unionsanhängern die Ansicht vor, dass die Kanzlerin im Großen und Ganzen ihre Sache so schlecht nicht mache. Gewiss, die Flüchtlingskrise hat auch viele CDU-Gefolgsleute durchaus irritiert. Aber, jetzt kämen ja schon erheblich weniger Flüchtlinge und ein weiteres Anschwellen von massenhaften Grenzgängern sei nicht zu erwarten – Dank Merkel! Außerdem mache die Kanzlerin auf dem internationalen Parkett aufgrund ihrer unpräzisen Art des Auftretens keinen so ganz schlechten Eindruck. Wir hätten mit ihr eine eingeführte Vertreterin auf der Weltbühne. Sogar der US-Präsident Obama umarmt und lobt sie und den Imperialisten alten Stils, Wladimir Putin, so vermuten die Arglosen, habe sie öfters getadelt, oder? Das Missverständnis ist erklärter Wählerwille. Merkel-Anhänger danken mit ihrer Stimme für Verschweigen und Aufschieben aller Wahrheiten – auch jener Wahrheit, dass sie das System M stabilisieren, ohne es zu durchschauen.

Genau betrachtet regiert im Berliner Kanzleramt eine „Verlust-Managerin“

Sie sprechen in diesem Zusammenhang von der Verlust-Managerin Angela Merkel, Frau Höhler. Warum „Verlust-Managerin“?

Weil wir uns die gesamte Regierungszeit der Kanzlerin betrachten müssen und nicht die perfekte Regie ihrer PR-Truppe!

Und da sehen Sie...

...z.B. eine ganz große Verlust-Bilanz der Europäischen Idee, die durch Merkelsche Strafaktionen gegen Kulturen, die zu den kostbarsten gehören, die wir haben, ausgelöst wurde. Ich rede von den südeuropäischen Ländern, die unter den im Kolonialstil verordneten Sparprogramm

der deutschen Kanzlerin leiden. Es geht um jene Teile Europas, die die kreativen Elemente der europäischen Kultur liefern. Wir haben hier durch die Merkel-Politik Regionen verloren an Lebenslust u. Lebensoptimismus und wir haben die Jugend geschädigt in einer Weise, dass wir uns schämen müssten....

Sie meinen jetzt Spanien, Italien, Griechenland...?

Und Portugal! Und Polen 2012. Ich bin in den Ländern gewesen. Sie luden mich ein, um sich für meine Kanzlerin-Kritik zu bedanken und haben sofort mein Buch übersetzt. Dort kippen jetzt überall die gemäßigten Regierungen. Das ist eine Verlust-Bilanz! Sie kippen, weil die Menschen sich überanstrengt fühlen, weil sie sich bestohlen vorkommen, um ihre Art von Lebensqualität, d.h. hier fehlen ganze Register des Instruments auf dem Frau Merkel ihre Macht ausspielt. Und das ist für die europäische Kultur ein ganz großer Schaden. Dort dominiert jetzt ein Umschlagen der politischen Strömungen in den Ländern, die durch Spardiktate überanstrengt worden sind. Die Fehlentscheidung Euro wurde ihr ja als politische Erbe geliefert, aber Frau Merkel hat auch nicht erkennen lassen, dass sie begreift, dass ihre Korrekturmaßnahmen noch schädlicher waren.

Frau Professor Höhler. Vielen Dank für dieses Gespräch!

Das Interview von Heinrich Formanek mit Frau Professor Dr. Gertrud Höhler erschien zuerst in der österreichischen Vierteljahrs-Zeitschrift „Neue Ordnung“ NO, Ausgabe 2/2016. Der Nachdruck im Deutschland-Journal erfolgt mit freundlicher Genehmigung des NO-Verlegers Mag. Wolfgang Dvorak-Stocker, Ares-Verlag, Graz.

Bezugsadresse: Hofgasse 5, A-8010 Graz/Österreich,

EMail: neue-ordnung@ares-verlag.com

Das Buch von **Gertrud Höhler** aus dem Jahre 2012 – Ein Werk für alle, „die die Faust noch in der Tasche haben“. Erschienen im Schweizer „orell füssli-Verlag“, 295 Seiten, 21,95 Euro.



Eine konservative Zeitschrift aus Österreich



AUS DEM INHALT:

- Butter statt Palmöl
(von Mag. Wolfgang Dvorak-Stocker)
- Volkskundliches (von Dr. Albert Pethö)
- Alternativmedien im Kommen
(von Peter Hiess)
- Donald Trump: Kommt eine neue Epoche der Welpolitik? (Bernd Kallina im Gespräch mit Manfred Ritter)
- Weder Ost noch West. Der geopolitische Ansatz der ukrainischen Asow-Bewegung
(von Marcel Grauf)
- Ferdinand II. und der 30-jährige Krieg
(von Dr. Mario Kandil)
- Gewinnt die Reichsidee an Aktualität?
Ein Abgesang von Dr. Hans-Georg Meier-Stein

KENNENLERN-ANGEBOT



Bitte senden Sie mir die
Ausgabe der **Neuen Ordnung**
unverbindlich zur
Ansicht zu.



Ich **abonniere** die **Neue Ordnung** für
mindestens ein Jahr zum Jahresbe-
zugspreis von € 37,- und erhalte dafür in
Buch meiner Wahl (im Wert von bis zu
€ 20,-) aus dem ARES-VERLAG

Titel / Vor- und Nachname

Straße

PLZ / Ort

Telefon / E-Mail

Unterschrift

ARES VERLAG GmbH

Postfach 438, Hofgasse 5, 8010 Graz, Tel.: 0043(0)316 82 16 36, Fax: 0043(0)316 836 56 12
neue-ordnung@ares-verlag.com, www.neue-ordnung.at

Buchvorstellung

Was kosten Deutschland die Migranten?

Nach dem Willkommenschock des Jahres 2015 droht Deutschland bald eine Kostenlawine. Das Land wird in der Flüchtlingsfrage nicht zur Ruhe kommen. Was helfen (angeblich) sinkende Flüchtlingszahlen, wenn die Kosten des Berliner Migrationsabenteuers exorbitant in die Höhe schnellen, die finanzklammen Kommunen finanziell „bluten“, Bundesfinanzminister Schäuble sich wie gewohnt aus der Verantwortung drückt und der Bürger und Steuerzahler bald massiv zur Kasse gebeten wird. Die Thematik besitzt immenses Potential um im kommenden Bundeswahlkampf zum Hauptthema zu werden. So ist es gut vorstellbar, dass der schlafende deutsche Michel endlich aus seinen Dornröschenschlaf aufwacht. Viele erwarten, dass er sich nicht mehr durch die Sprüche unserer „Volksvertreter“ und der hochkarätigen Talkshow-Gäste bei Anne Will & Co. einlullen lässt und zu rebellieren beginnt. Denn wenn es ums Geld geht, soll ja bekanntlich der Spaß aufhören. Dessen ist sich der Autor, allerdings nicht ganz so sicher. Er lässt bedenken, dass die Deutschen durch die ständigen

Sprüche „Wir sind ein reiches Land!“ oder „Wir sind ein Rechtsstaat!“ selbstgefällig und bequem geworden sind und im Stillen vielleicht tatsächlich an „Wir schaffen das!“ glauben. Daher sind sie zum Teil selber Schuld, wenn sie in die von Berlin verordnete Kostenfalle gerieten - so die These des Autors. Mit diesem etwas überraschenden Befund beginnt der Verfasser, Ökonom und Börsenexperte seinen Einstieg in die facettenreiche Asylkostenthematik.

Anschauliche Beispiele

Wer über eine die trockene Materie Kosten schreibt, läuft Gefahr, schnell in Erbsenzählerei abzuweichen. Es ist keine spannende Sache, die sich für einen Krimi eignet. Um der Ermüdungsgefahr vorzubeugen, begrenzt Heese die Anzahl der Graphiken und Tabellen auf ein Minimum. Auch lockert er den Schreibstil der besseren Lesbarkeit wegen auf und garniert den Inhalt mit anschaulichen Beispielen aus der Wirtschaftspraxis. Diese Vorichtsmaßnahmen machen seine populär-wissenschaftliche Monographie besonders für einen Nicht-Fachmann leicht verständlich.

Es ist jedoch in erster Linie der Inhalt, welcher zur Lektüre des Buches einlädt, das neben Sekundärquellen auch Anfragen bei und Gespräche mit Forschungsinstituten, Kämmerern oder Ministerien als Primärquellen verwendet.

Über die Kostenproblematik findet der Wutbürger tagtäglich hinreichend viele Informationen in der Lokalpresse - dort wo diese darüber berichten „darf“ - und in zahlreichen alternativen Internet-Quellen. Neben dieser leichten Kost bleibt ihm unbenommen auch auf anspruchsvolle Fachstudien zurückzugreifen. Die Erfahrung zeigt leider, dass er sich dabei schnell in einem „Informationsdschungel“ verlaufen wird. Denn nicht allein die Masse an Einzelhinweisen schafft den gesuchten Kosten-Überblick. Was fehlt, ist eine Kategorisierung, ein praktikables Ordnungsprinzip über die Menge der veröffentlichten Kostenschätzungen.

Diese Lücke schließt Heese in den folgenden beiden Kapiteln. Hier wird dem Leser an praktischen Beispielen der Unterschied zwischen den Kosten, welche eine Kommune (betriebswirtschaftliche oder Mikrokosten) und denen die Deutschland als Land zu tragen hat (volkswirtschaftliche oder Makrokosten), klar gemacht. Für die erste Kategorie unternimmt er eine

aufschlussreiche Analyse für seine Heimatstadt Köln. Obwohl der Stadtrat viele Zahlen geheim hält und ihre Bekanntgabe verweigert, - im letzten 9. Flüchtlingsbericht sind von 53 Seiten gerade zwei der Kostenfrage gewidmet - gelingt es dem geschulten Analysten zu belegen, dass Köln zum Sanierungsfall wird, wenn es mit dem Schuldenmachen für Flüchtlinge so weiter macht (machen muss) wie bisher. Heute kostet laut vorgenanntem Bericht jeder der knapp 14.000 Migranten die Stadt schon mehr als 1.500 € monatlich, mit steigender Tendenz und ohne die Sicherheit, dass die Rechnung komplett ist. Das hat Konsequenzen. Wenn Köln wegen der Überschreitung der Verschuldungsobergrenzen in die Finanzaufsicht des Landes (sog. Haushaltskonsolidierungskonzept) gerät, muss es nach der Gemeindeordnung eisern sparen. So bekommt auch der Kölner Michel über die Leistungskürzungen, Gebühren- und Steuererhöhungen das Berliner Asylkostendiktat voll zu spüren. Wer also ein wenig rechnen kann, wird den direkten Zusammenhang zwischen den Flüchtlingskosten und dem Portemonnaie des Otto-Normal-Verbrauchers nicht leugnen können - auch wenn Top-Politiker wie Heiko Maas, dreist etwas anderes behaupten.

Der anschließende Teil über die Makrokosten ist für einen neugierigen Kostendetektiv nicht minder informativ. Hier kommentiert Heese in verständlicher Kurzform die zehn wichtigsten Studien deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute. Wer jetzt glaubt, die Experten seien imstande in der so wichtigen Kostenfrage eine eindeutige Antwort zu liefern, der wird herb enttäuscht. Der Optimist wird daran erinnert, dass die Ökonomie nur beschränkt exakte Wissenschaft ist und dass das Ergebnis jeder Modell- und der Variantenrechnung von den gemachten Annahmen abhängt. Durch diese Hintertür ist dem pseudowissenschaftlichen Missbrauch selbstverständlich Tor und Tür geöffnet.

Erschreckende Zahl: 450 Mrd. €

Die deutschen Ökonomen sind in der Kostenfrage heute in zwei Lager gespalten, die unübersehbar mit ihrer vorhandenen oder fehlenden Politiknähe korrelieren. Während die politikaffinen „Chancenbeschwörer“ (Sachverständigenrat, DIW, Heinrich Böll Stiftung oder die Bertelsmann Stiftung) langfristig nach dem Prinzip Hoffnung einen Nettoertrag aus der Zuwanderung errechnen, gehen die „Ri-

sikowarner“ (ZEW, Ifo-Institut, Sarrazin, Raffelhüschen) von einer dauerhaften Belastung der einheimischen Bevölkerung aus. Trotz dieser Lagerbildung rechnen selbst die Politikaffinen für die ersten sechs (und mehr) Jahre der bis zur Aufnahme in den Arbeitsmarktprozess notwendigen „Integrationszeit“ mit einer jährlichen Makro-Belastung von mindestens 30 Mrd. €. Einige Adressen gehen sogar von 50 Mrd. € aus, denn in der Minimal-Variante ist der Sonderaufwand für sog. Unbegleitete Minderjährige, „Traumatisierungskosten“, Überstunden für Behörden und Polizei, Wertverlust der Immobilienbesitzer, Umsatzeinbußen in der Touristikbranche usw. nicht enthalten. Mehr noch, wer nicht in der Kategorie eines Jahres sondern in Generationen denkt (Raffelhüschen), kommt allein bei einer Million Migranten auf die erschreckende Zahl von 450 Mrd. €.

Der Verdienst des Autors, der Jahrzehnte in der ökonomischen Analyse tätig war und als Insider die Analystenfachwelt kennt, liegt nicht zuletzt darin die Kulissen der Arbeitsweise der Research - Häuser und die vermuteten und offenen Abhängigkeitsverhältnisse (staatliche Subventionen und Aufträge, Besetzung der leitenden Posten) dem Leser näher

bringt. Dieser bedeutsame Aspekt wird bei fehlendem Hintergrundwissen in der hiesigen Fachpresse kaum beachtet. Dabei heißt es doch im bekannten Sprichwort: Wessen Brot ich ess, dessen Lied ich sing..

Im Folgekapitel „Wer zahlt die Zeche für die Migrationsparty?“ wird die Finanzierungsfrage angegangen, die in der Fachpresse ebenfalls so gut wie kein Echo findet. Heese erinnert, dass ein separater Beitrag der Wirtschaft zur Finanzierung der Asylkosten nicht existiert (keine Jobs, keine Solidaritätsabgabe). Der Ökonom begründet seine Vorstellung von der, von Berlin wohl gewünschten, Kostenverteilung von jeweils 20% Bundes- und Landes- und 60% Kommunalanteil. Den Satz von 60% hat auf jeden Fall Köln seit Anfang 2015 zahlen müssen. Er erklärt, wie die Finanzierungslücke von den Kommunen zunächst „technisch“ durch die Neuverschuldung geschlossen und später durch den Steuerzahler oder die kommenden Generationen getragen wird. Ökonomisch geht das gar nicht anders.

Das vorletzte Kapitel geht der Frage nach, ob die deutsche Volkswirtschaft sich 30 Mrd. € jährlich an Zusatzbelastung überhaupt leisten kann. Im Kontext der volkswirtschaftlichen Zahlen ist

das doch nicht viel. Die Kosten werden sicherlich keinen Kollaps der stärksten europäischen Volkswirtschaft hervorrufen, die eine jährliche Wirtschaftsleistung von 3 Bill. € generiert. Die Volkswirtschaft als ganzes zu nehmen, ist eine bewusste Irreführung. In Vergleich zum Bundeshaushalt wird die Angelegenheit schon wesentlich unangenehmer: Die Asylkosten erreichen heute das Volumen des Bundesverteidigungsministerium (2015: rd. 34 Mrd. €) und liegen über dem Niveau aller anderen Ressorts ausser dem Ministerium für Arbeit und Sozialen (2015: rd. 130 Mrd. €). Noch brisanter ist der Vergleich zu den Kommunal-Haushalten: Das Defizit Kölns von 275 Mio. € in 2015 ist zu fast 30% - oder in absoluten Zahlen mit 80 Mio. € - durch die von Berlin erzwungene Flüchtlingskosten verursacht. In 2016 wird der Anteil wegen steigender Migrantenzahl aber schon auf 50% ansteigen! Alles das, kann der Leser aus den offiziell veröffentlichten Zahlen der Kämmerei nachprüfen.

Heese plädiert für eine Flüchtlingshilfe vor Ort, was sicherlich nicht neu ist. Interessant ist jedoch seine Vergleichsrechnung: Würde die „reiche Bundesrepublik“, durch einen humanitären Tatendrang getrieben, alle Flücht-

lingslager im Nahen ganz allein finanzieren, so würde sie nicht nur die bisherigen Ausgaben für Entwicklungshilfe verdoppeln sondern noch jährlich 20 Mrd. € sparen. Das ist eine Summe, mit der die Armutsücke bei den deutschen Rentnern weitgehend geschlossen wäre. Auch wäre dieser Betrag ausreichend, um den Investitionsstau auf unseren Straßen in fünf Jahren aufzulesen. Die mit Vorlieb von den Linken so oft zitierte Bankenhilfe durch den Rettungsschirm der FSMA (Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung) hat den deutschen Steuerzahler bis 2015 gerade 11 Mrd. € gekostet. Das ist zwar bedauerlich, es sind Peanuts im Vergleich der jetzt anstehenden Mammutzahlungen.

Keine Schonung und Tabus

Eine Lösung vor Ort würde der mächtigen Asylindustrie das lukrative Geschäft verderben. Gegen diese Profiteure muss massiv, vor allem mit ökonomischen Instrumenten vorgegangen werden, was der Autor im Schlusskapitel mit einigen Ideen zum Kostensparen konkretisiert. Es genügt nicht einfach zu sagen, „das Kind ist im Brunnen und wir müssen da durch, koste es was es wolle“. Der von Heese vorgeschlagene Katalog von ökonomischen

Maßnahmen ist ein wenig „ketzerisch“. Er stellt Forderungen nach mehr Transparenz auf, wie den sofortigen Kassensturz, einen Rechtsschutz für Whistleblower bei einer Offenlegung von Kostenaffären, eine regelmäßige Veröffentlichung aussagekräftiger Kostenberichten, die von parlamentarischen Diskussionen begleitet wird und schließlich verbindliche Kostensparpläne, deren Abarbeitung permanent überwacht werden muss.

Es genügt nicht etwas zu fordern, es muss auch gehandelt werden. Eine drastische Verkürzung der utopisch langen „Integrationszeiten“, die Senkung des Vollkosten-Asylservices, wie des bunten Maßnahmenkatalogs an Betreuungs- und Integrationskursen, inklusive der Reinigungskosten in den Asylheimen finden sich auf der Liste des Buchautors. Bedauerlich ist in diesem Kontext die fehlende Heranziehung der Migranten zu öffentlichen Arbeiten (Parks & Co.), so wie es bei den deutschen Hartz IV-Empfängern möglich ist. Diesbezüglich darf es keine Schonung und Tabus geben. Leider beziffert Heese nicht den Einsparungseffekt dieser Maßnahmen. Dennoch wagt er sich mit seinen unorthodoxen Ideen auf ein gewisses Neuland. Denn bis dato lautet die pseudo-

wissenschaftliche Maxime der „Chancenprediger“: An Integrationskosten dürfen wir keinesfalls sparen, sonst wird die Integration nicht gelingen!

Das Buch „Was kosten Deutschland die Migranten?“ ist eine Pflichtlektüre für all diejenigen, die in diese Problematik einen Einstieg suchen. Es beschreibt den Kosten-Wald und nicht so sehr die einzelnen Kosten-Bäume. Wer sich daher die letzten genauer anschauen möchte, wird zu weiteren Einzelbeispielen in der Regionalpresse greifen müssen. Ein Gesamtüberblick ist in der aktuellen Lage in Deutschland dennoch unabdingbar. Ein Bürger, der etwas gegen das Kostendiktat und seine „kalte“ Enteignung politisch unternehmen will, kann erst aktiv werden, wenn er sich diesen verschafft. Dann wird er von „Willkommensprotagonisten“ bei Kostenexzessen nicht so einfach abgewimmelt werden können, es seien doch alles bedauerliche Ausnahmefälle. Den Überblick

bekommt er mit der Lektüre dieser Studie eindeutig geliefert.

Colombo



Viktor Heese: Was kosten Deutschland die Migranten?

Eine Auswahl publizierter Kostenschätzungen, 204 Seiten, 13,99 Euro, epubli 2016. Zu beziehen über www.amazon.de und www.epubli.de.

Oberst i. G. a.D. Klaus Hammel:

Zweierlei Recht – Zweierlei Urteil

Die ungleiche Ahndung von Kriegsverbrechen

Einführung

Der amtierende Vorstand der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt ZFI hat mir aufgegeben, Ihnen den Inhalt des Buches mit dem o.a. Titel vorzustellen. Dies kann nur in der Form eines Überblicks im Schnelldurchgang, einer thematischen Erörterung mit „Lücken“ erfolgen. Dieser Präsentation zur Einordnung der herausgearbeiteten Ergebnisse möchte ich einen Grundsatz aus dem seinerzeit (=2. Weltkrieg) wie heute geltenden Kriegsrecht voranzustellen:



„Die Regeln des Kriegsrechts gelten für alle Kriegsparteien, ungeachtet der Ursache oder der Auslöser eines kriegerischen Konflikts, vorgegebener oder tatsächlicher moralischer Beweggründe oder neuerdings wieder üblichen Kategorien eines ‚gerechtfertigten‘ – auf der Grundlage des Rechts zur Selbstverteidigung aufgezwungenen – oder ‚ungerechtfertigten‘ – von Seiten eines Aggressors verübten – Krieges.“

Der Mitautor des vorzustellenden Buches ist Rainer Thesen, im zivilen Beruf Rechtsanwalt, beim Militär als Reserveoffizier Oberst der Reserve. Thesen war vor einiger Zeit im so genannten „Scheungraber-Prozess“ in München, gegen einen ehemaligen Leutnant der Pioniertruppe der Wehrmacht wegen eines angeblichen Kriegsverbrechens, begangen an der italienischen Zivilbevölkerung im Jahre 1944, Verteidiger des angeklagten ehemaligen Offiziers.

Es gilt auf die Motivlage der Autoren einzugehen: Was waren die Anstöße, sich mit dem beschriebenen Thema auseinander zu setzen und welche Zielsetzungen wurden dabei verfolgt? Zunächst zum Teil von Rainer Thesen: Am 19. Dezember 2012 wurde – von deutscher Seite durch Außenminister Westerwelle – der Bericht einer deutsch-italienischen Historikerkommission vorgestellt.

Kurz einige Schlagworte zum Inhalt dieses Berichts: U.a. wurde bemängelt, dass eine zufriedenstellende Gesamtdarstellung des Krieges

auf der italienischen Halbinsel immer noch fehlen würde. Um den Umfang deutscher Kriegsverbrechen in Italien zu belegen, fordern die Verfasser der Studie einen „Atlas der Gewalt“, bei dem auf der Grundlage durch eine „Datenbank“ geografisch definierter Tatorte deutsche Kriegsverbrechen mit entsprechenden Truppenteilen verbunden und damit entsprechende Kriegsverbrechen entsprechenden „Tätern“ zugeordnet werden sollen. Schließlich wurde angekündigt, in einer neuen Darstellungsform „die Erlebnisse der Zeitgenossen erfahrungsgeschichtlich aufzuarbeiten.“ Dieser neuartige Zugriff (solle) nicht zu einer Neubewertung historischer Fakten führen, vielmehr (sollen) „die individuellen Interpretationen der Zeitgenossen berücksichtigt werden, welche diese den historischen Ereignissen gegeben haben.“ Das gewünschte Endergebnis wurde gleich mit angekündigt: „Das soll zu keiner Revision gültiger Geschichtsdeutungen oder gar zu einer Relativierung von deutschen Kriegsverbrechen in Italien führen, sondern eine zusätzliche historische Perspektive, besonders auch in Hinsicht auf die Opfer, eröffnen.“

Zu seinem Buchbeitrag sah sich Rainer Thesen auf Grund folgender Fakten veranlasst: Die Behandlung der historischen Sachverhalte beruht nahezu ausschließlich auf italienischen Positionen, die wiederum durch den „Mythos der Resistenza“ aus der Nachkriegszeit bestimmt sind. Offensichtlich haben Juristen mit Fachwissen in der Kommission nicht mitgearbeitet. Die italienischen und deutschen Historiker nehmen alle Funktionen eines Rechtsverfahrens wahr. Sie schlüpfen in die Rolle der Ermittlungsbehörden, der anklagenden Staatsanwälte und der rechtsprechenden Gerichte hinein.

Meine „Anliegen“ zur Behandlung des Themas waren vielschichtig. Neben den immer noch andauernden Prozessen gegen deutsche Kriegsverbrecher (über 70 Jahre nach dem eigentlichen Geschehen) oder den „Gedenkfeiern“ zum 70jährigen Kriegsende 2015 oder entsprechenden Politikeransprachen bei Gedenkfeiern, beispielsweise des Luftangriffs auf Dresden, waren dies vor allem:

Erstens - die andauernde Behauptung, die Deutschen hätten 1945 kein Interesse an einer juristischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit gehabt. Zweitens – die neuerdings zahlreichen Publikationen aus dem englischen Sprachraum über die Verbreitung alliierter Kriegsverbrechen während des 2. Weltkrieges und derer unterbliebenen juristischen Ahndung.

1. Inhalt des Buchteils „Zweierlei Recht – Die Ahndung von Kriegsverbrechen auf deutscher und alliierter Seite“

Im Anschluss an die Gegenüberstellung von zwei in den Medien hervorgehobenen „Fällen“ von Kriegsverbrechen auf alliierter wie auf deutscher Seite während des 2. Weltkrieges und ihrer rechtlichen wie moralischen Einordnung wird die Entwicklung zum „totalen Krieg“ einschließlich der gleichlaufend zunehmenden Tendenz, Verstöße gegen das „Recht im Kriege“ zu ahnden, dargestellt. Die Wiederkehr der ideologischen oder der „Glaubenskriege“ wird begleitet vom Bestreben angesichts der absoluten Kriegführung und des Einsatzes absoluter Mittel (verfügbar durch die moderne Waffentechnik), den Gebrauch von Gewalt in gewisser Weise zu reglementieren und humanitäre Standards zu erhalten.

Im ersten Hauptteil wird die Ahndung deutscher Kriegsverbrechen im 2. Weltkrieg durch die Siegerstaaten behandelt, das Internationale Militärtribunal in Nürnberg, die „Nürnberger Nachfolgeprozesse“, die Aburteilung deutscher Kriegsverbrechen durch die nationalen Gerichte in den Siegerstaaten. Der zweite Hauptteil dient der Widerlegung der Behauptung, die deutsche Öffentlichkeit und die deutsche Justiz seien an einer rechtlichen Aufarbeitung von NS-Verbrechen und deutschen Kriegsverbrechen nicht interessiert gewesen. Zu diesem Abschnitt gehört auch die Behandlung der so genannten Spruchkammerverfahren, die dazu dienten, mit der NS-Ideologie und dem „deutschen Militarismus“ aufzuräumen und ein Wiederaufleben entsprechender Haltungen und Gesinnungen ein für alle Mal auszuschließen. Im nächsten Hauptteil wird dem vorangegangenen Inhalt die Frage gegenüber gestellt, ob und in welchem Ausmaß die Siegerstaaten angesichts ihrer eigenen Humanitätsverbrechen und Kriegsverbrechen die gleichen rechtlichen und moralischen Wertmaßstäbe als Verpflichtung angesehen haben.

Im abschließenden Kapitel dieses Buchteils wird dargestellt und bewertet, in welchem Ausmaß die Bestrafung deutscher Kriegsverbrechen nach 1945 in den Konflikten der Nachkriegszeit bis heute als „Präzedenzfall“ die späteren Rechtsauffassungen bestimmt hat.

2. Inhalt des Buchteils

„Das Kriegsrecht und seine Anwendung – Beispiel des Krieges in Italien 1943-45“

Seit längerem ist das Phänomen zu konstatieren, dass die praktizierte NS-Ideologie sowie die unzweifelhaften NS-Verbrechen das gesamte Geschehen innerhalb der zwölf Jahre andauernden NS-Herrschaft bzw. des 2. Weltkrieges in einer bedrückenden Art und Weise überwölben. Dafür muss man in gewisser Weise Verständnis haben, obgleich eine sachgerechte Bewertung dadurch nicht gefördert wird. Einerseits fällt es schwer, auch positive Fakten aus diesen zwölf Jahren wahrzunehmen, an und für sich schon ohnehin negativ zu bewerten – das Geschehen erfährt eine Steigerung in der kritischen Bewertung, als dies – wenn von anderer Seite zu verantworten – ansonsten der Fall gewesen wäre. So erfahren deutsche Kriegsverbrechen eine noch stärkere moralische oder rechtliche Verurteilung, während gleichartige Kriegsverbrechen auf der Seite der Sieger in gewisser Weise exkulpiert werden. Obgleich gerade das Rechtssystem unter dem Nationalsozialismus abschreckende und nicht tolerierbare Einschränkungen im Hinblick auf die „Majestät des Rechts“ aufwies, scheint es deswegen bei der Strafverfolgung von NS-Tätern oder deutschen Kriegsverbrechen auf unverzichtbare Rechtsstandards nicht so sehr anzukommen. Oft steht bei einer Verurteilung mehr die „Symbolik“ im Vordergrund als die Verurteilung auf der Grundlage einer nachweisbaren persönlichen Schuld. Wer dem System diente und dessen Ziele förderte, kann nicht „unschuldig“ sein.

Wenn schon mit einem erheblichen Aufwand ein Ermittlungs- oder Strafverfahren gegen einen über 90 Jahre alten Greis, mindestens 70 Jahre nach der verbrecherischen Tat, unter den gegebenen, eingeschränkten rechtlichen Rahmenbedingungen geführt wird, ist es – unter dem Druck einschlägiger Medien – schwer, das traditionell geltende Prinzip „im Zweifel für den Angeklagten“ beizubehalten. Rechtsanwalt Rainer Thesen behandelt daher im ersten Teil seines Buchabschnitts die Prinzipien, die auch gegenüber NS-Tätern für die „Rechtsfindung“ gelten müssen, wollen wir uns von einer Rechtspraxis wie unter der NS-Herrschaft oder anderen totalitären Systemen abgrenzen.

In meinem Buchteil wird bereits über die Ursachen berichtet, warum

bei den noch andauernden Prozessen gegen Kriegsverbrecher (nicht NS-Täter) fast ausschließlich „Fälle“ vom Kriegsschauplatz Italien einer rechtlichen Ahndung unterzogen werden. So schildert Thesen in seinem zweiten Teil „Rechtsanwendung“ die praktizierten – und im Gegensatz dazu die unverzichtbaren - Rechtsprinzipien am Beispiel von Strafverfahren wegen angeblicher oder tatsächlicher deutscher Kriegsverbrechen in Italien. Er konzentriert sich dabei auf Fälle, die wegen ihrer Publizität oder ihrer Rechtsproblematik einen besonderen Stellenwert erhalten haben.

3. Wertung

Obgleich etwas ungewöhnlich, möchte ich an dieser Stelle eine Wertung unserer im Buch herausgearbeiteten Erkenntnisse einbringen. Sie soll im abschließenden zentralen Teil meiner Präsentation mit einer detaillierten Schilderung begründet werden.

In einem Aufsatz in der FAZ mit dem Titel „Unser letzter Stolz“ hat Horst Möller, ehemaliger Leiter des IFZ geschrieben:

„Legendenbildung dient politischen Zwecken. Dies gilt auch für die zählbeige Behauptung, eine wirkliche Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur habe erst in der Bundesrepublik mit der Studentenbewegung am Ende der 60er Jahre begonnen; bis dahin seien das nationalsozialistische Regime und seine Verbrechen verdrängt worden....“

„...jede Behauptung dieser Art ist so falsch, dass sie mit Unwissen allein nicht zu erklären ist...“

*„Allein in diesen viereinhalb Jahren sind in Deutschland mehr Verbrecher des Nazi-Regimes in rechtsstaatlichen Verfahren zur Rechenschaft gezogen worden als in jeder anderen postdiktatorischen Gesellschaft.“
(Horst Möller, Aufsatz in FAZ 09.06.2012)*

Wenn Unwissenheit keine Begründung für die Behauptung darstellt, man habe in Deutschland eine Aufarbeitung der NS-Zeit nicht mit Konsequenz verfolgt, dann müssen andere Begründungen dazu herangezogen werden. Darauf komme ich im Schlussteil dann zurück. Meine Bewertung, wie man auf Seiten der Sieger mit der Verurteilung

von Humanitätsverbrechen oder Kriegsverbrechen auf deutscher Seite umgegangen ist und wie mit den eigenen, lautet so:

„Durch die Gerichte der Sieger wie auch die innerstaatliche Justiz sind im Falle Deutschlands begangene Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit mit einer Konsequenz bestraft worden, wie dies zuvor oder danach (bis heute) in keinem Land der Erde der Fall war“.

Rainer Thesen schreibt im Hinblick auf die Absichten mit seiner Darstellung:

„Wir haben gesehen, wie schwierig, ja häufig unmöglich es ist, im Nachhinein aus der Chaos der Kampfhandlungen einzelne Vorgänge gerichtsverwertbar auszuschalten, isoliert zu betrachten und insoweit Verantwortlichkeit oder gar Schuld einer einzelnen Person zuzuordnen. Ist dies schon grundsätzlich der Eigenart des Krieges geschuldet, so wird dies durch den großen und immer größer werdenden zeitlichen Abstand zu den Ereignissen immer schwerer bis unmöglich.“ “Tendenziöse Darstellungen der beschriebenen Vorgänge, die ein Strickmuster erkennen lassen, wonach die deutschen Soldaten stets als Kriegsverbrecher erscheinen, auch wenn der Sachverhalt bei kritischer Würdigung mit den Erkenntnismethoden des Juristen auch einen anderen Geschehensablauf möglich oder sogar wahrscheinlich sein lässt, sind leider nur allzu häufig anzutreffen.“ “Und hier kommt das aus meiner Sicht böse Wort ‚Geschichtspolitik‘ ins Spiel“.

4. Ergebnisse zweiter Buchteil (Thesen)

4.1. Rainer Thesen belegt in seinem Abschnitt „Prozess der Rechtsfindung“, dass die Forderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren aus drei Gründen kaum zu erfüllen sind:

- Die rechtliche Einordnung eines kriegerischen Geschehens unter den Bedingungen des Friedensrechts (siehe beispielsweise die notwendige Kategorisierung von Mord nach dem Paragraphen 211 („Mordparagraph“) unseres Strafrechts).
- Der Zeitabstand zwischen dem damaligen Geschehen und dem heutigen Verfahren
- Die Wirkung der „Symbolik“ auf die rechtlichen Verfahren, bei denen – so die Forderung – auch „der letzte NS-Verbrecher nicht ungeschoren davonkommen darf“.

4.2. Im Abschnitt „Rechtsanwendung“ stellt Thesen insgesamt 10 Fälle von Gerichtsverfahren sozusagen als Präzedenzfälle vor. Sie haben bis auf den „Fall Caiazzo“ einige Gemeinsamkeiten.

- Trotz gerichtlicher Verfahren sind die angeblichen Geschehensabläufe immer noch starken Zweifeln unterworfen.
- Den Kern der Anklage bilden eindeutig manipulierte oder propagandistisch überhöhte Opferzahlen. Besonders durch die italienische Seite werden unzutreffende Grausamkeiten deutscher Täter behauptet – mit einer entsprechenden Wirkung in den Medien. In einer Wechselwirkung erhöhte dies den Druck im Hinblick auf eine Verurteilung.
- Während die Partisaneninformationen als „Widerstandskämpfer“ oder „Patrioten“ glorifiziert werden, werden deutsche Soldaten oder Truppen als „Bestien“ dämonisiert.
- Die seinerzeitige Rechtslage nach dem Völkerrecht wird angesichts einer allgemeinen Ideologisierung insbesondere in den historischen Ausarbeitungen vernachlässigt oder bewusst falsch interpretiert.
- Der Zeitabstand zum Geschehen erschwert auf Grund fehlender Tatzeugen oder des zweifelhaften Erinnerungsvermögens von Zeugen die Rechtsfindung, Akten erhalten einen nicht angemessenen Stellenwert.

4.3. Die einzelnen Fälle:

- Der „Fall Caiazzo“, eine ruchlose Mordtat an italienischen Zivilisten, begangen durch einen deutschen Offizier (Lenigk-Emden), beschäftigte jahrelang das Landgericht Koblenz und den Bundesgerichtshof. Die Frage dabei war, ob diese eindeutig kriminelle Tat ohne jeden Bezug zum Kriegsgeschehen durch die Wehrmachtrichter geahndet worden wäre, wäre diese Tat auch den Behörden bekannt geworden. Dabei entwickelte sich ein „Gutachterkrieg“, der insofern eine Erwähnung verdient, als ein Wissenschaftler des MGFA, Fregattenkapitän Schreiber, in seinem Gutachten behauptet: Nach den üblichen Standards der Wehrmacht wäre diese Tat durch die Wehrmachtsjustiz nicht verfolgt worden. Diese Behauptung steht im krassen Gegensatz zu den verfügbaren Dokumenten über vergleichbare Verfahren in Italien, ist aber beispielhaft dafür, wie deutsche Historiker die

entsprechende Behauptung der verbrecherischen Wehrmacht belegen.

- Die „Fälle Engel bzw. Weihbischof Defregger“ sowie die deutschen Repressal-Maßnahmen in den italienischen Ortschaften „Onna di Paganica, Gubbio“ hat Rainer Thesen wegen der Sühne- bzw. Repressalproblematik, der grundsätzlich dem Völkerrecht widersprechenden Kampfweise der italienischen Partisanen, der durchaus angemessenen Aufklärungsarbeit deutscher Staatsanwälte oder Gerichte (Einschränkungen für das Hamburger Landgericht im Falle des SD-Offiziers Gerhard Engel, siehe dazu u.a. das Buch von Ingo von Münch, „Geschichte vor Gericht“) sowie der den wahren Gegebenheiten widersprechenden Darstellungen in den deutschen Medien und historischen Darstellungen in seine Aufstellung aufgenommen. Gerade im „Fall Engel“ wird die mehrfach angesprochene Problematik einer rechtlichen Würdigung nach so langen Zeiträumen deutlich.
- Während einerseits die „Fälle Boves und Marzabotto“ aufzeigen, mit welchem propagandistischem Aufwand unzutreffende Opferzahlen benutzt werden, um die Reaktion der Truppe (hier jeweils Verbände der Waffen-SS) auf völkerrechtswidrige Aktionen der Partisanen zu diskreditieren, lassen die Einsätze von Truppenteilen der Division „Hermann Göring“ nur den Schluss zu, dass ggfs. auch in Italien unter dem Vorwand des Partisanenkrieges persönliche Gewaltbereitschaft und kriminelle Determinierung ausgelegt wurden. Der deutsche Historiker Klinkhammer geht davon aus, dass die Masse der in Italien begangenen Gewalttaten der Wehrmacht durch wenige Divisionen verübt wurden. Mit Recht wird hier der Vorwurf erhoben, dass durch die Führung dabei nicht eingegriffen wurde.
- Abschließend für diesen Teil meiner Präsentation soll der „Fall Kephallonia“ aufgegriffen werden. Dabei handelt es sich um die Erschießung italienischer Kriegsgefangener der Division „Acqui“ im September 1944 auf der griechischen Insel, die sich beim Seitenwechsel Italiens der deutschen Entwaffnung und Gefangennahme widersetzt hatten. Dieser Fall hat aus mehreren Gründen einen besonderen Stellenwert: Durch das Bestreben, diesen Vorfall für geschichtspolitische Zwecke zu benutzen, ist

ein unentwirrbares Knäuel von Wahrheiten, Halbwahrheiten und propagandistisch zu nutzende Lügen entstanden. Im Zusammenhang mit meinen vorangegangenen Erläuterungen zeigt sich, wie schwierig es ist, ein rechtlich einwandfreies Kampfgeschehen von Verstößen gegen das Völkerrecht abzugrenzen und die tatsächlich Schuldigen zu definieren, die sicherlich nicht auf der Ebene der einfachen Soldaten, der Unteroffiziere und Subalternoffiziere zu finden sind. Vor allem fallen ins Auge die Manipulationen der Opferzahlen. Overmann, ein Spezialist für die Kriegsgefangenenproblematik im MGFA, nennt 5.000 widerrechtlich getötete italienische Soldaten. Gerhard Schreiber behauptet unter der Vorgabe besonders sorgfältiger Recherchen bis zu 5.326 erschossene Italiener. Der Buchautor Erich Kuby nennt 8.400 ermordete Soldaten der Division „Acqui“, während in einem Aufsatz der SZ rd. 9.900 „abgeschlachtete“ Italiener genannt werden.

- Dagegen führt die Chronik der Division an, dass auf Kephallonia exakt 1.818 Soldaten getötet wurden. Sollte diese Zahl korrekt sein, und werden die im Kampf gefallenen Soldaten herausgerechnet, dann kann die Anzahl der durch Soldaten der beteiligten deutschen Gebirgsjäger widerrechtlich getöteten Italiener nur mehrere Hundert Kriegsgefangene betragen haben. Die beteiligten Führer auf deutscher Seite waren sich darüber im Klaren, dass der Befehl des OKW, die italienischen Soldaten, die sich der Gefangennahme widersetzen, zu erschießen, ein Rechtsverstoß war. Die Ausführung natürlich auch. Ein Kriegsverbrechen bleibt ein Kriegsverbrechen, ungeachtet der tatsächlichen Opferzahlen? So einfach ist es nicht. Warum werden die Opferzahlen bei Rechtsverstößen auf deutscher Seite regelmäßig „hochgerechnet“ und im umgekehrten Falle bei Darstellungen gerade in den letzten Jahren ebenso regelmäßig nach unten „korrigiert“? Wer würde hinsichtlich der Dimension „normaler Gewalttaten“ die Auffassung vertreten, auf eine korrekte Benennung der Opfer käme es bei der Schuldzuweisung nicht an? Manipulierte Opferzahlen setzen die Würde und das Leiden der tatsächlichen Opfer herab und führen zu einer Generalisierung von Schuld, die mit unserer Rechtsauffassung nicht vereinbar ist.

5. Ahndung deutscher Kriegsverbrechen und NS-Verbrechen durch die Siegerstaaten

5.1. IMT und Folgeprozesse

- Die Übersicht 1 (Anlage 1) zeigt eine Aufstellung der Verurteilungen so genannter deutscher Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärtribunal (IMT) und der späteren „Nürnberger Folgeprozesse“ (gegen deutsche Militärs, NS-Funktionäre, Spitzenbeamte, Führungskräfte der Wirtschaft)
- Wie ersichtlich, wurden insgesamt 199 Personen vor Gericht gestellt. Der hohe Anteil ausgesprochener und vollstreckter Todesurteile (fast 20 Prozent) ist bemerkenswert.
- Sowohl vor dem IMT als auch bei den Folgeprozessen kamen neuartige Anklagepunkte zur Verhandlung: „Verbrechen gegen den Frieden“ (Angriffskrieg) sowie „Verschwörung zur Planung eines Angriffskrieges“. Wegen des Verhaltens der Alliierten während des Krieges standen diese Anklagen sozusagen „auf tönernen Füßen“. Dennoch erfolgten vor allem während des IMT Verurteilungen. Rudolf Heß beispielsweise wurde nur wegen dieser Verbrechenskomplexe verurteilt und saß dafür von 1945 bis 1987 (Selbstmord) im Gefängnis.
- Zur Wertung der Urteile mag folgendes Zitat dienen. Im Oktober 1946, wenige Tage nach der Urteilsverkündung schrieb die Londoner Zeitschrift „Economist“: *„Während der Verhandlungen ließ der Verteidiger (Anm.: von Heß), Dr. Seidl, Zeugen auftreten, die... über einen Geheimvertrag aussagten, der dem Nichtangriffsvertrag (Anm.: von 1939 zwischen Deutschland und der SU) beigelegt war und die Gebietsaufteilung von sechs europäischen Staaten zwischen Deutschland und der Sowjetunion vorsah. Die Anklagevertretung machte keinen Versuch, diese Aussage zu widerlegen. Trotzdem nimmt das Gericht überhaupt nicht davon Notiz...In einem ordentlichen Strafgerichtsverfahren würde es sicherlich ein bemerkenswerter Fall sein, wenn ein Richter in einer Verhandlung gegen einen Mörder, eine Aussage über den Anteil, den ein Mithelfer an dem Mord hat, unberücksichtigt lassen würde, weil die Aussage offenbarte, dass der Richter selbst der Helfer gewesen war ...“*

- Das Zerbrechen der ehemaligen Allianz der Sieger in den Jahren 1945 bis 1948 führte zu einer Neubewertung des Anklagepunkts „Angriffskrieg“. Bei 52 Anklagen wegen des Vergehens Beteiligung an der Führung eines Angriffskriegs erfolgten zwischen 1947 und 1949 49 Freisprüche und nur noch 3 Schuldsprüche.
- Neben mancherlei Verstößen gegen das rechtliche Verfahren der Nürnberger Prozesse, die hier nicht genannt werden können, ist herauszustellen, dass durch die Siegerstaaten die gleichen Humanitätsverbrechen begangen wurden, wie sie den deutschen Angeklagten zur Last gelegt wurden und wegen derer sie in Nürnberg zu harten Strafen verurteilt wurden. Ein Beispiel: Anfang 1948, als der so genannte OKW-Prozess gegen deutsche Truppenführer begann und bei denen sie u.a. wegen des Verstoßes gegen die Genfer Konventionen zum Schutz von Kriegsgefangenen verurteilt wurden, befanden sich mehrere Hunderttausend deutsche Kriegsgefangene, die u.a. zur Zwangsarbeit missbraucht wurden, noch im Gewahrsam der Siegerstaaten, nicht nur der Sowjetunion.

5.2. Strafverfahren durch die nationalen Gerichte in den Siegerstaaten bzw. in den vier Besatzungszonen

- Obwohl ein entsprechender Anspruch erhoben wurde, waren die Prozesse vor den nationalen Gerichten durch andere Beweggründe bestimmt als dem Bestreben, dem geltenden Recht Gerechtigkeit zu tun und damit ein Beispiel zu setzen, um vergleichbare Rechtsverstöße für die Zukunft zu verhindern: Die Abrechnung mit dem NS-System aus Gründen der Rache und der Vergeltung, die Rechtfertigung von Sanktionen und anderen Bestrafungen, die gegenüber dem besiegten Deutschland vorgesehen waren, die Vertuschung einer wenigstens zeitweisen Komplizenschaft mit dem NS-System, das Überdecken gleicher Völkerrechtsverletzungen, die auch durch die westlichen Staaten der Allianz begangen worden waren.
- Weder in den westlichen Siegerstaaten noch in den osteuropäischen Staaten (Polen, CSR, Jugoslawien), vor allem aber in der Sowjetunion kann davon ausgegangen werden, dass wegen der o.a. Beweggründe die bestehenden rechtsstaatlichen Prinzipien eingehalten wurden. Vorrang hatte in den meisten Fällen die

Sicherstellung einer „gerechten“ Bestrafung. Im Westen sind vor allem die Strafverfahren vor den US-Militärgerichten und französischen Militärgerichten hinsichtlich ihrer Rechtsgültigkeit in Zweifel zu ziehen. Ich nenne in meinem Buchteil beispielhaft das Militärgericht im so genannten „Malmédy-Fall“ und stelle heraus, dass die Anwendung von Folter und die Missachtung gültiger Rechtsprinzipien wie heutzutage im Falle von Guantanamo durchaus Tradition hat.

- Beispielhaft kann ich Ihnen nur schlagwortartig einige Zahlen nennen: In 1.941 Verfahren durch US-Gerichte erfolgte die Verurteilung von 1.517 Personen, dabei 324 Todesurteile ausgesprochen. 255 dieser Urteile wurden im Gefängnis von Landsberg vollstreckt. In 1.085 Verfahren durch die britische Militärjustiz wurden 240 Todesurteile verhängt. Die Anzahl der Strafverfahren und die Anzahl der Urteile durch französische Militärgerichte konnte nicht exakt ermittelt werden. Sie mag bei fast 3.000 Verfahren liegen. Die Zahl der Verfahren in den Staaten des Ostblocks wie auf dem Balkan kann nur geschätzt werden. Allein in der Sowjetunion – so Adalbert Rückerl, ehemaliger Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle – soll ein Mehrfaches der Verfahren wie in den westlichen Siegerstaaten insgesamt durchgeführt worden sein. Von der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien war dabei nicht die Rede, hierzu beispielsweise die rd. 20.000 summarischen Verurteilungen deutscher Kriegsgefangener zu 25 Jahren Zwangsarbeit in den Jahren 1949/50.

Insgesamt dürfte die Anzahl der verurteilten deutschen „Kriegsverbrecher“ bei wenigstens 100.000 Personen liegen.

6. Ermittlungs- und Strafverfahren durch deutsche Behörden

6.1. Die westdeutsche Justiz

- Mit der Anlage 2 (Übersicht 2) sollen die Behauptungen von Horst Möller im angeführten Zitat (s. oben) belegt werden. Die

Übersicht zeigt, dass eine Abrechnung mit der NS-Vergangenheit trotz der Restriktionen durch die Siegermächte nach dem Kriege mit großer Konsequenz durchgeführt worden ist. Eine genaue Zuordnung NS-Verbrechen – Kriegsverbrechen ist auf Grund des verfügbaren statistischen Materials nicht möglich.

- Mit Stand 1982 waren fast 90.000 Ermittlungsverfahren, mit Stand 1997 nahezu 106.000 Ermittlungsverfahren durchgeführt worden. Danach wurden exakt 6.465 Angeklagte rechtskräftig verurteilt. Wem dies wenig erscheint, möge diese Zahlen mit den Umfängen der rechtlichen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit oder mit rechtlicher Ahndung von Verbrechen unter dem kommunistischen System in der Sowjetunion vergleichen. Die Tätigkeit der deutschen Gerichte war durch Vorbehalte der Alliierten sowie durch die Frage der Verjährung von Verbrechen erschwert. Ab Mai 1955 konnten deswegen nur noch Gewalttaten mit dem Tatmerkmal „Mord“ verfolgt werden. Da in das Geschehen der Gewaltausübung im Kriege einbezogen, konnte bei rechtswidrigen Gewalttaten der Nachweis von Mordmerkmalen, die regelmäßige persönliche Beweggründe voraussetzen, nur selten geführt werden.
- Die Anlage 2 zeigt weiterhin, dass die generelle Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord ab 1969 – diese war ausdrücklich aufgehoben worden, damit NS-Verbrechen nicht ungesühnt bleiben würden – sich nicht mehr nennenswert auf die Strafverfolgung auswirkte. So wurden ab den Jahren nach 1977 nur noch wenige Straftäter vor Gericht gestellt und verurteilt.

6.2. Spruchkammerverfahren

- Als die Besatzungsbehörden erkannten, dass aus Kapazitäts- und Organisationsgründen nur eine begrenzte Anzahl von „NS-Verbrechern“ abgeurteilt werden könnte und die zwangsläufigen Konsequenzen deutlich wurden, die sich aus der Notwendigkeit einer Verurteilung individueller Straftäter wegen der Beteiligung an so genannten „Organisationsverbrechen“ ergaben, wurde entschieden, in einem bestimmten Umfang Strafverfahren an die Deutschen abzugeben. Damit konnten auch die Zwecke der „Entnazifizierung“ und der Beseitigung des „deutschen Militarismus“ erfüllt werden.

- Die Spruchkammerverfahren wurden von Laiengerichten durchgeführt.
- Der Katalog der Strafen reichte von bis zu 10 Jahren Arbeitslager über Geldbußen/Vermögenseinzug oder Berufsverboten bis zum Verbot bestimmter Tätigkeiten, beispielsweise Entzug des Führerscheins. Mit einem Schuldspruch war häufig auch eine soziale Ächtung verbunden.
- Das Zahlenmaterial über die Verurteilung im Rahmen von Spruchkammerverfahren ist sehr unterschiedlich. Bei 6.7 Millionen überprüfter Personen allein in Bayern (US-Besatzungszone) sollen über 290.000 Personen ein Spruch erfolgt sein. Dabei wurden fast 220.000 Personen als Mitläufer eingestuft – zu dieser Zeit wenigstens auch eine moralische Verurteilung. In den drei Westzonen wurden nach einer anderen Angabe fast 180.000 als „Belastet/Minderbelastet/Mitläufer“ kategorisiert.
- Insgesamt war das System der Spruchkammerverfahren wegen der Tätigkeit der Laiengerichte starker Kritik ausgesetzt, das Ergebnis wurde durch die Bevölkerung nicht mitgetragen („die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“). Die abfällig gebrauchten Begriffe der „Weißwäsche“/des „Persilscheins“ bekamen in dieser Zeit einen bestimmten Stellenwert.

7. Die Behandlung eigener Völkerrechtsverstöße durch die Alliierten

Es kann nicht überraschen, dass in den Siegerstaaten gleiche Verbrechen, begangen durch die eigene Seite, nicht mit der gleichen Konsequenz verfolgt wurden wie bei den besiegten Deutschen.

Dabei war ohnehin nicht anzunehmen, dass Humanitätsverbrechen, die in gewisser Weise Bestandteil der Kriegsstrategie waren, jemals einer rechtlichen Würdigung unterworfen werden würden: Das „morale bombing“, die Behandlung deutscher Kriegsgefangener, vor allem nach der Kapitulation, die mit der Vertreibung einhergehenden Massenverbrechen der Roten Armee bei ihrem Vormarsch in Ostdeutschland und Mitteldeutschland.

Aber auch im Bereich „normaler Kriegsverbrechen“, die von allen Truppenteilen der Welt „in der Hitze des Gefechts“ begangen wer-

den, wurde mit zweierlei Maß gemessen. Dies herauszustellen, ist ja ein wesentlicher Zweck des Buches. Mit einem eigenen Kapitel wird dies belegt. Der Kürze wegen kann nur ein Endergebnis herausgestellt werden. Die Soldaten der siegreichen Armeen haben „normale Kriegsverbrechen“ im gleichen Umfange begangen wie die besiegten Deutschen. Auslöser und Umstände waren jedoch unterschiedlich. Gewisse Formen der Kriegsverbrechen wie Raub, Plünderung, Vergewaltigungen erreichten erst nach dem Waffenstillstand ihre eigentliche Dimension. Bestrafungen erfolgten nur im Ausnahmefall und bei bestimmten Voraussetzungen, beispielsweise bei Vergewaltigungen durch amerikanische Soldaten mit schwarzer Hautfarbe.

Platzgründe erlaubt es hier nur, die unterschiedlichen Maßstäbe an einem speziellen Beispiel darzustellen.

Im März 1944 ließ Kapitänleutnant Eck, der Kommandant eines deutschen U-Bootes im Indischen Ozean, die Wrackteile eines von ihm versenkten Schiffes beschießen, obwohl er wusste, dass dabei Schiffbrüchige getötet werden würden. Bei der späteren Vernichtung des U-Bootes wurde diese Tat den Briten durch das erbeutete Kriegstagebuch bekannt. Im Oktober 1945 wurde Eck in Hamburg mit zweien seiner Offiziere zum Tode verurteilt. Durch die Ankläger sollte Eck bewegt werden, den zu dieser Zeit in Nürnberg vor Gericht stehenden Großadmiral Dönitz zu belasten, indem er angeben würde, er habe auf einen generellen Befehl der Marineführung hin gehandelt. Diese Aussage würde ihm das Leben retten. Eck widerstand und wurde im November 1945 mit den beiden anderen Offizieren erschossen.

Der Kommandant des britischen U-Bootes „Torbay“ – Commander Miers – ließ im Februar 1942 sieben deutsche Gebirgsjäger, die sich bei der Versenkung eines kleinen griechischen Dampfers bei der Überfahrt nach Kreta in ein Schlauchboot gerettet hatten, durch Maschinengewehrfeuer niedermachen. Weil sich Besatzungsmitglieder geweigert hatten, den Befehl von Miers auszuführen (er wurde dann durch andere befolgt), wurde dieser Vorfall den vorgesetzten Stellen bekannt. Ohne Zweifel ein gleiches Kriegsverbrechen wie im Falle Eck. Eine Bestrafung von Miers wurde niemals erwogen. Wegen vorangegangener Kriegstaten wurde Miers wenige Wochen später mit dem Viktoriakreuz ausgezeichnet. Er setzte seine militärische Laufbahn fort. Nach dem Kriege wurde er bis zum Konteradmiral befördert. Als späterer NATO-Offizier führte er auch deutsche Soldaten.

8. Von 1945 bis heute

Auf der Grundlage der „Erfahrungen“ aus dem 2. Weltkrieg versuchte die Völkergemeinschaft durch weitere Regelungen eine Eingrenzung der Gewaltanwendung und von Rechtsverstößen zu bewirken. Den Beschlüssen der Vereinten Nationen kam dabei große Bedeutung zu. Die Maßnahmen betrafen vor allem: Die Rechtstellung von Irregulären oder von Partisanenverbänden, den Schutz von Kriegsgefangenen, den Schutz der Zivilbevölkerung bei nationalen oder internationalen Konflikten.

Ein Blick in die täglichen Ausgaben unserer Leitmedien beweist, dass diesen Bemühungen der Völkergemeinschaft nicht allzu viel Erfolg beschieden war. Zu bemerken ist vor allem, dass von einer gleichartigen Anwendung völkerrechtlichen Standards nicht die Rede sein kann. Dies beweisen nicht nur die Nachkriegskonflikte zur Beseitigung der Kolonialherrschaft oder die Folgekriege beim Zerfall der Sowjetunion, sondern auch die üblichen Kriege zur Durchsetzung politischer oder militärischer Machtansprüche.

Der 2. Irak-Krieg USA-Irak stellte nicht nur einen Verstoß gegen die Satzung der Vereinten Nationen dar, auch die tagelange Bombardierung nicht-militärischer Ziele durch die Luftwaffe vor dem Einsatz der Bodentruppen war ein klarer Verstoß gegen das geltende Völkerrecht. Wer erwartete allen Ernstes, dass Präsident Bush oder führende US-Militärs sich dafür rechtlich verantworten mussten? Vor internationalen Gerichtshöfen wie in Den Haag, von der UNO ad hoc eingesetzt, mussten sich nur serbische oder kroatische Militärs oder Politiker bzw. Politiker aus Afrika verantworten, weil sich die kleineren Nationen dem Druck der Supermächte nur schwer widersetzen können.

Wer geht davon aus, dass die USA der Konvention des Internationalen Strafgerichtshofs vom Juli 1998 beitreten könnten und danach Politiker oder Militärs, denen Verstöße gegen das Völkerrecht vorzuwerfen sind, durch die internationale Gerichtsbarkeit aburteilen lassen? Die immer wieder beschworenen „Nürnberger Prinzipien“ haben einen Einstellungswandel im Rechtsbewusstsein nicht bewirkt.

9. Deutsche Befindlichkeiten

Die rechtliche wie moralische Wertung von deutschen Kriegsverbrechen wie von denen der Kriegsgegner ist nur vor dem Hintergrund der deutschen Schuldneurosen zu erklären. Zu verstehen oder zu rechtfertigen ist sie nicht. Deutsche Völkerrechtsverstöße werden als „einzigartig“ deklariert. Dadurch werden die der Kriegsgegner bagatellisiert und ggfs. mit den vorangegangenen deutschen Verbrechen gerechtfertigt. Auf diese Weise sind die Deutschen auch noch an den Kriegsverbrechen der Gegenseite schuld.

Hierin liegt dann auch die Begründung für die Behauptung, wie bei Horst Möller angeführt, dass eine angemessene Ahndung in Deutschland gar nicht stattgefunden habe.

Die Forderung nach einer gleichen Einordnung bedeutet keine Aufrechnung, sondern vielmehr eine Forderung nach der Einhaltung von für unverzichtbar erklärten rechtlichen Standards. Wer darauf verzichtet, wie glaubwürdig sind dann seine ansonsten behaupteten rechtlichen und moralischen Wertmaßstäbe? Kein Rechtsverstoß kann einen anderen rechtfertigen. Jeder steht für sich.

Der US-Völkerrechtler Alfred de Zayas geht in einem Leserbrief auf die Problematik der deutschen Vertreibungsopfer ein. Zitat:

„Die deutschen Vertriebenen und ihre Nachkommen dürfen keine Opfer 2. Klasse sein. Die anhaltende Diskriminierung der Vertriebenen in den Medien, in Schulbüchern und im politischen Dialog stellt eine Verletzung allgemein anerkannter menschenrechtlicher Normen dar. Die Haltung der Historiker, die kein Zentrum gegen Vertreibungen und kein Gedenktag für die Vertriebenen wollen, bedeutet letzten Endes, dass die Deutschen bzw. die Vertriebenen kein Recht haben, Opfer zu sein und dass ihres Leidens nicht zu gedenken ist.“

Schließen wir mit einem Beispiel für deutsche Befindlichkeiten. In der Nacht 18./19. Juni 1945, einen Monat nach Kriegsende, wurden 265 Karpatendeutsche von tschechoslowakischen Soldaten ermordet – das Massaker von Prerau – eine Mordtat in der Größenordnung und vom Charakter her wie in Lidice. Zur Wahrung des Andenkens der Ermordeten bildete sich eine Initiativgruppe. Mit Unterstützung slowakischer

Historiker und des Bürgermeisters von Prerau gelang es, das Andenken wach zu halten und ein Mahnmal zu errichten. Im vergangenen Jahr wurde Bundespräsident Gauck eingeladen, er möge 70 Jahre nach der Mordtat zu einer Gedenkfeier nach Prerau kommen und dabei der Stadt eine Würdigung erweisen. Die Absage von Gauck kam – wie zu erwarten: Der Bundespräsident wisse „um das große Leid und die schmerzliche Erfahrung durch Flucht und Vertreibung“, „er habe sich für eine tiefe Auseinandersetzung mit der Geschichte ausgesprochen, zu der auch die 'Erfahrung der deutschen Schuld' gehöre.“

Am 05. Mai 2015 fand dagegen der Bundespräsident die Gelegenheit auf dem Friedhof eines ehemaligen Kriegsgefangenenlagers bei Bielefeld zu sprechen und bedankte sich bei den Soldaten der Roten Armee für die „Befreiung“. Eine zynischere und gefühllosere Missachtung des Leidens der deutschen Bevölkerung in den östlichen Provinzen ist kaum vorstellbar. Was ist angesichts dieses Verhaltens von den moralischen Betroffenheitsritualen, für die der Bundespräsident sonst keine Gelegenheit auslässt, zu halten?

Der hier wiedergegebene Beitrag ist die leicht redigierte Fassung des Vortrags von Oberst i.G.a.D. Klaus Hammel, Jahrgang 1939, vor der Frühjahrstagung der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt ZFI am 4. Juni 2016.

Legende zur nebenstehenden Tabelle:

T= Todesstrafe

L= Lebenslange Haftstrafe

Z= Zeitlich befristete Haftstrafe

*= Dazu Julius Streicher vom IMT wegen Verbrechen der Menschlichkeit verurteilt und hingerichtet

Tabelle 1

Verurteilungen wegen Kriegsverbrechen ¹⁾

(Nur Nürnberger Verfahren)

Fall	Anzahl der angeklagten Personen	Verurteilt u.a. wg. Kriegs- verbrechen	T	L	Z	Bemerkungen
IMT	22	16	11	2	3	Bormann ab- wesend; Krupp verhandlungsun- fähig; Ley Selbstmord
Fall 1, Ärzte	23	15	7	5	3	
Fall 2, Milch	1	-	-	-	-	
Fall 3, Juristen	14	7	-	2	5	
Fall 4, WVHA	18	15	3	3	9	Eine Todesstrafe bereits umge- wandelt, zweite Todesstrafe später umgewandelt
Fall 5, Flick	6	-	-	-	-	
Fall 6, IG -Farben	23	-	-	-	-	
Fall 7, Südost- Generale	10	5	-	2	3	v. Weichs verhandlungsun- fähig; Böhme Selbst- mord
Fall 8, RUSHA	14	8	-	1	7	
Fall 9, Einsatzgruppen	22	20	14	2	4	Verschiedene Todesstrafen umgewandelt
Fall 10, Krupp	12	-	-	-	-	
Fall 11, Wilhelmstraße	21	3	-	-	3	
Fall 12, OKW	13	10	-	2	8	Blaskowitz Selbstmord
	199	99	35*	19	45	

Nach Telford Taylor, „Nürnberger Prozesse. Kriegsverbrechen und Völkerrecht“, Neuntes Kapitel

1 Nach Adalbert Rückerl, „NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung“, Anhang Tabelle 1, S. 329.

Tabelle 2

**Rechtskräftige Verurteilungen durch Gerichte
der BR Deutschland wegen NS-Verbrechen¹**

1945 - 23	1958 - 22	1971 - 39
1946 - 238	1959 - 15	1972 - 26
1947 - 816	1960 - 23	1973 - 20
1948 - 1819	1961 - 38	1974 - 8
1949 - 1523	1962 - 36	1975 - 28
1950 - 809	1963 - 28	1976 - 14
1951 - 259	1964 - 21	1977 - 7
1952 - 191	1965 - 32	1978 - 8
1953 - 123	1966 - 32	1979 - 6
1954 - 44	1967 - 13	1980 - 3
1955 - 21	1968 - 35	1981 - 7
1956 - 23	1969 - 30	1982 - 9
1957 - 43	1970 - 33	

Drei Zitate aus den Lebenserinnerungen des Großadmirals Alfred von Tirpitz



Wikimedia, gemeinfrei

„Aber darf ein Volk, das kein Geschick für eigene Geschäfte zeigt und, wenn der richtige Führer fehlt, zur Selbstpreisgabe zu neigen scheint, darauf hoffen, dass die Vorsehung es immer wieder durch einen Vormund groß macht, wie Friedrich d. Gr. oder Bismarck? Sehen wir doch in unseren Tagen die führerlosen Massen, kaum zur Macht gelangt, mit nichts eifriger beschäftigt, als damit, alles das abzubauen, und aufzulösen, was uns an nationaler Überlieferung, Stolz und gutem Willen geblieben ist. Es ist, als ob sie verhindern wollten, dass je

wieder ein großer Patriot aufstehen könne, um in späterer Zeit das Volk doch noch einmal durch den breiten Strom seiner Selbsterniedrigung hindurchzutragen.

Unserer mangelnden Würde im Unglück liegt wie unsere unzulängliche Zurückhaltung im Glück die Illusion zugrunde, als ob der Beengtheit unserer Weltstellung abgeholfen werden könnte durch Worte und Gefühle, statt einzig durch straffgefaßte und klugverwendete Macht.“

„Solange wir das Volk mit dem schwächsten Nationalgefühl sind, das jeden Länderraub oder sonstige Schmach, die uns angetan wird, mit Versöhnungsreden erwidert, damit straflos macht und zu neuem Raub einlädt, solange wir ohne den erforderlichen Nationalstolz den Sitten und Formen anderer Völker nachlaufen und solange uns das Bekämpfen anderer Deutscher von anderer Parteirichtung wichtiger ist als das Zusammenhalten gegen außen, solange kann Deutschland nur sinken, nicht gesunden.“ (S. 296 f)

„Das mit raffinierter politischer Klugheit und zähester Konsequenz verfolgte Ziel der Anglo=Amerikaner war die Vernichtung Deutschlands als weiterer Schritt zur Weltherrschaft ihres Kapitalismus.“ (S. 290)

***Erinnerungen Von Alfred von Tirpitz,
Leipzig, Verlag von K.F. Koehler, 1919***

75-Jahre deutscher Angriff auf die UdSSR: Gründe, Handeln beider Seiten

Vortrag von Dr. Stefan Scheil bei der
Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft

In diesen Tagen jährt sich der deutsche Angriff auf die Sowjetunion zum fünfundsiebzigstenmal. Das ist ein öffentliches und internationales Ereignis. Dazu finden etliche Tagungen statt, dies auch in der Bundesrepublik Deutschland und am Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Dort wird Dr. Torsten Diedrich einen Vortrag halten. Ich zitiere hier aus der Ankündigung dieses Vortrags, um zu illustrieren, wie in Deutschland die Lage ist:



„Vor 75 Jahren überfiel die Wehrmacht ohne Kriegserklärung die Sowjetunion. Kein Krieg hat soviel Blut gekostet, wurde in derartiger Brutalität geführt und hat so tiefe Spuren auch in der Erinnerung hinterlassen, wie der deutsch-sowjetische Krieg. Der mit dem Unternehmen Barbarossa geplante ‚Blitzkrieg‘ gegen den ‚russischen Koloss auf tönernen Füßen‘ scheiterte vor den Toren Moskaus. War es Hitler oder die Wehrmacht, die die Planung vorantrieben und was veranlasste Hitler zum Zwei-Fronten-Krieg? Warum musste Barbarossa scheitern? Und wo kam die Präventivkriegsthese her?“

Der Vortrag von Dr. Torsten Diedrich beleuchtet die Pläne für ‚Barbarossa‘ aus der Sicht eines seiner Protagonisten – Friedrich Paulus – für dessen Armee der Ostfeldzug im Kessel von Stalin-grad endete. Sein Barbarossa-Plan und seine Aussage vor dem Nürnberger Militärtribunal sollen gleichwohl die Basis für eine Auseinandersetzung mit der ‚Präventivkriegsthese‘ bilden, die bis heute in schöner Regelmäßigkeit gegen die Forschungsergebnisse der Geschichtswissenschaft gestellt wird.“

Ich zitiere das natürlich nicht, um Sie mit Verlautbarungen zu langweilen. Sondern ich zitiere, weil sich in den Floskeln dieser Ankündigung die Standardvorgaben bundesdeutscher Geschichtspflege recht übersichtlich wiederfinden.

Da wäre etwa die Idee, es hätte 1941 einen „Überfall“ auf die UdSSR gegeben, aus dem Nichts sozusagen. Als gäbe es keine politisch-militärische Vorgeschichte. Dies schließt sich an die allgemeinen Vorstellungen auch zum Polenkrieg von 1939 an.

Dann ist da die angebliche ‚Sinnlosigkeit‘ der militärischen Anstrengungen Deutschlands. Auch sie darf an den meisten Stellen der Geschichtspflege heute nicht fehlen, insbesondere nicht, wenn es um die Abwehrkämpfe der Jahre 1944/45 geht.

Schließlich wird das ‚Nürnberger Tribunal‘ als vorgebliche Quelle objektiver Geschichtsdeutung genommen und nicht als die Rechtfertigung alliierter Politik vor 1945 und teilweise sorgfältig inszeniertes Sprechtheater, das es tatsächlich gewesen ist. Übrigens hat Feldmarschall Paulus, der hier zum Kronzeugen gegen die Präventivkriegsthese aufgerufen wird, in Gesprächen während der Gefangenschaft das Unternehmen Barbarossa selbst ausdrücklich als Präventivkrieg bezeichnet. Das sage nicht ich, das geht aus Abhörprotokollen hervor, die noch in der UdSSR veröffentlicht wurden.

Und dann – um zum engeren Thema zu kommen – die kuriose Behauptung, die Präventivkriegsthese stünde gegen die Ergebnisse der Geschichtswissenschaft – tatsächlich wird sie von den Ergebnissen der letzte 20 Jahre umfassend gestützt. Sehen wir uns die Verhältnisse an.

Die Vorgeschichte des deutschen Angriffs auf die UdSSR ist kompliziert und umstritten. Das gilt um so mehr, weil seine Vorgeschichte mit einem spektakulären Nichtangriffspakt verbunden ist. Jeder Versuch einer Antwort auf die Frage nach dem Weg der deutsch-sowjetischen Beziehungen von der Zusammenarbeit im Rahmen dieses Vertrags zur schließlichen Konfrontation setzt auch deshalb zunächst die Klärung voraus, um was für eine Art Zusammenarbeit es sich seit dem dem August 1939 eigentlich gehandelt hat. Am Ende dieses Monats wurde bekanntlich der Hitler-Stalin-Pakt geschlossen, der nach seinen Unterzeichnern auch als Ribbentrop-Molotow-Pakt bekannt geworden ist und der in den nächsten einheimhalb Jahren die offizielle Grundlage für die beiderseitigen Beziehungen war. Trotz einiger Andeutungen über eine mögliche Verbesserung der Beziehungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion kam dieser Vertrag für die internationale Öffentlichkeit im wesentlichen überraschend. Bis zuletzt hatten auch die beiden Westmächte England und Frankreich versucht,

in Moskau einen vergleichbaren Vertrag zu schließen und die UdSSR zusammen mit der Republik Polen in eine gegen Deutschland gerichtete Vertragsgemeinschaft mit einzubeziehen. Sie schienen bei diesem Unternehmen auch bessere Aussichten als Deutschland zu haben, hatte doch in den Vorjahren der Antikommunismus zu den intern wie extern vorgetragenen Konstanten nationalsozialistischer Außenpolitik gehört. Er hatte als „Antikominternpakt“ sogar seine symbolische Bekräftigung gefunden und die französisch-englische Delegation, die jetzt in Moskau verhandelte, hätte 1939 unter anderem darauf verweisen können, dass beide Länder diesem Pakt nicht beigetreten waren, so wenig wie die Republik Polen, und das trotz entsprechender Angebote aus Deutschland.

Tatsächlich wäre der Ribbentrop-Molotow-Pakt ohne diese gleichzeitigen Verhandlungen Frankreichs und Englands auch kaum vorstellbar gewesen. Aus deutscher Sicht sollte dieser Moskauer Vertragsabschluss eine Vollendung der Einkreisungspolitik verhindern, die Paris und vor allem London seit dem Frühjahr 1939 betrieben, und er sollte die Basis dafür bilden, dass die europäische Krise auf einem für Deutschland günstigen Weg zu lösen wäre. Die UdSSR sollte in den dafür avisierten Konferenzen bestimmte deutsche Positionen unterstützen. Zu diesem Zweck enthielt der Vertrag bekanntlich ein geheimes Zusatzprotokoll über die gegenseitige Abgrenzung der deutschen und sowjetischen Interessensphären für den Fall einer „territorial-politischen Umgestaltung“ Ostmitteleuropas. Was im nachhinein allerdings als der Auftakt einer kompletten Aufteilung der Region erscheinen musste, sollte zum Zeitpunkt der Unterzeichnung wenigstens aus deutscher Perspektive die Grundlage für Verhandlungen bieten, deren Ergebnis auch für die Westmächte zustimmungsfähig sein sollte.

Die deutsche Regierung wies deshalb unmittelbar nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts in der letzten Augustwoche 1939 beide Westmächte darauf hin, auch die UdSSR sei in mögliche Regelungen mit einzubeziehen. Der Kern des schließlich von deutscher Seite zur Lösung der Danzig- und Polenkrise vorgetragenen Sechzehn-Punkte-Plans sah auch eine Besetzung des im polnischen Korridor vorgesehenen Abstimmungsgebiets durch vier Länder vor: Frankreich, Italien, Großbritannien und eben - die Sowjetunion. Diese Staaten sollten bis zur Abstimmung ein Jahr lang die Oberhoheit in Westpreußen übernehmen, so dass hier der wahrlich seltene Fall vor-

liegt, in dem ein Staat - in diesem Fall Deutschland - seinen kommenden Kriegsgegnern auf eigenen Vorschlag hin die Entscheidung über einen Streitfall überlassen wollte, der schließlich zum Krieg führen sollte. Diesen Plan wollte die westliche Diplomatie schließlich jedoch buchstäblich nicht gehört haben. Es kam zum deutschen Angriff auf Polen, schließlich zu einem europäischen Krieg und in dessen Rahmen geriet der ursprüngliche Hintergrund des Nichtangriffspakts in Vergessenheit. Nach der Niederlage Polens war der westliche Einfluß in Mitteleuropa vorübergehend fast völlig verdrängt. NS-Deutschland und Sowjet-Russland standen sich allein gegenüber.

Unter diesen Bedingungen stellte sich heraus, dass es eine riskante Sache war, mit der UdSSR einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Jedes europäische Nachbarland der Sowjetunion, das dies getan hatte, wurde zwischen 1939 und 1941 zum Opfer einer sowjetischen Aggression. Nacheinander traf es Polen, Finnland, Estland, Lettland und Litauen. Alle bilateralen oder multilateralen Zusicherungen der UdSSR hatten sich in kurzer Zeit als wertlos herausgestellt. Später kam außerhalb Europas etwa noch Japan hinzu, das sich entgegen den mit Moskau getroffenen Vereinbarungen 1945 angegriffen sah.

Nicht nur deshalb stellt sich die Frage, ob der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag im Sommer 1941 noch gültig war, oder, wie von der deutschen Seite behauptet, aufgrund sowjetischer Vertragsverletzungen als hinfällig betrachtet werden konnte. Diese Möglichkeit der Nichtigkeit des bestehenden Vertrags aufgrund vorhergegangener Vertragsverletzungen stellt eine von drei Möglichkeiten dar, wie völkerrechtliche Abmachungen hinfällig werden können. Ein beliebiger Vertragsverstoß reichte nicht aus. Damit der Nichtangriffsvertrag ungültig und der deutsche Angriff legal geworden wäre, musste die sowjetische Seite gegen substantielle Vertragsbestimmungen verstoßen haben. Dies wurde von der deutschen Regierung in der Tat behauptet, einmal in der „auffallend politisch gehaltenen, langatmigen“ Proklamation Hitlers¹, zum anderen in einem Memorandum, das dem sowjetischen Botschafter am frühen Morgen des 22. Juni 1941 übergeben wurde. Nach diesen Darstellungen hatte die UdSSR mit folgenden Aktionen gegen den Vertrag verstoßen²:

1 Zit. n. Franz Halder, Kriegstagebuch, II, S. 459, 20. Juni 1941.

2 Vgl. Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik, H. 7, 1941, zit. n. Erich Sommer: Das Memorandum, Wie der Sowjetunion der Krieg erklärt wurde, München 1981, S. 344 ff.

- durch die weitere und sogar intensivierte Tätigkeit der Komintern in Deutschland, den mit Deutschland befreundeten oder neutralen Staaten und in den von Deutschland besetzten Gebieten unter zentraler Leitung des GPU-Kommissars Krylow
- durch systematische Beteiligung der sowjetischen Botschaften und Gesandtschaften an solchen Spionage- und Geheimdienstoperationen
- durch Aufruf zum und aktive Beteiligung an dem gegen Deutschland gerichteten Putsch in Jugoslawien
- durch geheime Waffenlieferungen an Jugoslawien
- durch Politik unter dem „Leitgedanken“, die „nichtbolschewistischen Staaten zu schwächen, um sie leichter zersetzen und zu gegebener Zeit niederschlagen zu können“
- durch Okkupation der baltischen Staaten und Bessarabiens, sowie dem Krieg gegen Finnland, was im Gegensatz zu Zusicherungen stünde, die Ribbentrop 1939 in Moskau gemacht worden seien
- durch Liquidierung der deutschen wirtschaftlichen Interessen in den genannten Ländern, was ebenfalls im Gegensatz zu den getroffenen Abmachungen stünde
- durch Ausweitung der sowjetischen Gebietswünsche über die 1939 getroffene Abmachung hinaus, etwa in der Bukowina und in Litauen
- durch einen Plan, die in Rumänien stationierten deutschen Truppen mit englischer Unterstützung und gemeinsam mit türkischen Verbänden überraschend von Bessarabien aus anzugreifen
- durch immer umfangreichere Truppenstationierungen am gesamten Verlauf der deutsch-russischen Grenzlinie
- durch die laufende Generalmobilmachung der Roten Armee
- durch die von Molotov bei seinem Besuch in Berlin erhobenen Ansprüche, die auf die Sowjetisierung Bulgariens, Finnlands und der Türkei hinausliefen

Das war eine lange Liste schwerer Vorwürfe. Jeder einzelne dieser Punkte stellt schon für sich die häufig verbreitete Deutung des Unternehmens Barbarossa als eines unprovzierten Überfalls auf ein unvorbereitetes Land infrage. Es stellt sich also die andere Frage, was an diesen Punkten zutreffend war. Wer diese Fragestellung oder gar eine Antwort darauf jedoch für das selbstverständliche Interesse von Historikern hält, sieht sich wie leider so häufig eines schlechteren belehrt. „Die Forschung hat diese deutsche Propagandaversion jedenfalls nie ernst genommen“, stellt Bernd Bonwetsch, der Gründungsdirektor

des Deutschen Historischen Instituts in Moskau zutreffend fest³. Das Vor-Urteil der Zeitgeschichtsforschung über axiomatische fixierte nationalsozialistische Überfallpläne blieb auch an dieser Stelle dominierend. Ein Versuch, die Behauptung von einer bloßen deutschen „Propagandaversion“, die Hitler hier vorgetragen habe, argumentativ zu stützen, ist konsequenterweise unterblieben.

Stellen wir also jetzt diese bisher versäumte Frage nach dem Verhältnis von Propaganda und Tatsachen in der Zusammenstellung des Auswärtigen Amts. An der Tätigkeit der Komintern etwa gab es keinen Zweifel, ob nun unter Leitung eines Kommissars „Krylov“ oder nicht. Unter dem Namen „Ivan Krylov“ suchte allerdings später ein hoher sowjetischer Offizier den publizistischen Weg in den Westen, der mit den Operationen gegen Deutschland auf höchster Ebene betraut gewesen war. Er war unter anderem derjenige, in dessen Anwesenheit der jugoslawisch-sowjetische Vertrag unterzeichnet worden war und der intensiven Kontakt mit dem deutschen Militärattaché Köstring pflegte. Über zahlreiche geheime Vorgänge im politischen Spiel dieser Zeit zeigte er sich bestens informiert. In einem 1951 veröffentlichten Buch bekannte er unter anderem, dass die Vorwürfe der deutschen Regierung wegen der sowjetischen Truppenstationierungen, die mit einem Angriff im Augenblick einer deutschen Invasion in England drohten, zutreffend waren. Tatsächlich war dies nach seinen Angaben bereits im Frühling 1940 beschlossen worden, ebenso die Tarnung des eigenen Aufmarschs als „Manöver“ und die Anlage von zahlreichen Flugplätzen in Grenznähe⁴. Nach dem deutschen Sieg über Frankreich konkretisierten sich diese Pläne bei Marschall Shaposhnikov:

„Deutschland wird bald eine flächendeckende Luftoffensive gegen Großbritannien beginnen, als Vorbereitung einer anschließenden Invasion. Der Kampf wird schwerer werden und länger dauern als die Deutschen annehmen und ein großer Teil ihrer Luftstreitkräfte wird zerstört werden. Am Tag der Invasion wird das deutsche Oberkommando wahrscheinlich über nicht mehr als dreißig Prozent der Stärke seiner Luftwaffe verfügen können, mit der die Schlacht um Frankreich begonnen wurde. Deutschlands

3 Zit. n. Bernd Bonwetsch, Die Forschungskontroverse über die Kriegsvorbereitungen der Roten Armee, in: Pietrow-Ennker, Präventivkrieg?, S. 170-189, hier S. 171.

4 Vgl. Ivan Krylov: Soviet Staff Officer, London 1951, S. 6.

gesamte Luftwaffe wird für drei bis fünf Wochen ohne Ruhepause über England eingesetzt werden, dazu die besten Einheiten, die Fallschirmtruppen und die Artillerie. Die Strecke Kaunas-Berlin wird praktisch offen vor unserer Luftwaffe liegen, während der Landweg über Vilkovisky-Königsberg-Berlin für unsere bewaffneten Streitkräfte und die motorisierte Infanterie offen sein wird. Zusätzlich zu den 166 Flugplätzen, die das Politbüro genehmigt hat, will Shaposhnikov weitere 54 ergänzend im deutschen Grenzgebiet bauen lassen. Für unsere bewaffneten Einheiten wurde neue Dispositionen getroffen. Ab dem 1. September werden annähernd 75 Prozent unserer Panzer in der Nähe der deutschen Grenze stehen. Am einem Tag unserer Wahl, wird die Invasion Deutschlands durch die Rote Armee beginnen.“⁵

Es bestanden beste Perspektiven, Deutschland mit einem solchen Schlag ein für alle Mal zu vernichten:

„Wir werden eine gute Chance haben, einen Teil von Deutschland zu besetzen, besonders aber die Satellitenstaaten. Wir kommen in die Tschechoslowakei hinein, schneiden durch Rumänien und vereinen uns mit Jugoslawien Deutschland wird uns nicht stoppen können. Es wird seine Ölreserven verlieren und damit die Möglichkeit, einen Luft- und Panzerkrieg zu führen. Damit hat Deutschland den Krieg verloren. Es wird auf eigenem Territorium geschlagen werden und wir können in Berlin die Friedensbedingungen diktieren.“⁶

Daraus wurde letztlich nichts, denn die entsprechenden sowjetischen Vorbereitungen fanden die Aufmerksamkeit der deutschen Führung. Die deutsche Invasion in England fand auch aus anderen Gründen nicht statt, denn Hitler konnte sich von dem Wunschgedanken eines Bündnisses mit England nicht völlig lösen und hoffte weiter auf einen Kompromissfrieden.

Die angebliche Fähigkeit des kommunistischen Untergrunds, die Kriegsführung anderer Staaten unterminieren zu können, gehörte zum Stolz der kommunistischen Moskauer Führung und zu den selbstverständlichen Elementen ihrer Taktik. Bereits unmittelbar nach Abschluss

5 Zit. n. Krylov, Officer, S. 16 f.

6 Zit. n. Krylov, Officer, S. 17 f.

des Nichtangriffspakts hatten die französischen Kommunisten im Parlament für den Krieg gegen Deutschland gestimmt, was ohne Einverständnis Stalins undenkbar gewesen wäre und natürlich auch von der deutschen Propaganda vermerkt wurde. Kurz nach Kriegsausbruch gingen dann Berichte ein wie dieser:

„Die Komintern erklärt sich nach wie vor als schärfster Gegner des Nationalsozialismus, wie überhaupt aller imperialistischen Mächte. Der deutsch-russische Pakt werde von den Kommunisten dabei als ein Manöver in diesem Kampf gegen den Imperialismus gewertet ... Führende kommunistische Funktionäre erklären, der russische Druck werde bald von größerem Einfluß sein, als derjenige der Alliierten. Die Linie der Moskauer Politik sei unverändert; in den führenden Kadern der Partei hätte es deshalb auch nie eine Verwirrung gegeben.“⁷

Dabei blieb es während der ganzen Zeit bis zum Beginn des Krieges im Juni 1941. Anders als für die Westmächte, denen zuliebe Stalin die Komintern 1943 formal auflöste⁸, forderte die Sowjetführung gegen Deutschland die fortgesetzte Agitation. Molotov war im November 1940 kaum aus Berlin zurück, als er entsprechende Anweisungen bestätigte:

„Dimitroff: Wir streben die Zersetzung der deutschen Okkupationsstruppen in verschiedenen Ländern an, und diese Aktivitäten, wollen wir, ohne es an die große Glocke zu hängen, noch verstärken.

Wird das die sowjetische Politik nicht behindern?

Molotov: Selbstverständlich muss man das tun. Wir wären keine Kommunisten, wenn wir diesen Kurs nicht einhalten würden. Nur muss es lautlos geschehen.“⁹

Das war sinnigerweise am gleichen Tag, als Molotov den deutschen Botschafter empfang, um ihm die angebliche Bereitschaft der UdSSR für einen Beitritt zum Dreimächtepakt zu signalisieren.¹⁰ Das doppelte Spiel der russischen Führung erreichte einen Höhepunkt. In der Tat ent-

7 Vgl. BA-MA RW 5/357, OKW, Abteilung für Wehrmachtpropaganda, Laufende Informationen Nr. 29, 9.9.1939.

8 Am 15. Mai 1943.

9 Unterredung Dimitroff-Molotov am 25. November 1940, zit. n. Georgi Dimitroff: Tagebücher, 2 Bd., Berlin 2000, S. 320.

10 Vgl. ADAP, D, XI/2, Dok. 404, S. 597, Schulenburg an AA.

sprach der von der deutschen Regierung im Juni 1941 erhobene Vorwurf der fortgeführten, vertragswidrigen Zersetzung der von Deutschland besetzten Staaten durch die Komintern auf Anweisung der Moskauer Regierung den Tatsachen. Molotovs Einschätzung, andernfalls kein Kommunist mehr zu sein, traf darüber hinaus ungewollt einen zur Bewertung der sowjetischen Politik insgesamt wichtigen Punkt. Nach eigenem Selbstverständnis konnte die sowjetische Führung gar nicht anders handeln, als den Kriegsbeginn unter den kapitalistischen Mächten zu fördern, den Konflikt weiter anzuheizen und zur eigenen Expansion zu nutzen. Der Weg zu einer echten Neutralitätspolitik, der für die UdSSR so leicht zu gehen gewesen wäre, war aus diesem Blickwinkel prinzipiell verschlossen. Die Sowjetunion blieb ein Unsicherheitsfaktor, der für beide Kriegsparteien klar erkennbar auf die Gelegenheit zum nächsten offensiven Schritt wartete. „Säkulare Lösungen“ konnten auf dieser Basis schwerlich verhandelt werden. „Diktiert vom Bedürfnis nach Krieg in Europa“ habe man den Nichtangriffsvertrag mit NS-Deutschland geschlossen, so behauptete eine Anweisung des Moskauer Außenministeriums an die sowjetische Botschaft in Tokio zehn Monate nach dessen Unterzeichnung.¹¹ Diesem Bedürfnis folgte die russische Außenpolitik, ganz besonders in den Anweisungen an die Komintern. Ein weiterer berechtigter Punkt der deutschen Klageführung waren die sowjetischen Botschaften, die während der Existenz der UdSSR in der Tat immer Spionagezentren gewesen sind. Auch in der Berliner Niederlassung wurde bereits Material zusammengestellt, für den Fall, dass „die Rote Armee einmal nach Deutschland kommt“.

Von der UdSSR waren im Jahr 1940 in der Tat Gebiete besetzt worden, die nach dem Abkommen von 1939 nicht zur sowjetischen Sphäre gehören sollten. Auch hatte die UdSSR noch Forderungen nach weiteren Gebieten angemeldet und Molotov war nach Rücksprache mit Stalin persönlich im November 1940 bei seinem Berlinaufenthalt so weit gegangen, das Abkommen über die Interessenssphären als „überholt und erschöpft“ zu bezeichnen und damit zu kündigen. Insofern war auch dieser deutsche Klagepunkt berechtigt.

Der Putsch in Jugoslawien war nicht zuletzt durch sowjetische Hilfe zustande gekommen, die Waffenlieferungen dorthin hatte es ebenfalls

¹¹ Vgl. Klaus Hildebrand, *Das vergangene Reich*, Stuttgart 1995, S. 805/806.

gegeben und dass sie vor Deutschland geheimgehalten wurden, zeigte ihren Zweck.

Den „Leitgedanken“ Stalins, die am Krieg beteiligten Länder zu schwächen, hatte man in Berlin ebenso richtig erkannt. Eine Woche nach Kriegsausbruch erläuterte Stalin diese Taktik am 7. September 1939 gegenüber Georgij Dimitroff:

„Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen kapitalistischer Staaten (armen und reichen in bezug auf Kolonien, Rohstoffe usw.) um die Aufteilung der Welt und um die Weltherrschaft geführt. Wir haben nichts dagegen, wenn sie ordentlich gegeneinander Krieg führen und sich gegenseitig schwächen. Es wäre nicht schlecht, wenn durch die Hand Deutschlands die Position der reichsten kapitalistischen Länder (besonders Englands) zerrüttet werden würde. Ohne es zu wissen und zu wollen untergräbt Hitler das kapitalistische System. ...

Wir können manövrieren und die eine Seite gegen die andere aufhetzen, damit sie sich um so heftiger gegenseitig zerfleischen. Der Nichtangriffspakt hilft Deutschland in gewisser Weise. Bei nächster Gelegenheit muss man die andere Seite aufhetzen. ...

Wir hätten ein Abkommen mit den sogenannten demokratischen Ländern vorgezogen und haben deshalb Verhandlungen (mit ihnen) geführt. Aber die Engländer und Franzosen wollten uns in Knechtschaft halten und nichts dafür bezahlen.“¹²

Dieser Leitgedanke hat den Buchstaben des Nichtangriffspakts von Anfang an substantiell widersprochen. Seine Existenz und seine deutschfeindliche Ausrichtung werden durch zahlreiche andere Quellen belegt, was ihn auch nach der sowjetischen Völkerrechtstheorie von Anfang nichtig machte.¹³ Zudem hatte die deutsche Führung dies zeitig erkannt und fand sich bald nach Kriegsbeginn darin bestätigt:

„Eine maßgebende französische Zeitung entlarvt mit dokumentarischen Unterlagen die Politik, die Stalin seit dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs- und Konsultativpakts

12 Zit. n. Bernd, Bonwetsch: Stalins Äußerungen zur Politik gegenüber Deutschland 1939–1941, in: Gerd Ueberschär, Angriff, S. 145–154, hier S. 146.

13 Der sowjetische Völkerrechtler Talalaev verwendete als Beispiel dafür das Münchener Abkommen, das von Deutschland unehrlich gemeint und deshalb von Anfang an nichtig gewesen sei. Vgl. Theodor Schweisfurth: Der internationale Vertrag in der modernen sowjetischen Völkerrechtstheorie, Köln 1968, S. 201.

eingeschlagen hat. Er ist offenbar, wie wir auch schon immer vermuteten, darauf ausgegangen, den Krieg zuerst einmal beginnen zu lassen und dann nach Möglichkeit zu verlängern. ... Er hat diesen Standpunkt in ausführlichen Darlegungen vor der Komintern gleich nach Abschluss des deutsch-russischen Paktes präzisiert.“¹⁴

Tatsächlich hatte Stalin mit Georgij Dimitroff gleich nach Abschluss des deutsch-russischen Paktes in genau diesem Sinn gesprochen, so dass in einem entscheidenden Punkt, ob dies die sowjetische Politik auch zutreffend wiedergibt, positive Klarheit herrscht. Diese Einschätzung von Goebbels wurde durch die deutsche Abwehr geteilt, die zur gleichen Zeit feststellte: „Diese Rede Stalins vom 19. August 1939 wurde vom damaligen Genfer Vertreter der Agentur HAVAS, Henry Ruffin, nach Paris gemeldet. Die Richtigkeit dieser Information steht außer Zweifel. Ruffin veröffentlicht diese Rede jetzt im „Journal de Geneve“ vom 12.7. d.J. Weshalb schloß Stalin den Pakt mit dem Deutschen Reich? Um den Krieg unvermeidbar und Europa für den Kommunismus reif zu machen.“ Dies folgte der zeitgenössischen Einstellung, Verschwörungen und Manipulationen als das Übliche anzunehmen. Gestützt wird die Information über die oft angezweifelte Entscheidung des Politbüros vom 19. August 1939, den Krieg in Europa zu fördern, von der damals unmittelbar folgenden Reaktion in der Sowjetpresse, denn einen Tag später wurde am 20. August die Mobilmachung der Roten Armee „in allen Zeitungen bekanntgemacht. Der Kriegszustand wurde erklärt in der Moldowskaja Republik, in der ganzen ukrainischen Republik, Weißrußland und dem Bezirk Orel.“¹⁵ Eine Woche vorher hatte Marschall Vorošilov während der sowjetischen Verhandlungen mit den Westmächten über ein militärisches Bündnis betont, dass die geplanten Operationen der Roten Armee in Ostpreußen und Galizien das „Ende Deutschlands“ bedeuten würden.¹⁶ Zurück zum Jahr 1941. Als zutreffend stellte sich auch die deutsche Behauptung heraus, die Generalmobilmachung der Roten Armee laufe

14 Zit. n. Joseph Goebbels: Tagebücher, hrsg. v. Elke Fröhlich, München 1996, II/1, S. 56.

15 Zit. n. BA-MA RH 2/2790, S. 234, 10. Mai 1940.

16 So Woroschilow in der gemeinsamen Sitzung mit der englisch-französischen Militärmission am 14. August 1939. Vgl. Walther Hofer: Die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs, Frankfurt 1964, S. 213.

bereits seit dem Frühjahr dieses Jahres. Richtig ebenso die Angaben über die Truppenstationierungen an der deutschen Grenze, die sogar noch deutlich umfangreicher waren, als man dies erkannt hatte, die aber auch nach den bereits erkannten Zahlen den deutschen Aufmarsch zahlenmäßig übertrafen.

Richtig mutet ebenso die Klage über die angeblich vertragswidrige Enteignung deutschen Eigentums in den russisch besetzten Gebieten an, womit vermutlich auf die teilweise namhaften Lieferverträge über landwirtschaftliche Produkte aus den baltischen Ländern angespielt wird, die mit deren Sowjetisierung im Sommer 1940 durch die UdSSR kassiert worden waren. Beim ersten Hinsehen zweifelhaft wirkt die unterstellte Absicht einer konzertierten Aktion Rußlands mit England, der Türkei und Serbien-Griechenland gegen die deutschen Truppen in Rumänien. Beim zweiten Blick stellt man allerdings fest, dass die englische Regierung seit Oktober 1940 einen Putsch in Belgrad plante, was der deutsche Botschafter auch nach Berlin gemeldet hatte.¹⁷ In der Tat fanden seit dem 13. Januar 1941 in Ankara Generalstabsgespräche unter britischer, türkischer und offenbar auch griechischer Beteiligung statt.¹⁸ Jugoslawische Offiziere waren seit Januar bereit, zusammen mit ähnlich eingestellten Militärs in Bulgarien und der Türkei einen Block gegen die Achsenmächte zu bilden. Winston Churchill betrieb Werbung für diese Art Koalition und hatte den jugoslawischen Ministerpräsidenten am 22. März 1941 direkt aufgefordert:

„In der Kriegsgeschichte (hat) sich selten eine großartigere Gelegenheit geboten als die, die heute den jugoslawischen Armeen offen steht, falls sie sie nutzen, solange Zeit bleibt. Wenn Jugoslawien und Türkei mit Griechenland zusammenstehen und das Britische Reich alle Hilfe gewährt, die es leisten kann, wird die deutsche Geißel aufgefangen und der Endsieg ebenso bestimmt und entscheidend gewonnen werden wie das letzte Mal.“¹⁹

An eben diesem Spiel würde sich die UdSSR ebenfalls beteiligen, das hatte Vyšinskij dem jugoslawischen Botschafter Gavrilović ganz deutlich gesagt:

17 Vgl. Paul N. Hahn: *A Low Dishonest Decade, The Great Powers, Eastern Europe and the Economic Origins of World War II, 1930-1941*, London 2002, S. 369.

18 Vgl. Fabry, *Beziehungen*, S. 277.

19 Churchill an Zvetkovič, 22. März 1941, zit. n. Winston Spencer Churchill: *Der Zweite Weltkrieg*, 6 Bde. (12 Teile), Bern 1948–54, III/1, S. 196.

Die Wahrheit über »Unternehmen Barbarossa«

Bernd Schwipper

DEUTSCHLAND IM VISIER STALINS

**Der Weg der Roten Armee in den europäischen Krieg und
der Aufmarsch der Wehrmacht 1941 - Eine vergleichende
Studie anhand russischer Dokumente**

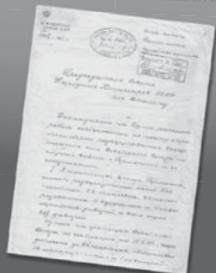
Mit einem Geleitwort von Stefan Scheil und einem
Nachwort von Generalleutnant a.D. Franz Uhle-Wettler

552 Seiten mit zahlreichen Dokumenten, farbigen Tabellen,
Skizzen und Karten. Geb. mit Schutzumschlag

2. Auflage vergriffen -
3. in Vorbereitung!

Deutschland im Visier Stalins

Der Weg der Roten Armee in den Europäischen
Krieg und der Aufmarsch der Wehrmacht 1941



Eine vergleichende Studie anhand russischer Dokumente

29,80 €

Pressestimmen und Leserurteile:

»Schritt für Schritt wird der Leser mit den gigantischen Angriffsvorbereitungen Stalins
und Schukows vertraut gemacht« *Dr. Heinz Magenheimer in: Junge Freiheit 8.4.2016*

»Er rechtfertigt nicht, er relativiert nichts, nimmt nicht Stellung zu ideologischer Argumentation, befasst sich nicht mit politischen Erwägungen auf deutscher Seite. In zehn Kapiteln betrachtet er die Epochen, die geographischen Bedingungen, die für strategische Bedingungen relevanten staatlichen Bereiche und den jeweils offensichtlichen oder erklärten Zweck der beschriebenen Maßnahmen. Dank einer straffen Gliederung, anschaulicher Beschreibungen und präziser Sprache liest sich das Buch eher wie ein Kriminalroman als wie eine trockene Militärstudie, auch für Laien.« *Jürgen Reichardt, Generalmajor a.D.*

»Wer sich künftig mit den Hintergründen des „Unternehmens Barbarossa“ beschäftigt, wird an diesem Buch nicht mehr vorbei kommen.«

Neue Ordnung, 1- 2016, Graz

»Sprachmächtig und mit zwingender Folgerichtigkeit führt der Autor dem Leser die geschichtliche Wahrheit vor Augen.«

Friedrich Wolf

www.druffel-vowinckel.eu

Linda Sudholt Versandbuchhandlung
82205 Gilching | Talhofstr. 32 | Fax 08105/7305629

 08105/730560

 drsudholt@t-online.de

„Er machte klar, sollte England eine Balkanfront eröffnen, würde die Sowjetunion sich am Krieg gegen Deutschland beteiligen.“²⁰

Dies war eine offene und daher unmissverständliche Ankündigung eines russischen Angriffs auf Deutschland. Sie stammte vom stellvertretenden sowjetischen Außenminister, was um so brisanter ist, als gerade Vyšinskij die Verhandlungen mit dem englischen Beauftragten Stafford Cripps zu führen hatte, der in Moskau für den Kriegseintritt der UdSSR warb. Diese Äußerung Vyšinskijs entpuppte sich als folgenreiche Fehlleistung, denn sie ist nach Deutschland gelangt, ebenso wie einige Wochen später die Nachricht, der englische Außenminister Eden hätte sich in Ankara mit dem sowjetischen Botschafter Winogradow getroffen. Dazu gesellte sich die weitere Information, Eden hätte den Einsatz von zweihundertfünzigtausend britischen Soldaten an der Seite der Türkei zugesagt, wenn sie in den Krieg eintreten sollte. Außerdem hatte Eden den Chef des englischen Generalstabs, Sir John Greer Dill bei sich und zur Abrundung auch niemanden anderen als eben Stafford Cripps²¹, der den türkischen Behörden in direktem Gespräch Nachricht darüber geben konnte, was er in Moskau in Erfahrung gebracht hatte: den bevorstehenden sowjetischen Kriegseintritt: Hier bahnte sich eine ganz große Koalition an.

Dem mit großen Hoffnungen geschlossenen deutsch-sowjetischen Handelsvertrag folgte zunächst nichts, auch wenn später der Güterzug geradezu berühmt werden sollte, der am frühen Morgen des 22. Juni 1941 kurz vor dem deutschen Angriff noch die Grenze Richtung Westen passieren sollte. Im Gegenteil verhängte die UdSSR eine Woche vor dem Gespräch Vyšinskij-Gavrilović, genau am 5. Februar, eine Sperre für den deutschen Warenverkehr mit dem Fernen Osten. Derselbe Vyšinskij weigerte sich persönlich eine Woche später gegenüber Botschafter Schulenburg, diese Sperre aufzuheben. Im März folgte darüber hinaus eine Drosselung der sowjetischen Öllieferungen,²² und zudem

20 Gavrilović an das Jugoslawische Außenministerium, 13. Februar 1940, hier zit. n. Jacob Hoptner: *Yugoslavia in Crisis*, New York 1963, S. 605.

21 Vgl. *Time*, 10. März 1941, S. 23.

22 Vgl. Ernst v. Weizsäcker, *Papiere*, S. 240, 6. März 1941; sowie Halder, *KTB*, II, S. 311, 13. März 1941 und Heinrich Schwendemann: *Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941*, Berlin 1993, S. 272.

stoppte die UdSSR den Transfer von Kautschuk aus Ostasien.²³ Dem großzügigen deutsch-sowjetischen Handelsabkommen vom 10. Januar 1941²⁴ folgte daher unmittelbar eine politische Erpressung, die der Auftakt zu einem geplanten Kriegseintritt sein sollte. Die Interpretation, die Hitler diesem Vorgang im Nachhinein gab, trifft daher offenbar zu:

„Das Bestreben der Sowjets sei ganz offensichtlich das gewesen, den Balkan in ihrem Sinne anzukurbeln und auf diese Weise eine günstige Absprungbasis gegen uns und damit gegen Gesamt Europa zu erhalten. Bis zur Erreichung dieses Zieles hätten sie versucht, uns durch wundervoll scheinende Handelsverträge hinzuhalten, um dann, sobald die Vorbereitungen zum Losschlagen gegen uns abgeschlossen seien, den Ölhahn abzdrehen.“²⁵

Er nahm dieses Abkommen allerdings auch bereits zum Zeitpunkt seiner Unterzeichnung mit Skepsis auf. Die russische Angriffsdrohung war in Berlin erkannt worden. Es sollten Kräftegruppen bereitgestellt werden, „um einen eventuellen konzentrischen Angriff der Russen von Norden und Osten mit dem Zielpunkt Galatz zu verhindern, ordnete er am 21. Januar an.“²⁶ Die ganze Anlage des Vorgehens auf dem Balkan „sei durch das Verhalten Russlands bestimmt“:

„Einer ernsten russischen Bedrohung könne Deutschland im Augenblick gegenüber den an der rumänischen Grenze konzentrierten russischen Divisionen nicht standhalten.“²⁷ Eine Entlastung an anderen Stellen der deutsch-russischen Grenze sei bis Mai nicht möglich. Über diese Sachlage wären sich die Russen absolut klar.“²⁸

23 Vgl. BA-MA RW 19/164, Bl. 191 f., 1. März 1941, Besprechung Jehle mit Amtschef Gen. Thomas.

24 Vgl. ADAP, D, XI/2, Dok. 637, S. 887 f., 10. Januar 1941.

25 Hitler am 27. Juli 1942, zit. n. Henry Picker (Hrsg.): Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, Berlin 1997, S. 678.

26 Vgl. ADAP, D, XI/2, Dok. 679, S. 952, 21. Januar 1941, Besprechung Hitler, Ribbentrop, Mussolini, Ciano. Die Sorge vor einem Angriff der UdSSR auf Rumänien beschäftigte die deutsche Führung kontinuierlich. Immer wieder gab es Aufforderungen an Rumänien, die Deckung gegen einen russischen Angriff zu verstärken und die Abwehrbereitschaft an der russischen Grenze zu erhöhen. Vgl. ADAP, D, XII/1, Dok. 217, bzw. Dok. 249.

27 D.h. heißt ein Gegenangriff im Fall einer russischen Offensive, wie er auf russischer Seite in Rechnung gestellt worden war. Zu diesem Kalkül vgl. die Aussage General Wlassows in: Hillgruber, Strategie, S. 437.

28 Vgl. ADAP, D, XI/2, Dok. 679, S. 953, 21. Januar 1941.

Man wird vor dem Hintergrund solcher Äußerungen und der folgenden sowjetischen Politik zögern, dem „Nichtangriffspakt“ für 1941 noch rechtliche Bedeutung zukommen zu lassen. Er war durch die politischen Ereignisse in der Tat „überholt“, wie Molotow gesagt hatte und er war nicht zuletzt durch die von Molotow persönlich verantwortete Politik nach Buchstaben und Geist gebrochen worden. Eine genauere Analyse der deutschen Beschwerdepunkte gegenüber der UdSSR, die am 22. Juni 1941 zur Begründung des deutschen Angriffs vorgebracht wurden, erweist diese Punkte somit überwiegend als stichhaltig. Gegen diese Art völkerrechtlich-historischer Betrachtung ist gelegentlich eingewendet worden, sie sei zu legalistisch oder zu formell, um den Bedingungen des ideologisch aufgeladenen Weltkriegs gerecht zu werden. Das vollkommene Schweigen der Zeitgeschichtsforschung zu diesem Punkt wird direkt oder indirekt mit diesem Argument gerechtfertigt. In der Tat wird jedoch auch niemand behaupten, formale Vertragsverstöße seien der einzige Grund für das Unternehmen Barbarossa gewesen. Es ist aber andererseits offenkundig, dass ohne solche sowjetischen Vertragsverstöße, ohne die Angriffsdrohung seitens der UdSSR und ohne die seit dem August 1939 anhaltend konsequente Verweigerung von Verhandlungen seitens der Westmächte jene Situation nicht eingetreten wäre, die dieses Unternehmen im Jahr 1941 als einen durch die Umstände erzwungenen Angriff erscheinen ließ.

Dr. Stefan Scheil, Historiker, seine aktuellen Veröffentlichungen zur Vorgeschichte des Barbarossa Feldzugs:

- Die Eskalation des Zweiten Weltkriegs von 1940 bis zum Unternehmen Barbarossa 1941, Berlin 2011, 478 S.
- Präventivkrieg Barbarossa - Fragen, Fakten, Antworten, Schnellroda 2011, 94 S.

Günther Deschner
„Wir sind Deutsche!“
Jüdische Patrioten in Deutschlands Geschichte

Deutsche und Juden – das ist ein Thema von nicht vergehender Aktualität. Das Nebeneinander, manchmal Gegeneinander, gelegentlich Durcheinander und meist aber auch Miteinander von Deutschen und Juden – von christlichen und jüdischen Deutschen – hat zu kuriosen, und auch zu extremen Facetten unserer Geschichte geführt. „In Deutschland ist es üblich, dass die Extreme sich berühren“, meinte schon der Diplomat und Staatsdenker Alexis de Tocqueville Mitte des 19. Jahrhunderts.



Warum fällt es Juden und Deutschen so schwer, zu jener Gelassenheit zu finden, die zwischen anderen Völkern oder Bevölkerungsgruppen üblich ist? Wie konnte es geschehen, dass der Antisemitismus – den es schließlich überall auf der Welt gab und gibt – ausgerechnet in Deutschland zu den bekannten Ereignissen geführt hat? Und warum gehört umgekehrt in der Bundesrepublik ein leicht exaltierter, manchmal schon aufdringlicher Philosemitismus zum guten Ton? Warum gibt es, wie der deutsche Diplomat Jörg von Uthmann nach mehreren Dienstjahren in Israel geschrieben hat, bei den Deutschen „jene penetrante Aschermittwochs-gesinnung“, die jede Kritik an Israel als unpassend unterdrückt und die Juden, „nachdem man sie ins Ghetto gesperrt hat, nunmehr in einen goldenen Käfig der Unantastbarkeit sperren will“? Von einer Normalisierung sind wir noch sehr weit entfernt.

Es vergeht kaum ein Monat, der uns nicht einen neuen Beleg zur Pathologie des deutsch-jüdischen Verhältnisses liefert. Unverständnis, nacktes Unwissen und eine grassierende, erschreckende Geschichtsblödhheit – die natürlich nicht nur auf das deutsch-jüdische Verhältnis beschränkt ist – gehören zu den Gründen.

Ganz besonders der Meinungsstreit um die deutsche Einheit, der jetzt mehr als ein Vierteljahrhundert zurückliegt, machte Grabenmentalität und mangelnde Geschichtskenntnisse deutlich. Es ist wohl nur in

Deutschland möglich, dass das Eintreten für nationale Interessen, in diesem Fall für die nationale Einheit im kleinsten Deutschland seit tausend Jahren, mit der Gefahr eines „neuen Auschwitz“ denunziert werden konnte. Doch genau dies geschah.

Mit der „Auschwitz-Keule“ gegen Deutschlands Wiedervereinigung

Auch Nicht-Juden polemisierten mit diesem Argument gegen die Einheit: Der für bedeutend gehaltene Rhetorikprofessor Walter Jens z.B. jammerte damals im WDR über die „Preisgabe der DDR-Kultur“. Die Wiedervereinigung sei ein „geschichtsferner Traum“, meinte er Ende 1989. Die deutsche Einheit sei, „da es Auschwitz gab, nicht denkbar“.

1990, in einem TV-Streitgespräch mit Rudolf Augstein, holte auch Günter Grass die Auschwitzkeule hervor. „Auschwitz“, sagte er, „ist die große Schwelle, die Schamschwelle, die mitgedacht werden muss, wenn wir die Chance bekommen, Deutschland zu gestalten“. Zwei deutsche Staaten seien deswegen besser...

Auch der Tenor, der von international einflussreichen jüdischen Repräsentanten zu hören war, war extrem negativ. Der Nobelpreisträger Elie Wiesel (ein Repräsentant des sog. „Weltjudentums“) teilte den Deutschen mit: „Wir Juden können die Vereinigung Deutschlands nicht in Betracht ziehen, ohne inneren Widerstand zu empfinden.“ Und der israelische Politiker Itzak Schamir malte im US-Fernsehen den ewigen deutschen Teufel an die Wand. Sein Argument gegen die deutsche Einheit hieß: „Ein wiedervereinigtes Deutschland könnte versuchen, wieder Millionen Juden zu töten.“ Kommentare einflussreicher jüdischer US-Journalisten wie William Safire und Jack Rosenthal waren noch abenteuerlicher, aber die New York Times und die International Herald Tribune verbreiteten sie in der ganzen Welt.

Dass Gregor Gysi, Chef der SED-Nachfolgepartei PDS, gegen die Einheit war, ist verständlich. Selbst jüdischer Herkunft, appellierte er an die jüdische Welt, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu verhindern. Er schrieb: „Dies ist schlecht für die Welt, insbesondere aber für die Juden“. (29) Zit. in Zeev Barth, DDR appelliert an jüdische Rabbiner. Gysi bittet um Finanzhilfe In: Allgemeine jüdische Wochenzeitung, 45. Jg., Nr. 12, 22. März 1990, Bonn, S.12).

Wie verlogen der Umgang des DDR-Führungskaders mit dem Antisemitismus und mit Israel war, zeigte sich auch in der Wendezeit 1989: Gregor Gysi, Vorsitzender der SED-PDS, griff im Dezember 1989 die Forderung der Jüdischen Gemeinden der DDR, einem vollkommen „gleichgeschalteten“ Verein, nach Normalisierung der Beziehung zu Israel auf. Dies verband er wenige Wochen später mit einem Spendenaufruf an Rabbiner weltweit, damit diese durch ihre finanziellen Zuwendungen die drohende deutsch-deutsche Einheit verhindern würden. Gysi stellte damals fest, dass die Wiedervereinigung „schlecht für die Welt“ sei, „insbesondere aber für die Juden“ (Gysi, Gregor. Zitiert nach Mertens, Lothar, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils. Deutscher Taschenbuch Verlag, Berlin 1995. (s.a. www.davideckel.de/.../Hausarbeit%20AntiS%20in%20der%20PDS.pdf)) “Antisemitismus und Antizionismus in der PDS?”

In den gleichen Kontext gehörte schon 1988 die Verleihung eines hohen DDR-Ordens durch Honecker persönlich an die jüdischen Zentralverbands-Funktionäre Bronfman und Galinski.

Doch es gab auch jüdische Stimmen, die sich gegen die antideutsche Stimmungsmache mit Auschwitz wandten. Der in Israel als Kind deutscher Emigranten geborene Historiker Michael Wolffsohn z.B. nahm die deutsche Einheit in Schutz und stellte sich vor die Deutschen. „Für die lange Aufrechterhaltung der Teilung“, so schrieb er, gab es ganz andere Ursachen. „Die Angst vor Deutschland war eines der Bindemittel der internationalen Staatenordnung nach 1945. Nicht Moral, sondern machtpolitische Überlegungen, natürlich auch ideologische Rivalitäten im Kalten Krieg und im Ost-West-Konflikt, führten zur Teilung Deutschlands. Wenn Deutschland nicht wegen Auschwitz geteilt wurde, dann kann die Vereinigung Deutschlands auch nicht wegen Auschwitz verhindert werden.“

Häufiger aber wurde ein Zusammenhang von deutscher Einheit und Judenhass hergestellt, umgekehrt eine Gleichung von Spaltung und Demokratie, die von Jahrhunderten deutsch-jüdischen Miteinanders nicht gedeckt wird. Deutsche und Juden, christliche oder religiös indifferente Deutsche und jüdische Deutsche, waren in den vielen Einigungsversuchen unserer Geschichte, beim immer wieder aufgegebenen Kampf um Einheit, Freiheit und Größe häufiger Partner als

Gegner. Das gilt für das ganze 19. Jahrhundert und für das zwanzigste bis zum Dritten Reich.

- Ob der Historiker Ludo Moritz Hartmann, der im Jahr 1848 die Wahl der Farben Schwarz-Rot-Gold als Symbol der (großdeutschen!) Einheit aller Deutschen durchsetzte, oder 100 Jahre später der Historiker Hans-Joachim Schoeps, der kurz nach dem 2. Weltkrieg mit seinen Studenten Reichsgründungsfeiern abhielt. ..
- ob der Sozialdemokrat Ferdinand Lassalle, der sich einen starken Kaiser an der Spitze eines großen Reiches wünschte, oder der Historiker Michael Wolffsohn, der 1990 Kritiker der Einheit beschwor „Keine Angst vor Deutschland“ ...
- oder der kriegsfreiwillige Reichstagsabgeordnete, Ludwig Frank (SPD), der 1914 gleich zu Beginn des Ersten Weltkriegs in Frankreich fiel ...
- ob die Breslauerin Esther Manuel, die als „Schwarzer Jäger Johanna“ bekannte Freiwillige der antinapoleonischen Befreiungskriege,
- oder Hugo Preuß, der Jurist und Vater der Weimarer Verfassung, der aus Protest gegen den Versailler Vertrag und gegen das Anschlussverbot Österreichs als Minister zurücktrat ...

...sie alle waren oder sind Protagonisten der deutschen Nationalgeschichte, viele waren „Große Deutsche“, und – sie waren Juden.

Bereits bei der Ausprägung eines deutschen Nationalbewußtseins zu Beginn des 19. Jahrhunderts, danach in den Befreiungskriegen gegen Napoleon, im Kampf für Freiheit und Einheit in der Revolution von 1848, bei der Reichsgründung von 1871, im Ersten Weltkrieg, beim Aufbau der Weimarer Republik, und selbst noch zum Wiederbeginn deutscher Staatlichkeit nach 1945 – stets waren auch Juden maßgeblich an der Gestaltung und Sicherung des deutschen Nationalstaats beteiligt. Weder von deutschen Antisemiten noch von Juden mit anderer Gesinnung ließen sich diese deutsch-jüdischen Patrioten beirren. Für sie galt das Bekenntnis des deutschen Juden Walter Rathenau: „Mein Volk ist das deutsche Volk, meine Heimat das deutsche Land.“

Diesem Vaterland blieben sie treu, manche bis zur Selbstverleugnung. Sich dieser Juden in ihrer Bedeutung für die Zeit von den Befrei-

ungskriegen bis zu Deutschlands „zweiter Chance“, der Einheit vom Oktober 1990 zu erinnern, gehört zum Prozeß der Wiederaneignung dieser 200 Jahre deutscher Nationalgeschichte, zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Juden und zum entkrampften Umgang mit der Geschichte.

Diese patriotischen, ja häufig geradezu deutschnationalen Juden waren allerdings nur eine, wenn auch eine beträchtliche Fraktion innerhalb der deutschen Judenheit. Es gab drei Hauptströmungen: Die Zionisten ..., die Internationalisten ... , und eben die deutschen Patrioten – drei jüdische Lager in Deutschland, die sich gegenseitig oft heftig befehdeten: Der Literaturhistoriker (und Rabbinersohn) Ludwig Geiger schlug z.B. vor, den Zionisten in Deutschland die bürgerlichen Ehrenrechte abzuerkennen, andere Juden forderten sogar die Ausweisung dieser „wurzellosen Halbnaturen“. Als Zionistenführer Herzl 1897 zum 1. Zionistischen Weltkongress nach München einlud, distanzierte sich der Deutsche Rabbinerverband von dem „landesverräterischen Unternehmen“ und setzte durch, dass der Kongress ins Ausland, nach Basel verlegt werden musste.

Der „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischer Glaubens“ hingegen, der zwei Drittel der deutschen Juden vertrat, erklärte in seinem Grundsatzprogramm: „Wir deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens stehen fest auf dem Boden der deutschen Nationalität. Unsere Gemeinschaft mit den Juden anderer Länder ist keine andere als die Gemeinschaft der Katholiken und Protestanten Deutschlands mit den Katholiken und Protestanten anderer Länder.“

Auch die bei Antisemiten so beliebte Klischeevorstellung, Juden seien schlechte Soldaten („Überall grinst ihr Gesicht, nur im Schützengraben nicht“) war Unsinn. In den Befreiungskriegen (anfangs des 19. Jahrhunderts) war unter den preußischen Juden der Anteil an Freiwilligen in absoluten Zahlen natürlich weit geringer, relativ gesehen jedoch dreimal höher als unter den Christen.

Auch in anderen Phasen der deutschen Einigungsbewegung standen Juden in den ersten Reihen. Den Sieg über Frankreich und die Wiedererrichtung des deutschen Kaisertums begrüßten Juden wie Christen mit dem gleichen Jubel. Bei der Nürnberger Sedanfeier 1878 z.B. hielt ein dortiger Rabbiner die Festrede...

Die Nationalliberale Partei wurde im Bismarck-Reich die bevorzugte politische Heimat der deutschen Juden und – ebenso wie die jüdische Presse – Bismarcks Hauptverbündeter im Kulturkampf. Es waren die Zeitungen jüdischer Verleger, wie Mosses „Berliner Tageblatt“ und Sonnemanns „Frankfurter Zeitung“, die sich in Angriffen auf die als „vaterlandsvergessen“ gescholtenen Ultramontanen überschlugen.

Ernst Toller: „Eine Jugend in Deutschland“

Ein anderes schönes Beispiel für die deutsch-nationale Facette in der Einstellung vieler deutscher Juden – nur eins unter vielen! – findet sich in der Autobiographie des jüdischen Autors Ernst Toller „Eine Jugend in Deutschland“, die erstmals 1933 erschien, und in der er beschreibt, wie im Netzebruch (im Landkreis Posen, derzeit polnisch besetzt!) die deutschen Protestanten zusammen mit den Juden die katholischen Polen – Toller nennt sie „Pollacken“ – verprügelten. Der politische Katholizismus revanchierte sich, indem er Bismarck als „liberalen Judenknecht“ beschimpfte. Der katholisch-konservative Konstantin Frantz beispielsweise wettete über das „Deutsche Reich jüdischer Nation“, sein Gesinnungsgenosse Wilhelm Marr denunzierte das Bismarck-Reich sogar als „Neu-Palästina“. Unter Anspielung auf den kaiserlichen Hofbankier Bleichröder, einen Juden, zitierte man gern Heinrich Heines Spottvers: „Diese Ritter ohne Vorhaut sind des Königs Lieblingsschranzen, sie befehligen seine Heere, sie verwalten die Finanzen.“

Und erst der Ausbruch des 1. Weltkriegs! Der Centralverein der Juden appellierte damals: „Wir rufen euch auf, über das Maß der Pflicht hinaus eure Kräfte dem Vaterland zu widmen.“ 100.000 Juden dienten in der feldgrauen Uniform, oder in der Kaiserlichen Marine und der „Schutztruppe“, 80.000 deutsch-jüdische Soldaten waren an der Front, 12.000 von ihnen fielen für Deutschland. Ein jüdischer Viehhändler aus Bamberg, Vater von sechs Kindern, er fiel 1916, schrieb aus dem Feld: „Es haben sich bei uns (in Bamberg) auch 18 Juden freiwillig ins Heer einstellen lassen. Dabei will ich nicht zurückstehen und unsere jüdische Pflicht erfüllen. Verflucht sei, wer in dieser Zeit nicht den letzten Blutstropfen für das Vaterland hergibt!“

Manche Juden schossen auch über das nationale Ziel weit hinaus. Ein populäres Kriegslied beispielsweise, den „Hassgesang gegen England“, verfasste der jüdische Lyriker Ernst Lissauer. Und der später von den Nationalsozialisten so gehasste jüdische Schriftsteller Alfred Kerr schrieb Durchhaltegedichte à la „Das wahre Glück bringt Schießen nur, drum Gaudeamus igitur!“

Der Maler Max Liebermann unterstützte in einem Aufruf von 93 Künstlern und Intellektuellen, wie andere Juden auch, die weitestgesteckten deutschen Kriegsziele.

Auch in der deutschen Kriegswirtschaft waren Juden an herausragender Stelle tätig. Der Breslauer Jude Prof. Fritz Haber, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie, machte durch die von ihm entwickelte Ammoniaksynthese die deutsche Rüstungsindustrie vom Chile-Salpeter unabhängig. Ohne diese Erfindung wäre dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten, den „Mittelmächten“, schon nach einem Jahr die Munition ausgegangen. Später entwickelte Haber Giftgas für die chemische Kriegführung – aus Sorge, die schier unerschöpflichen Massenheere der Alliierten könnten die deutschen Fronten überrennen. Nach der Niederlage versuchte er (allerdings vergeblich), aus dem Meer Gold zu gewinnen, um Deutschland von seinen Reparationsleistungen zu befreien...

Albert Ballin, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, und Walter Rathenau, der Präsident der AEG, stellten ihre Unternehmen sofort nach Kriegsausbruch in den Dienst der Allgemeinheit. Ballin organisierte die deutsche Lebensmittelversorgung. Rathenau organisierte die Rohstoffbeschaffung und die Steuerung der kriegswichtigen Industrie – er wurde zu einer Art „Albert Speer des Ersten Weltkriegs“.

Das deutsche Waffenstillstandsangebot an die Alliierten nannte Rathenau „die katastrophalste Dummheit aller Zeiten“; er schlug stattdessen eine Levee en masse vor. Auch der Hamburger Bankier Max Warburg beschwor die Oberste Heeresleitung zum Aushalten: „Es kommt mir seltsam vor, dass ich als Zivilist den Militärs zurufen muss: Kämpfen Sie weiter! Ich weiß, dass mein Sohn, der jetzt ausgebildet wird, in vier Wochen im Schützengraben sein wird, aber ich beschwöre Sie: Machen Sie jetzt nicht Schluss!“

Deutschland hat diesen Patrioten wenig Dank gewusst: Haber und Warburg starben im Exil, Rathenau wurde als Reichsaußenminister der Weimarer Republik von rechtsextremistischen Antisemiten erschossen; Ballin beging aus Verzweiflung über die deutsche Niederlage Selbstmord.

Unmittelbar nach Kriegsbeginn hatte sich der (in Marburg lehrende) greise jüdische Philosoph Hermann Cohen erboten, in die USA zu reisen, um die amerikanischen Juden von der Gerechtigkeit der deutschen Sache zu überzeugen. Dies erwies sich als unnötig. Denn: Bis zum Kriegseintritt der USA standen die Sympathien der amerikanischen Judenschaft deutlich auf Seiten der Mittelmächte. Die jüdische Presse verteidigte den deutschen Einmarsch in das neutrale Belgien, den U-Boot-Krieg und sogar noch die Versenkung der „Lusitania“. Die vielgelesene jiddische Zeitung „Forverts“ trat für die Annexion Polens und Litauens durch Deutschland ein. Der Fall Warschau wurde in amerikanischen Synagogen als Gottesurteil gefeiert...

Nahum Goldman schrieb damals: „Der Geist der europäischen Zivilisation steht auf der Seite des deutschen Geistes“. Den preußischen Feldwebel nannte er den „personifizierten kategorischen Imperativ“.

„Entschlossene deutsch-jüdische Patrioten“

Die patriotische Linie eines Großteils der deutschen Judenheit hat sich auch nach dem Ersten Weltkrieg fortgesetzt. Der Kandidat der Deutschnationalen bei der Reichspräsidentenwahl 1932 beispielsweise war der aus einer Rabbinerfamilie stammende Bundesführer des deutschnationalen „Stahlhelm“, Theodor Düsterberg. Ein Jahr später wurde er als „jüdischer Mischling“ aller Ämter enthoben.

Das jüdische Gegenstück zum „Stahlhelm“ war der „Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten“, dessen Symbol die heute inkriminierte und in manchen Bundesländern durch polizeiliche Verfügungen immer wieder beschlagnahmte Reichskriegsflagge war. Im „Reichsbund“ und im „Verband nationaldeutscher Juden“ sammelten sich die entschlossenen deutsch-jüdischen Patrioten und Nationalkonservativen, denen im Sinn des Liedes wirklich „Deutschland, Deutschland über alles“ ging.

Nicht wenige von ihnen machten sich sogar noch beim Machtantritt der Nationalsozialisten Illusionen. Sie hofften, nun werde endlich den Zionisten das Handwerk gelegt und der Masseneinwanderung osteuro-

päischer Kaftan-tragender sogenannter „Bauchladenjuden“ ein Riegel vorgeschoben – jener Kategorie jüdischer Einwanderer, die der jüdische Intellektuelle und Unternehmer Walter Rathenau aus seiner sehr deutschen Warte als „asiatische Horde auf märkischem Sand“ titulierte. Viele deutschnationale Juden hofften 1933 auch, die „Nationale Erhebung“ werde ihre antisemitische Komponente „verdünnen“ oder ganz verlieren...

Dass die neuen Machthaber von der Zusammenarbeit nichts wissen wollten, traf diese deutsch-national denkenden Juden besonders schwer. Ihre Wortführer Max Naumann und der hochdekorierte Hauptmann a.D. Leo Löwenstein, baten Hitler, die Juden wenigstens nicht von der Wehrpflicht auszuschließen. In einer Eingabe an den Reichskanzler schrieben sie: „Es wäre für uns unfassbar und unerträglich, waffenlos zusehen zu müssen, wie die Menschen, denen wir gefühlsmäßig aufs engste verbunden sind, für Deutschlands Freiheit und Ehre kämpfen.“ So lauteten die Worte eines jüdischen deutschen Offiziers!



Blick ins Plenum der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt ZFI während des Vortrags von Dr. Günther Deschner.

Welch grausame Illusion. Im Dritten Reich wurde der deutsch-jüdische Patriotismus fast ganz zerstört. Seine Rückholung wenigstens in die geschichtliche Erinnerung begegnet heute unangemessenen Schwierigkeiten: Die allermeisten der heute in Deutschland lebenden Juden wissen von dieser deutsch-jüdischen Symbiose nicht mehr viel oder gar nichts mehr. Die Ausnahmen lassen sich an den Fingern herzählen. Es wird auch kaum an sie erinnert.

Auf nicht-jüdischer Seite leidet die Erinnerung unter Ideologieverdacht. Die meisten dieser deutsch-jüdischen Patrioten der Vergangenheit müssten sich heute von einer überwiegend geschichtslosen, anationalen Gesellschaft Kritik an ihren politischen Haltungen gefallen lassen. In einer Zeit, in der ein diffuser, rigoroser „Kampf gegen rechts“ eine positive Staatsräson ersetzt, davon bin ich überzeugt, würden die Dummbeutel unter denen, die in unserem Land den öffentlichen Diskurs vorschreiben, auch nicht davor zurückschrecken, selbst jene jüdischen Patrioten, die es in unserer Geschichte gegeben hat, als „Nazis“ auszugrenzen und fertigzumachen.

Für manche deutsche Uni-Wissenschaftler – so ein bitteres Bonmot – sind doch alle Deutschen Antisemiten, von Einstein bis Hertz!

Für das Deutschland-Journal leicht gekürzte Fassung des Vortrags von **Dr. Günther Deschner** bei der Herbsttagung der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt ZFI am Samstag, 19. November 2016.

Korad Löw

Achtung: Geschichtsklitterung

Die Ausgrenzung jüdischer Quellen in der Zeitgeschichtsschreibung

Mein Weg zum Thema

Am 1. Mai 2015 öffnete das NS-Dokumentationszentrum München seine Tore für die Allgemeinheit. Es bezeichnet sich als „Lern- und Erinnerungsort zur Geschichte des Nationalsozialismus“ und steht auf dem Gelände, auf dem früher das „Braune Haus“, die Parteizentrale der NSDAP, also der Partei Hitlers, gestanden hat. Für mich als gebürtigen Münchner (geb. 1931) und langjährigen Ordinarius der Politikwissenschaft (27 Jahre, seit 1999 emeritus) war es geradezu ein Muss, mich umgehend mit dem Zentrum zu befassen. Die Besichtigung der bilderreichen Ausstellung enttäuschte mich. Der dazu angebotene voluminöse Katalog beginnt mit dem Satz: „Immer wieder steht die demokratische Gesellschaft vor Herausforderungen, die Haltung und Zivilcourage verlangen.“ Eingedenk auch dieser Aufforderung verfasste ich einen Offenen Brief, mit dem ich den Verantwortlichen meine Beanstandungen mitteilte, insbesondere dass ich die einschlägigen Verlautbarungen der wichtigsten Zeitzeugen nicht entdecken konnte, weshalb meines Erachtens das Bild, das die Ausstellung vermittelt, die Wirklichkeit nicht so wahrheitsgetreu wiedergibt, wie es möglich wäre. „Die Deutschen und Hitlers Judenpolitik“ steht seit Jahren im Focus meiner Forschungen. Dafür gab und gibt es eine Reihe plausibler Gründe, so eigene Kindheitserinnerungen, vier Israelaufenthalte, einschlägige Studien, Veröffentlichungen¹ und Lehrangebote. Maß-



-
- 1 „Im heiligen Jahr der Vergebung. Wider tabu und Verteufelung der Juden“ Osnabrück 1991.
„‘Das Volk ist ein Trost‘ – Deutsche und Juden 1933 – 1945 im Urteil der jüdischen Zeitzeugen“ München 2006 (Olzog Verlag)
„Die Münchner und ihre jüdischen Mitbürger 1900-1950 im Urteil der NS-Opfer und –Gegner“ München 2008 (Olzog Verlag)
„Hitler in uns? Vom richtigen Umgang mit unserer Vergangenheit“ Waltrop 2009 (Manuscriptum Verlag)
„Deutsche Schuld 1933-1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen“ München 2011 (Olzog).

geblich beeinflusst wurden meine Forschungen durch die Lektüre der Tagebücher des Juden Victor Klemperer, der während der NS-Zeit in Dresden lebte und all die Jahre über fleißig Tagebuch führte. Ab 1998 wurden sie veröffentlicht. Klemperer gilt als der namhafteste Chronist der Jahre 1933-1945. Anfang Oktober 1941 notierte er: **„Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde.“**² Dies schrieb er also nicht zu Beginn der NS-Herrschaft, als sich die Indoktrination durch die neuen Machthaber noch nicht durchgesetzt hatte, auch nicht, als sich die Niederlage des Dritten Reiches bereits abzeichnete und Furcht viele Menschen beschlich, sondern als sich Hitler im Zenit seiner Macht befand. Damals musste Klemperer mitten in Dresden als mit dem Judenstern Stigmatisierter am öffentlichen Leben teilnehmen und als Zwangsverpflichteter mit vielen anderen unter einem Dach zusammenarbeiten. Er hatte also reichlich Kontakt zum „Mann auf der Straße“ in einer Stadt, die für Hitler schon früh ein offenes Ohr hatte. Sinngleiche Äußerungen finden sich auch später in seinem Werk Seine Sicht „Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde.“ widerspricht dem, was seit vielen Jahren gängige Meinung in einschlägigen Veröffentlichungen ist.

Diese Lese Frucht war daher für mich die große Überraschung. Zwar hatte ich meine Tage damals ebenso erlebt. Aber ich sprach später drüber kaum, da ich, anders als Klemperer, nicht viel herumkam – außer Familie, Schule und Kirche. Mein Fall war aus meiner Sicht ein höchstpersönlicher Glücksfall. „Klemperer“ gab mir den Impuls, tunlichst **alle** Zeitzeugen, d.h. in der Regel ihre Aufzeichnungen, zu befragen, ob ihre Erfahrungen mit denen Klemperers übereinstimmen: Eine mühsame, zeitraubende Arbeit. Eine lohnende Arbeit, wie ich jetzt schon vorweg sagen kann.

2004 durfte ich auf Einladung der Gesellschaft für Deutschlandforschung im Roten Rathaus zu Berlin einen Vortrag halten. Thema: „Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte“. Unter „Geschichte“ brachte ich mein Aha-Erlebnis mit Klemperer und was ich zwischenzeitlich herausgefunden hatte. Ich beendete mein Referat mit dem Resümee: **„Wir dürfen nicht zögern, die Verbrechen des NS-Regimes als wichtigen Teil der deutschen Geschichte, der deutschen Identität zu bekennen. Aber wir sollten jenen entgegentreten, die allgemein**

2 Victor Klemperer „Tagebücher 1940-1941“ Berlin 1998, S. 173.

*von deutscher Schuld sprechen, wenn damit gemeint ist, dass die große Mehrheit der damals lebenden Deutschen mitschuldig gewesen sei an einem der größten Verbrechen in der Menschheitsgeschichte. Ein solcher Vorwurf ist ungeheuerlich, wenn er nicht bewiesen wird. Dieser Nachweis wurde bis heute nicht erbracht.*⁴³

Am Pranger – dann gerechtfertigt

Von der Solidität meiner Beweise und Argumente überzeugt, leitete ich meinen Text dem Deutschland-Archiv, einem Organ der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und damit der Bundesrepublik Deutschland, zu, die ihn auch umgehend abdruckte. Doch wenige Tage später ein Aufschrei. Die bpb richtete an alle Abonnenten ein ganz außergewöhnliches Schreiben, in dem sie sich „aufs Schärfste von dem im soeben erschienenen Heft ... veröffentlichten Text“ distanzierte. Er sei unvereinbar mit dem Selbstverständnis der bpb. Gleich dreimal wird in dem Schreiben der Vorfall außerordentlich bedauert und alle Leser, die sich verunglimpft fühlen, werden um Entschuldigung gebeten, verbunden mit dem Gelöbnis, eine Wiederholung sicher auszuschließen. Und dann als Zeichen äußerster Indignation: „Der Rest der Auflage... wird makuliert.“

Ich traute meinen Augen nicht. Da zitiere ich Zeitzeugen, überwiegend jüdische, und werde deshalb an den Pranger gestellt. Das ist ungeheuerlich. Das nehme ich nicht hin, war mein Entschluss. Der lange Weg durch die Instanzen begann: bpb, Bundesinnenministerium, Verwaltungsgericht Köln, Oberverwaltungsgericht Münster. - Hier wie dort ist man blind und taub für das begangene Unrecht. Doch es ist für mich so handgreiflich, dass ich die Hoffnung nicht aufgebe. Am 13. Oktober 2006 erhob ich mit selbstverfasstem Schriftsatz Verfassungsbeschwerde, am 17. August 2010 wurde ihr einstimmig stattgegeben, also nach knapp vier Jahren. Der Leiter der Bundeszentrale wurde verurteilt, sich bei mir zu entschuldigen, was er auch tat.

„Beweist stichhaltig ...“ – Das Gegenteil ist richtig

Als ich von der hysterischen Reaktion der bpb auf meinen von ihr veröffentlichten Aufsatz erfuhr, stand ich, wie schon erwähnt, vor einem

3 Abgedruckt in: Konrad Löw „Adenauer hatte recht ...“ Berlin 2016 S. 239.

Rätsel. Wie konnte es zu dieser Reaktion kommen? Die Antwort erhielt ich, als mir das Buch „Hingeschaut und weggesehen - Hitler und sein Volk“ in die Hände fiel und ich wahrnahm, dass es die Bundeszentrale gratis vertreibt. Auf der Rückseite des Buches steht: „***Der Autor... beweist stichhaltig, dass die Deutschen nicht nur von den Verbrechen der nationalsozialistischen Machthaber wussten, sondern ... weit aktiver, als bisher bekannt war, mithalfen – durch Zustimmung, Denunziation oder Mitarbeit.***“⁴

Das ist in der Tat das Gegenteil von dem, was ich aus den Bekundungen meiner jüdischen Zeitzeugen glaubte und glaube folgern zu müssen.

A Iso wandte ich mich nicht nur gegen die Verächtlichmachung meiner Person durch die Bundeszentrale und beschritt den Rechtsweg, wovon in Teil I die Rede war, sondern auch gegen die Verächtlichmachung der Deutschen durch die Bundeszentrale, indem ich alle Mitverantwortlichen mit der peinlichen Frage konfrontierte, wo denn in dem erwähnten Buch die „stichhaltigen Beweise“ nachzulesen seien und, falls Fehlanzeige, was sie gegen diese Irreführung zu unternehmen gedächten. Alle haben geantwortet: die bpb selbst, der zuständige Bundesinnenminister (damals Schäuble), das zuständige Kuratorium des Deutschen Bundestages und der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Doch keiner der Ansprechpartner hat auch nur *einen* stichhaltigen Beweis zitiert, keiner von ihnen sah sich veranlasst, irgendetwas gegen diese Verleumdung der Deutschen zu unternehmen. Obwohl „Bundeszentrale für politische Bildung“ unter dem Zitat steht, hat sie schließlich für den beanstandeten Text die Verantwortung abgelehnt!⁵ Ein Offenbarungseid! Erst die Intervention des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, an den ich unter Hinweis auf von ihm verfasste schöne Deklarationen appellierte, hat schließlich bewirkt, dass das Buch aus dem Angebot genommen wurde.

Das NS-Dokumentationszentrum München

Machen wir einen Sprung von Bonn nach München, aus dem ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ins zweite. Auch hier und jetzt geht es

4 Robert Gellately „Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk“ Bonn (bpb) 2003.

5 Konrad Löw „Adenauer hatte recht“ Berlin 2016 S. 24.

um Zeugen und Zeugnisse zur NS-Geschichte. Schon eingangs habe ich meinen Offenen Brief an die Verantwortlichen des Doku-Zentrums erwähnt, in dem ich darüber Klage führe, dass ich die einschlägigen Verlautbarungen der wichtigsten Zeitzeugen nicht entdecken konnte. Ich zitiere:

„Es geht um die Vergangenheit, wie sie wirklich war. Und um sie zu ergründen, müssen wir alle Beweise heranziehen, auch, ja erst recht die Zeitzeugen. Wenn es, wie hier, speziell um München geht, dann sind vor allem die Menschen mit München-Erfahrungen gefragt. Die Auswertung dieser speziellen Zielgruppe habe ich unter dem Titel: ‚Die Münchner und ihre jüdischen Mitbürger 1900-1950 im Urteil der NS-Opfer und –Gegner‘ 2008 veröffentlicht ... Doch alle diese Zeugnisse werden dem, der im Doku-Zentrum die historische Wirklichkeit ergründen möchte, vorenthalten. Einen Teil dieser Zeugen bekommt der Besucher zwar zu sehen. Aber ihre einschlägigen Bekundungen suchen wir vergebens. Hier geschieht Unrecht den Zeugen gegenüber, den Besuchern gegenüber, den Münchnern gegenüber, der Historiographie gegenüber. Warum die Zurückhaltung? Dass alle einschlägigen Veröffentlichungen den Gestaltern des Zentrums unbekannt gewesen seien, ist doch auszuschließen. Warum dann? Sind die Zeugen, ob Juden oder nicht, nicht glaubwürdig, nicht kompetent? Missfallen den Gestaltern die Aussagen der Zeugen?“

Soweit das Zitat aus dem Offenen Brief.

Je intensiver ich mich mit der Ausstellung und dem Katalog befasste, umso deutlicher sah ich die Notwendigkeit, aus der Kritik ein Buch zu machen. Meiner Ausarbeitung gab ich den Titel: „München war anders! Das NS-Dokumentationszentrum und die dort ausgeblendeten Dokumente. Zur Buchpräsentation am 16. Juni 2016 ist Alfred Grosser, ein Jude und NS-Opfer, trotz seiner 91 Jahre und trotz eines lädierten Beines eigens aus Paris angereist. Den Oberbürgermeister, Dieter Reiter, seinen Vorgänger im Amt Hans-Jochen Vogel und den früheren Bundesfinanzminister Theo Waigel lud ich zu der Veranstaltung ein, Waigel, da er Vorsitzender des Kuratoriums der Ausstellung ist, und Vogel als seinen Stellvertreter.

1. **Peinliche „Offenbarungen“ der Hauptverantwortlichen**

„Nicht ohne weiteres greifbar ...“ – Hans-Jochen Vogel

Vogel leistete der Einladung Folge, und so begrüßte ich ihn persönlich:

„Eine Persönlichkeit darf ich besonders herausstellen, den früheren Oberbürgermeister von München, Herrn Hans Jochen Vogel. Von 1960 bis 1972 standen Sie an der Spitze der Stadt. Die Münchner, die das Doku-Zentrum anspricht, lebten damals noch, waren großteils auch Ihre Wähler. Das Doku-Zentrum will glauben machen, die Mehrheit von ihnen habe aus Mitläufern und Mittätern Hitlers bestanden. Doch es gibt auch eine andere Meinung, die Sie erfreuen dürfte und die da lautet: ‚Trotz aller Bemühungen, trotz der vielen repräsentativen Veranstaltungen, trotz der Sonderstellung, die München als Kunststadt genießt, kann man ruhig sagen: München ist keine nationalsozialistische Stadt und sie ist es auch nie gewesen. Der Nationalsozialismus hat seine Anziehungskraft eingebüßt. Der Münchner erträgt ihn, wie eine unabänderliche Schickung des Himmels und sucht auf seine Art sich herauszuwinden, wo er nur kann, ohne dabei mit den Gesetzen in Konflikt zu geraten. ... Reisende aus Berlin z.B. haben schon oft festgestellt, dass man in München viel freier leben könne, weil schon die ganze Atmosphäre anders sei.‘

Von wem stammt diese Bekundung? ...

Vom Exilvorstand der Exil-SPD, der nach der Flucht seine Arbeit, so gut es ging, in Prag fortsetzte. Gehören solche Dokumente nicht ins NS-Doku-Zentrum München?“

Von dieser Begrüßung zeigte sich der Adressat nicht gerade begeistert, obgleich hier leidgeprüfte Genossen zu Worte kamen, von denen er einige noch persönlich kennenlernte. Daher schrieb ich ihm am 24. Juni 2016:

*„... aufrichtigen Dank, dass Sie der Einladung zur Präsentation des Buches ‚München war anders! ...‘ ... Folge geleistet haben! Aufrichtigen Dank auch für Ihren Redebeitrag, der den Kern meines Anliegens aufgegriffen hat! Mein Anliegen ist es aufzuzeigen, dass das Doku-Zentrum die wichtigsten Dokumente – meist jüdische(!) Bekundungen - ausblendet, die unverzichtbar sind, um die damals lebenden Münchner gerecht zu beurteilen. Sie erwiderten, **es gebe, mindestens ebenso viele ausgesprochen negative Äußerungen von Münchner Juden über ihre Münchner Nachbarn**‘. In Gegenwart von rund fünfzig Zeugen bat ich Sie nachdrücklich, diese Juden zu benennen, eine Bitte, die ich hiermit wiederhole...“*

Hans-Jochen Vogel antwortete mit Schreiben vom 6. Juli 2016, dessen Inhalt der nachfolgenden Erwiderung zu entnehmen ist.

*„8. Juli 2016
Hochverehrter Herr Vogel,
aufrichtigen Dank, dass Sie sich erneut auf mein Schreiben eingelassen haben. ...
Vor welchem Forum könnte ein Ankläger erfolgreich sein, der einräumen muss, sein Belastungsmaterial sei ‚nicht ohne weiteres greifbar‘, wie es in Ihrem Brief heißt? Woher hat der Ankläger dann sein Wissen, worauf stützt er seine Anklage? Für das Doku-Zentrum haben staatliche Stellen (Bund, Bayern, München) viele Millionen aufgewendet, doch das Sammeln des Beweismaterials wird ad calendas graecas hinausgeschoben. Das Vorab-Urteil genügt: fast alle Münchner damals Mitläufer, wenn nicht Mittäter. Meinen letzten Brief schloss ich mit den Worten: ‚Sicher ist auch Ihnen ein gerechtes Urteil über die Münchner der schrecklichen Jahre ein großes Anliegen. Können wir nicht gemeinsam um die rechte Erkenntnis ringen? Ich will ganz offen sein für jede sachdienliche Belehrung (... in errore perseverare stultum ...).‘ Ich darf sie heute wiederholen.
Mit freundlichen Grüßen ...“*

Antwort, wie nicht anders zu erwarten, keine.

2. „Woher haben Sie Ihr Wissen?“ – Theo Waigel

Auch Theo Waigel, dem Vorsitzenden des Kuratoriums, sandte ich, wie bereits erwähnt, den Offenen Brief. Er hat sich umgehend und freundlich dafür bedankt. Unter dem Datum 11. Juli 2016 schrieb er mir:

„... für ... die viele Arbeit, die Sie sich auch mit meinen Argumenten machen, danke ich Ihnen sehr. Ich weiß es zu würdigen, mit welchem Engagement und innerer Überzeugung Sie diesen schwierigen Themen nachgehen... Den Titel Ihres Buches ‚München war anders!‘ würde ich nach meinen Kenntnissen so nicht akzeptieren. Viele Münchner waren anders, das ist wohl richtig. Es waren auch viel zu wenig Münchner, die von 1918 bis 1932 die junge und verletzbare Demokratie unterstützten.“

In meiner Antwort zitiere ich ihn und fahre fort:

*„Ich darf fragen: Was heißt viele? 1000? 100.000? Zehn von Hundert? 50 von Hundert? Was meinen Sie mit ‚anders‘? Woher haben Sie Ihr Wissen? Studium? Omdit? Intuition? Oder? - **Ich** argumentiere mit den Aussagen tunlichst aller Zeitzeugen und weiß keine bessere Quelle der Erkenntnis. Daneben und nur am Rande eigene Erlebnisse ...und die meiner Münchner Angehörigen. In ‚München war anders‘ heißt es: ‚In der Einleitung zur Dokumentation ist von den wenigen Gegnern des Nationalsozialismus und den vielen Mitläufern und Mittätern die Rede.‘ Was ist mit Ihren Münchnern, die ‚anders‘ waren? Waren sie ‚Gegner‘ oder ‚Mitläufer‘? Im Buch fahre ich fort: ‚Die Feststellung, jemand sei Mitläufer eines Massenmörders gewesen, ist ein höchst ehrenrühriger Vorwurf, wenn sie nicht bewiesen wird. Sie verletzt Ehre und Würde des Angesprochenen und seiner Nachkommen und steht daher in scharfem Widerspruch zur wichtigsten Norm unseres Grundgesetzes, zu Artikel 1 Absatz 1 ... Den Nachweis der Richtigkeit suchen wir im Doku-Zentrum und seinem Katalog vergebens. Es wird nicht einmal der Versuch unternommen, diesen Nachweis zu führen. Die zahlreichen Zeugen, die sich angeboten haben und in Gestalt ihrer Aufzeichnungen noch anbieten, bleiben*

so gut wie gänzlich unberücksichtigt. Was ist das für ein Dokumentationszentrum, das die wichtigsten Dokumente ausblendet und sich auf diese Weise selbst desavouiert? Man tut so, als stünde man auf der Seite der Opfer, lässt sie aber nicht zu Worte kommen. Das kann so nicht bleiben.

Sie fahren fort: „Es waren auch viel zu wenig Münchner, die von 1918 bis 1932 die junge und verletzbare Demokratie unterstützten.“ Da pflichte ich Ihnen vorbehaltlos bei. Doch war das ein München-Spezifikum? War es insofern anderswo in deutschen Landen besser? Waren die späteren jüdischen Opfer vorbildlich?“

In seiner Autobiographie des Jahres 2010 beklagt der 1924 in München geborene Edgar Feuchtwanger, 1939 vor Hitler geflohen, die „maßlose Herablassung gegenüber der Vergangenheit“: „Mir scheint, dass die heutige Generation in Deutschland nun so weit von den Ereignissen von vor 1945 entfernt ist, dass viele heute eher vorschnell über das urteilen, was ihre Großeltern und Urgroßeltern getan und wie sie sich verhalten haben. Sie haben kaum noch einen Sinn dafür, vor welchen quälenden Alternativen ihre Vorfahren vor siebzig und mehr Jahren standen.“ Wie wahr!“

Antwort: keine!

3. Der „international anerkannte Stand der Forschung“ – Oberbürgermeister Dieter Reiter

Dem Münchner Oberbürgermeister sandte ich mit Datum 1. August. 2015 ebenfalls meinen Offenen Brief, der ihn umgehend beantwortete: „Ich kann Ihnen - auch im Namen des Gründungsdirektors Herrn Professor Dr. Winfried Nerdinger – versichern, dass die Inhalte der Dauerausstellung dem **international anerkannten Stand der Forschung** entsprechen.“ Auch ich antwortete umgehend:

„Dank für Ihr Antwortschreiben vom 8. September. Da das Dokumentationszentrum für München lange Zeit von sehr großer Bedeutung sein wird, sei es mir gestattet, auf Ihren Brief ausführlicher zu antworten...“

Mir geht es um das **Verhalten der Münchner Bevölkerung** in der fraglichen Zeit und insofern kritisiere ich das, was Sie den ‚international anerkannten Stand der Forschung‘ nennen. Ich glaube, einen guten Literaturüberblick zu haben. Doch irren ist menschlich. Und so bitte ich Sie, mir die Arbeiten benennen zu lassen, denen dieser ‚**Stand der Forschung**‘ zu entnehmen ist. Ich will mich damit gewissenhaft befassen, soweit dies nicht schon geschehen ist...

Abschließend schreiben Sie: ‚Im Übrigen kommt das Dokumentationszentrum Ihrem Wunsch, ‚auch die Zeugen sprechen zu lassen‘, in hohem Maße nach.‘

Inzwischen habe ich nach diesen Zeugen im Zentrum selbst wie im Katalog Ausschau gehalten. Zum Thema ‚die Münchner und der Nationalsozialismus‘ konnte ich aber nur ein Zeugnis entdecken, nämlich Else Behrend-Rosenfelds Bekundung. Ich zitiere die Zeugin aus dem Katalog:

‚Wie ein Schlag ins Gesicht traf uns – und es wird allen Juden im Reich ebenso gehen – die neue Verfügung, dass jeder Jude öffentlich auf der linken Brust als Merkmal seiner Rassenzugehörigkeit einen aus gelber Kunstseide bestehenden Davidstern tragen muss. [...] Die meisten Leute tun, als sähen sie den Stern nicht, ganz vereinzelt gibt jemand in der Straßenbahn seiner Genugtuung darüber Ausdruck, da man nun das ‚judenpack‘ erkennt. Aber wir erlebten und erleben auch viele Äußerungen des Abscheus über diese Maßnahme und viele Sympathiebekundungen für uns Betroffene.

Dann wird die Zeugin anschaulich konkret: Am schlimmsten ist es für die Schulkinder, die vom sechsten Jahr ab den Stern tragen müssen. Zwei etwa siebenjährige Buben wurden von gleichaltrigen ‚Arier‘ jämmerlich verprügelt.‘

Damit endet das Zitat, nämlich mit der Schilderung eines hässlichen Übergriffs. Es fehlt also, was bei der Zeugin folgt, die Aufzählung von fünf (!) erfreulichen Exempeln. Sie geben der Schilderung gerade mit Blick auf die erwachsenen Münchner eine ganz andere Note: ‚[...] verprügelt. Bei einem legte sich allerdings ein des Weges kommender älterer Herr ins Mittel, der die Buben mit Schimpfworten auseinanderjagte und das weinende kleine Opfer bis an seine Haustür begleitete. Einer älteren Frau aus unserm Heim schenkte ein Soldat die Marken für eine wöchentliche Brotration,

einer anderen, die zur Arbeit in der Tram fuhr und keinen Platz fand, bot ein Herr mit tiefer Verbeugung ostentativ seinen Sitzplatz an. Mir erklärten unser Metzger und unser Butterlieferant, dass sie uns nun erst recht gut beliefern würden; sie schimpften kräftig auf diese neue Demütigung, die uns angetan wird[...] **Mir scheint, dass jedenfalls in München die jetzigen Machthaber mit dieser Verfügung nicht erreichen werden, was sie bezwecken...**‘

Vier Wochen später: „Die Bevölkerung tut, als sähe sie die Sterne nicht. **Viele Freundlichkeiten in der Öffentlichkeit und noch viel mehr im Geheimen werden uns erwiesen, Äußerungen der Verachtung und des Hasses uns gegenüber sind selten.** Und ich glaube, gerade diese Reaktion hat eine neue, sehr unangenehme Verfügung verursacht: Kein Jude darf mehr seinen Wohnsitz (z.B. zu einem kurzen Ausflug am Sonntag!) verlassen, die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist verboten.‘

Es liegt in der Natur von Zitaten, dass sie nur einen Ausschnitt bieten. Aber ist es korrekt, obige Ergänzung dem Leser total vorzuenthalten?

Ich darf auf Ihre Bemerkung zurückkommen, wonach es in der Dokumentation Zeugen in großer Zahl gibt. Bitte beauftragen Sie einen Mitarbeiter, dass er mir die Namen nennt, damit ich mich mit ihnen so befasse wie mit Behrend-Rosenfeld. Der amtliche Umgang mit dieser Zeugin ist Teil der Ursachen meiner Skepsis.“

Antwort letztlich keine!

München „als Täterstadt im Vordergrund“ - Merith Niehuss

Zu den Hauptverantwortlichen zählt schließlich auch die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des NS-Dokumentationszentrums Merith Niehuss. Sie ist zugleich Präsidentin der Universität der Bundeswehr München. Auf die Frage eines Interviewers: „Sie kennen die Entstehungsgeschichte des Dokumentationszentrums von Beginn an ... Warum gab es diese Anlaufprobleme?“ gab sie die entwaffnende Antwort: Zunächst Uneinigkeit. „Wir konnten uns dann aber doch

einigen, eine Ausstellung über die Täter zu machen. München sollte als Täterstadt im Vordergrund stehen ... Wir denken, Forschung und Bevölkerung sind inzwischen weit genug, München als Täter-Stadt zu akzeptieren... Wir haben versucht, die Mitläufer-Perspektive zu betonen. “6 – Als ich das las, verschlug es mir fast die Stimme. Das, was ich glaubte, als schlimme Diagnose konstatieren zu müssen, wird ungeniert offen eingestanden.

Müsste man diese Sätze nicht jedem in die Hand drücken, der das Zentrum unvoreingenommen betritt? Es geht also nicht um München, wie es war, um die Münchner, wie sie waren, sondern um München als Täterstadt, die Münchner als Mitläufer. Und um dieses München glaubhaft zu machen, musste man den Tod der letzten Zeitzeugen abwarten. Ihre schriftliche Hinterlassenschaft wird tunlichst unterdrückt, soweit sie die gewöhnlichen Münchner betrifft. Von den 46 jüdischen Stimmen, deren München-Aussagen ich zusammengetragen habe, kommt im Zentrum *eine* zu Wort, auf bezeichnende Weise entstellt. So erklärt sich auch das faktische Schweigen der anderen Hauptverantwortlichen, der Herren Vogel, Waigel und Reiter. Frau Niehuss aber kann man, zynisch gesagt, nur gratulieren. Ihre Absicht und die ihrer Gleichgesinnten wurde auf ganz unwissenschaftliche Weise vom „Wissenschaftlichen Beirat“ in die Tat umgesetzt: München „als Täterstadt im Vordergrund“ – bei Licht betrachtet ein Offenbarungseid. – Frau Niehuss offenbart, dass und wie Geschichte zu Lasten der Münchner Bürger umgeschrieben wird.

„Lasst uns trotzdem weiterkämpfen! – Alfred Grosser

Wie eingangs schon erwähnt, hat Alfred Grosser das Buch „München war anders!“ am 16. Juni 2016 der Presse vorgestellt. Er, Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, ist trotz seiner 91 Jahre und trotz eines Beinleidens eigens aus Paris angereist, er, der Jude, der Atheist, der Franzose, das NS-Opfer, er nimmt aus Überzeugung diese Strapaze auf sich. Ich kann mich nicht genug wundern! Warum nur? Seiner Autobiographie ist an mehreren Stellen

6 „Lernort mit Vergangenheit“ Akademie-Report 3/2015 S. 30.

7 Alfred Grosser „Die Freude und der Tod. Eine Lebensbilanz“ Reinbek 2011 S. 37.

die Antwort zu entnehmen, warum. Da heißt es: „1980 schrieb ein deutscher Journalist, meine Losung sei: ‚Durch Wissen und Wärme aufklärerisch beeinflussen.‘ Dies ist in der Tat mein ständiges Ziel.“⁷ Und an anderer Stelle: „Ich will also beeinflussen. Die Eltern und die Lehrer ...“⁸

Mir hat er geschrieben: „Lasst uns trotzdem weiterkämpfen!“, und ich habe diese Worte mit seinem Einverständnis zum Titel meiner Autobiographie gemacht. Was heißt das hier und heute?

Verwiesen sei zunächst auf das, was unter „Am Pranger, dann gerechtfertigt“ ausgeführt wird, ich meine die Verächtlichmachung durch die bpb.

Seit Jahrzehnten gibt es ähnliche Attacken auch von anderer Seite, so von Studenten unter Losungen wie. „Der Löwe brüllt noch immer!“ Nun ein neuer Fall, wo wieder **die Obrigkeit** glaubte, sie müsse vor mir warnen:

Ein Mainzer Arzt wandte sich nach der Lektüre von „München war anders!“ an Münchens Oberbürgermeister:

„ Sehr geehrter ... in dem Buch ‚München war anders! ...‘ das Ihnen sicher bereits bekannt ist, sind gravierende Fehler und empörende Auslassungen des neuen Doku-Zentrums aufgelistet – Ihre Stadt wird als ‚Täterstadt‘ präsentiert. Das Doku-Zentrum teilt offenbar die düstere Ansicht von Daniel Goldhagen über uns Deutsche, wir hätten einen ‚eliminatorischen Antisemitismus‘ im Blut. Das Doku-Zentrum bestärkt diese falsche Sicht, indem es Zeitzeugen, insbesondere Münchner Juden, aber auch oppositionelle Sozialdemokraten und andere Kenner dieser Stadt und Zeit nicht zu Wort kommen lässt. “

Der Oberbürgermeister antwortete:

„...Die von Herrn Konrad Löw vorgetragenen Thesen werden von allen am Projekt beteiligten Fachleuten als falsch abgelehnt.

8 Alfred Grosser „Die Freude und der Tod. Eine Lebensbilanz“ Reinbek 2011 S. 38.

Der beste Kenner der Materie ... schreibt zur Arbeit von Herrn Löw, dessen Zitate seien ,willkürlich zusammengeklaut‘ ... ,Hier werden Zitatsplitter missbraucht, um Vorurteile zu generieren‘ ... ,Nach Prof. Benz betreibt Herr Löw die ,Geschäfte jener, ,die das deutsche Volk von jedem Wissen und jeder Verantwortung für den Holocaust reinwaschen wollen‘ ... ,Anteilnahme und Unterstützung für die verfolgten Menschen ist die absolute Ausnahme‘ ... Diskussion findet am NS-Dokumentationszentrum sehr wohl statt, jedoch auf wissenschaftlich fundiertem Niveau.“ –

soweit der Oberbürgermeister in seiner Antwort an den Mainzer Arzt..

Lohnt es sich angesichts der zahlreichen und mächtigen Gegner, die sich dem Dialogangebot nicht stellen, weiterzukämpfen? Besteht Aussicht auf Erfolg? Ich sage nein, es sei denn, dass man mit ganz wenig auch zufrieden ist. Aber ich habe in Grosser das große Vorbild, in ihm, dem Atheisten. Wenn ich, der Christ, da nicht mitzuhalten versuchte, dann käme ich mir vor wie ein Verräter. Und, wie könnte ich das Schweigen in der Diktatur beklagen, wenn ich selbst in unserem freiheitlichen Rechtsstaat schwiege.

Also antwortete ich dem OB:

„Sehr geehrter ...

Unter dem Datum 16. Juli 2016 schrieb Ihnen Herr Dr. Reinhard Gnauck einen Brief die Dauerausstellung NS-Dokumentationszentrum München betreffend. Sie antworteten mit Schreiben vom 13. September 2016.

Ihr Text, ein Produkt staatlicher Gewalt, verletzt augenfällig meine Persönlichkeitswürde. Er ist einschüchternd, unsachlich, beleidigend. Pro forma ist er die Antwort auf die Klage eines besorgten Bürgers, dem die Qualität der Ausstellung am Herzen liegt. ...

Statt auf diese Klage einzugehen, die meinem Buch ,München war anders!‘ entspricht, wird darauf hingewiesen, dass meine Thesen [welche?] von allen am Projekt beteiligten Fachleuten als falsch abgelehnt‘ werden. – Ich frage: Wann? Wo? Wie?

Dann wird, wie es heißt, ,der beste Kenner der Materie, Prof. Dr.

Wolfgang Benz‘, zitiert, der zu meiner Arbeit angeblich schreibt, meine Zitate seien ‚willkürlich zusammengeklaut.‘ Und weiter im Text ‚...Hier werden Zitatsplitter missbraucht, um Vorurteile zu generieren.‘ Doch kein einziges Beispiel wird angeführt, das den ‚Missbrauch‘ belegt, weder von Benz, Ihrem Papst auf diesem Gebiet, noch von Ihnen. Welche ‚Vorurteile‘ will ich ‚generieren‘? Dann wird es geradezu kriminell. Ich betreibe ‚die Geschäfte jener, die das deutsche Volk von jedem Wissen und jeder Verantwortung für den Holocaust reinwaschen wollen.‘ Ein halbes Dutzend von mir verfasster einschlägiger Bücher sind auf dem Markt. Doch nirgendwo findet sich auch nur ein Satz, der für diese Verleumdung ins Feld geführt werden kann. Das genaue Gegenteil ist der Fall, wie schon bescheidene Logik vermuten lässt: Wenn ich mit Hilfe meiner Zeugen die Anschuldigung widerlege, dass die Deutschen in Sachen Antisemitismus eine Volksgemeinschaft bildeten, so ist das dem zuwider, was ein Ewiggestriger hören möchte. Schließlich Ihr Schlusssatz: ‚Diskussion findet am NS-Dokumentationszentrum sehr wohl statt, jedoch auf wissenschaftlich fundiertem Niveau.‘ – Damit wird meinen Veröffentlichungen (siehe PS) ‚wissenschaftlich fundiertes Niveau‘ abgesprochen, aber auch jenen, die im Kern mein Anliegen teilen und deshalb ein Vorwort oder ein Nachwort beigesteuert haben, Klaus von Dohnanyi, Joachim Fest, Alfred Grosser, Niels Hansen, Alfred de Zayas. Ich frage: Was ist das für ein ‚wissenschaftlich fundiertes Niveau‘, bei dem fast alle Zeitzeugen nicht zu Wort kommen dürfen? Wenn diese Anschuldigungen zuträfen, wäre es für mich höchste Zeit, die ‚Feder aus der Hand zu legen‘. Der Staatsanwalt wäre gefordert. Dies alles darf nicht ungeprüft bleiben. Der guten Sache wegen werde ich der Konfrontation nicht aus dem Wege gehen...“

Ergebnis: Ich werde weiterkämpfen. **Mein** Gott fragt nicht nach **meinem** Erfolg - so nehme ich an, sondern nach der Erfüllung **seiner** Gebote, die da lauten: „Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider Deinen Nächsten!“ „Du sollst Vater und Mutter ehren ...!“

Der leicht gekürzte Vortrag von Professor Dr. jur. Konrad Löw, Jahrgang 1931, bei der Herbsttagung der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt ZFI am 19. November 2016 in Ingolstadt.

Buchvorstellung

Wege in den II. Weltkrieg - Die Konfrontation in Europa und Roosevelts Kriegskurs

Zu den etablierten Axiomen der Geschichtsschreibung gehört die These, dass Deutschland unter Führung Hitlers allein verantwortlich für den Zweiten Weltkrieg war und diesen – gegen den Friedenswillen der anderen Mächte – planmäßig herbeigeführt hat. Michael Steinmetz ist nicht der erste Autor, der diese These in Frage stellt. Dabei legt er im Gegensatz zu den meist deutschland- und hitlerzentrierten Darstellungen den Schwerpunkt seiner Analyse auf die Zielsetzungen und auf das Agieren der europäischen Mächte und vor allem der USA. Unter Auswertung bisher nicht oder wenig beachteter sowie unbekannter Quellen weist der Autor den Weg durch das Labyrinth der komplizierten politischen Konstellationen in Europa der Jahre 1938-39 und führt zu durchaus neuen Bewertungen. Er richtet den Blick auch hinter die Kulissen der offiziellen Politik auf informelle Einflussnahmen durch Schlüsselpersonen, Interessengruppen und Medien und zeigt am Beispiel der USA deren Instrumentalisierung zur Desin-

formation und zur Steuerung der öffentlichen Meinung auf.

Der Autor hat das Buch in drei Hauptteilen gegliedert. Im ersten Hauptteil „Der äußere Anlass“ schildert er die Entwicklung im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen, das zunächst (1933-38) durch ein fast freundschaftliches Verhältnis und durch ein mehrjähriges Werben der deutschen Führung um Polen als Verbündeter gegen die Sowjetunion gekennzeichnet war. Steinmetz weist jedoch auch auf die letztlich nicht zu überbrückende Diskrepanz zwischen diesem Bemühen und den Zielvorstellungen Polens von der Schaffung eines „Dritten Europa“ als unabhängige Großmacht hin. Die hinreichend oft beschriebenen Verhandlungen um die deutschen Vorschläge zur Lösung des Streits um Danzig und dem Korridor werden nicht im Einzelnen nachgezeichnet, da dieser Streit nach Auffassung des Autors von polnischer Seite eher als Scheingefecht geführt wurde. Er zeigt auf, dass hinter den Kulissen die USA auf die

polnische Regierung einwirkte, nicht nachzugeben – dies auch mit der Zusicherung, dass die USA in einen möglichen Krieg eintreten werden. Der US-Botschafter in Warschau Anthony Biddle war daher auch der einzige Botschafter der Westmächte, der von polnischer Seite im Detail über den Fortgang der Verhandlungen informiert wurde.

Chamberlains Rolle: Appeasement-Politik

Im zweiten Hauptteil „Die Verlierer“ mit drei den Ländern Großbritannien, Frankreich und Deutschland gewidmeten Kapiteln schilderte der Autor die hektischen Entwicklungen in und zwischen diesen Ländern. Er stellt heraus, dass die Appeasement-Politik Chamberlains kein schwächliches Nachgeben von dem Aggressor war, sondern das Hauptziel verfolgte, das britische Empire vor einem Krieg und der damit verbundenen Gefahr des Auseinanderbrechens zu bewahren. Chamberlain war daher auch als überzeugter Antikommunist und in tiefem Misstrauen gegenüber der Sowjetunion bereit, Berlin noch weiter entgegen zu kommen und eine dominierende Rolle Deutschlands in Kontinentaleuropa zu akzeptieren. Er legte allerdings Wert darauf, dass dies

in geordneten diplomatischen Bahnen verlief.

Hitler hat mit seiner Politik immer neuer Coups die Chance, die Chamberlains Politik bot, nicht erkannt und zum Scheitern Chamberlains in der Auseinandersetzung mit der Kriegspartei unter Führung Churchills maßgeblich beigetragen. Bei der Beschreibung der Gründe für die Garantie an Polen und für die Kriegserklärung an Deutschland wird wiederum die massive Einflussnahme der US-Diplomatie deutlich.

Im Kapitel über „Deutschland – Revision und Expansion“ setzt sich der Autor mit Motiven und Zielen der Politik Hitlers auf der Grundlage seiner geopolitischen Vorstellungen von Lebensraum, Sicherung der Ernährung und wirtschaftlicher Autarkie auseinander. Er beschreibt die Einschätzung der Sowjetunion in Hitlers Kalkül und weist auf den janusköpfigen Charakter des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes mit seinem geheimen Zusatzprotokoll hin – ein Vertrag, der bereits am Tag nach der Unterzeichnung auf Roosevelts Tisch lag. Im dritten Hauptteil „Die Sieger“ stellt der Autor die Politik und Strategie Stalins sowie die von Roosevelt bestimmte Politik der USA dar. Dabei wertet er Stalins Politik als nüchterne Realpolitik,



**Klaus Hammel
Rainer Thesen**

Zweierlei Recht – Zweierlei Urteil

Die ungleiche Ahndung von Kriegsverbrechen

Das Recht des Siegers

392 Seiten, Festeinband farbig, ausführlicher Quellennachweis, Literaturverzeichnis, Personenregister, Preis 39,80 Euro

Unser Angebot heute:

Sonderpreis Jahreswechsel 2016/17: Nur 32,00 €!

Direktbestellung siehe Bestelladresse · versandkostenfrei



Neuerscheinung

Michael C. Steinmetz

Wege in den II. Weltkrieg

**Die Konfrontation in Europa
und Roosevelts Kriegskurs**

336 Seiten, Festeinband, farbige Kartendarstellungen, zahlreiche Abbildungen, umfangreiche Chronologie, ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis, Personenregister.

Preis 36,00 €

Direktbestellung siehe Bestelladresse · versandkostenfrei

Bestelladresse: Osning Verlag Gerhard Hubatschek

Zoeppritzstrasse 24 · 82467 Garmisch-Partenkirchen · Fax 08821/96 76 324 · info@osning-verlag.de

die zunächst auf einen Krieg zwischen Deutschland und den Westmächten setzte, um dann im geeigneten Zeitpunkt in den Krieg einzugreifen. Das Kapitel „Die USA und der moralische Imperialismus“ ist das umfangs- und aufschlussreichste Kapitel des Buches. Zwar schienen die USA jenseits des Atlantik durch die gesetzlich verankerte Neutralitätspolitik zunächst weit weg von der beginnenden Konfrontation in Europa, doch bereits ab 1937/38 griff Roosevelt auf der Grundlage seiner Doktrin der Einteilung in gute und böse Staaten sowie der Behauptung einer akuten Bedrohung der „freien Welt“ durch diktatorische Systeme in das Geschehen in Europa ein. Dabei ist es eine bis heute nicht beantwortete Frage, wie Roosevelt die Sowjetunion unter der weltweit schlimmsten Diktatur Stalins, der zu dieser Zeit bereits Millionen Tode zu verantworten hatte, dem Lager der „Guten Staaten“ zuordnen konnte. Roosevelt war nicht bereit, einen von Deutschland beherrschten und auf Autarkie gegründeten Großwirtschaftsraum in Europa zu akzeptieren und entschlossen, dies auch mit dem Mittel des Krieges zu verhindern. Er behauptete, Deutschland strebe eine Einkreisung und Unterwerfung der USA sowie die Welt-herrschaft an. Ein erster Versuch, seine Politik im Oktober 1937 mit

der „Quarantänerede“ auf internationaler Bühne zu präsentieren blieb allerdings ohne Erfolg. Der Versuch Anfang 1938, in einem Geheimbündnis mit Großbritannien eine „Weltfriedenslösung“ im Sinne der Quarantänerede zu manifestieren, scheiterte an der Ablehnung Chamberlains.

Roosevelts Geheimdiplomatie

Steinmetz schildert mit vielen Details, dass Roosevelt, der ab Anfang 1938 von der Notwendigkeit eines Kriegs gegen Deutschland überzeugt war, seine Ziele nun in einer zielstrebig angelegten Geheimdiplomatie verfolgte. Ein wichtiges Instrument war dabei ein Netz von US-Botschaftern in Europa unter informeller Führung von US-Botschafter William C. Bullitt in Paris, der als enger persönlicher Vertrauter Roosevelts diesen zu jeder Tages- und Nachtzeit sprechen konnte. Ziel war, die Politik Chamberlains zu Fall zu bringen und die europäischen Länder Polen, Frankreich und Großbritannien unter der Zusicherung, die USA seien entschlossen, in diesen Krieg einzutreten, auf Kriegskurs zu bringen. Einer der konkreten Schritte Roosevelts war z. B. der Plan, Frankreich nach einem Vorschlag Daladiers von Oktober 1938, mehrere Tausend Kampfflugzeuge für den Krieg

gegen Deutschland zu liefern, die unter Umgehung der Neutralitätsgesetze in Kanada gebaut werden sollten. Als Höhepunkt des Drucks, den Roosevelt auf die britische Regierung ausübte, verweist der Autor auf ein Ultimatum Roosevelts vom 16. März 1939, in dem dieser unter der Frage, ob Großbritannien eine „Nazi-Nation“ sein wolle, das sofortige Ende der Appeasement-Politik forderte. Sehr ausführlich schildert Steinmetz in diesem Kapitel die Rolle und Einflussnahme wichtiger Institutionen und Personen in Wirtschaft und Finanzen sowie einer Reihe prominenter Journalisten und machtvoller Medien bei dem Bestreben, Entscheidungen zu beeinflussen und einen Stimmungswechsel zugunsten einer Kriegsbereitschaft herbeizuführen. Mehrere Zeitzeugen – darunter der polnische Botschafter in Washington - berichteten, dass es damit gelang, in den USA eine regelrechte „Kriegshysterie“ zu erzeugen.

Mit Blick auf das Ergebnis dieser Politik Roosevelts führt Steinmetz zahlreiche Belege dafür an, dass es nach dem Urteil namhafter Persönlichkeiten und Zeitzeugen ohne den Druck Roosevelts die von Großbritannien und Frankreich an Polen erklärte Garantie ebenso wenig gegeben hätte, wie die darauf folgende Kriegserklärung an Deutschland.

US-Botschafter Joe Kennedy, bezeichnete diese Garantie später als „den gigantischsten“ Fehler in der Geschichte der beiden Länder. Im Gesamturteil kommt der Autor in seiner Untersuchung zu dem Befund: „Wenn man von einer planmäßigen „Entfesselung“ des Zweiten Weltkriegs in seiner globalen Dimension sprechen möchte, dann trifft dieser Begriff am ehesten auf die Politik Roosevelts und die Ziele der verborgenen nichtstaatlichen Akteure zu, welche mit allen Mitteln eine Verhandlungslösung torpedierten.“ Dieses Urteil steht im Einklang mit der Auffassung von Joe Kennedy, Roosevelt habe die USA in den Krieg getrieben. Dem früheren US-Präsidenten Hoover gegenüber erklärte er 1945, weder die Franzosen noch die Briten hätten ohne den Druck Roosevelts Polen zu einem Kriegsgrund gemacht. Steinmetz verliert sich an keiner Stelle in Spekulationen oder persönliche Vermutungen. Er stützt sich vielmehr auf eine überaus breite Quellenbasis (mehr als Tausend Quellenbelege) und untermauert seine Darstellung durch eine beeindruckende Fülle von Zitaten maßgeblicher Politiker und Zeitzeugen. Sehr hilfreich ist eine umfangreiche Chronologie über den Gesamt Ablauf des Geschehens. Insgesamt ein Buch, das Furore machen wird und dringend zur Lektüre empfohlen werden kann.

Rolf Richter

Michael C. Steinmetz: Wege in den II. Weltkrieg – Die Konfrontation in Europa und Roosevelts Kriegskurs, Osning-Verlag 2016, 336 Seiten, farbige Kartendarstellungen, zahlreiche Abbildungen, umfangreiche Chronologie, ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis, Personenregister. Preis Euro 36.- Versandkostenfrei in Direktbestellung: Osning Verlag + Zöppritzstr 24 + 82467 Garmisch-Partenkirchen + Fax 08821 / 9676324 + E-Post info@osning-verlag.de



Die Referenten und Autoren der SWG

Dr. Konrad Adam, Journalist
Prof. Dr. Menno Aden, Vorsitzender der SWG, Wirtschaftsjurist
Gualterio F. Ahrens, General a. D., Botschafter von Argentinien
Dr. Helmut Allardt, Botschafter a. D.; zuletzt Moskau
General a. D. Wolfgang Altenburg, Generalinspekteur a.D.
Oberst a.D. Manfred Backerra
Konrad Badenheuer, Publizist
Wolfram Baentsch, Journalist
Prof. Dr. Arnulf Baring, Freie Universität Berlin
Dr. jur. Eva Maria Barki, Wien
Dr. Dirk Bavendamm, Historiker
Generalmajor Hans-Christian Beck
Wolfram Bednarski, Ex-Gründungsmitglied der Grünen Niedersachsen
Dr. Bastian Behrens, Journalist
Prof. Dr. Hermann von Berg, Historiker
Günter Bertram, Richter a.D.
Prof. Dr. Fritz Beske, Arzt
Ferdinand Fürst von Bismarck
Dr. Martin Blank, Deutsch-Atlantische Gesellschaft
Wilhelm von Boddien, Unternehmer
Erhard Bödecker; Bankdirektor, Buchautor, Preußenmuseum Wustrau
Dr. phil. Horst Boog, Wiss. Direktor am MGFA, Historiker
Sigismund Frhr. von Braun, Botschafter a. D.
Prof. Dr. Johann Braun, Passau
Prof. Dr. Bernhard vom Brocke, Historiker
Dr. Jürgen Bruns, Europa Carton A.G.
Prof. Dr. Rainer Buchholtz, Sportwissenschaftler
Dr. Klaus G. Conrad
Dr. Günther Deschner, Historiker und Publizist
Gerhard Detlefs, Leinburg, Publizist
Prof. Dr. Hellmut Diwald, Historiker, Universität Erlangen

Peer Lars Döhnert, Journalist
General a. D. Lothar Domröse
Rolf Dressler; Chefredakteur
Monika Ebeling, Gleichstellungsbeauftragte Goslar a.D.
Walter Effenberger, Autor
Andreas Ehlers, China-Experte
Stephan Ehmke, Pädagoge und Autor
Prof. Richard W. Eichler, Kunstgeschichtler
Pfarrer Alexander Evertz
General a. D. Ernst Ferber
Dr. Dr. h. c. Hans Filbinger, Ministerpräsident a. D.
Prof. Dr. Michael Freund, Historiker
Prof. Dr. Gerhard Funke, Universität Mainz
Dr. Alexander Gauland, Mitgründer/Stv. Sprecher der AfD,
Fraktionsvorsitzender im Landtag Brandenburg
Mathias von Gersdorff, Publizist
Dr. Klaus Goebel, Rechtsanwalt
Ralph W. Göhlert, Dipl.-Ök., Oberstlt.d.R.
Döring-Ernst von Gottberg
Wilhelm von Gottberg, ehem. Sprecher der Landsmannschaft
Ostpreußen
Dr. H. J. Grasemann, Oberstaatsanwalt
Dipl.Vw. Sylvia Green-Meschke, Publizistin
Uwe Greve, Publizist
Horst Gröpper Botschafter a. D., zuletzt Moskau
Prof. Dr. jur. Klaus Michael Groll, München
Pater Lothar Groppe SJ
Dr.Ing. Jürgen R. Großmann, Unternehmer
Klaus J. Groth, Chefredakteur a. D.
Gen.Lt. a.D. Gert Gudera, Inspekteur des Heeres a.D.
BrigGen a.D. Reinhard Günzel, ehem. Kdr KSK
Dr. Otto von Habsburg, MdEP
Prof. Dr. Jens Hacker Historiker, Uni Regensburg
Dr.iur Hermann Hagena, Brig.Gen.a.D.
Henry Hallmann; Publizist

Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen
 Klaus Hammel, Oberst a.D., Autor
 Prof. Dr. Wilhelm Hankel, Wirtschaftswissenschaftler
 Brigadegeneral a. D. Helmut Harff
 Prof. Jerzy Hauptmann
 Hans Heckel, verantwortlicher Redakteur Politik/Wirtschaft
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Prof. Dr. Gerd Heinrich, Historiker
 Prof. Dr. Thomas Hering, Fern-Universität Hagen
 General Adolf Heusinger
 Prof. Dr. Frhr. v. d. Heydte
 Vizeadmiral a. D. Heye, Wehrbeauftragter des Bundestages
 Peter Hild, wiss. Referent
 Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien
 Dr. med. Horst A. Hoffmann, Kinderarzt
 Martin Hohmann, MdB a.D.
 Prof. Klaus Hornung, Historiker
 Oberst i. G. Gerhard Hubatschek
 Hüntelmann, Dr. Rafael, Publizist
 Eugen Hutmacher, Wirtschaftsminister des Saarlandes
 Hans Graf Huyn, MdB
 Dr. Richard Jäger, MdB, Bundesminister a. D.
 Dr. Hans-Edgar Jahn, Präsident der AG demokratischer Kreise
 Bernd Kallina, Dipl.-Pol., Redakteur Deutschlandfunk
 Prof. D. Walter Kaminsky, Universität Hamburg
 Botschafter a. D. Jörg Kastl, zuletzt Missionschef in Moskau
 Brigadegeneral a. D. Heinz Karst
 Hans-Jörg Kimmich, Vors. Richter am Verwaltungsgerichtshof
 Baden-Württemberg i.R.
 Dr. Karl Kindermann, Publizist
 Botho Kirsch, Journalist
 Kurt Klein, Regierungsdirektor
 Generalmajor a. D. Gerd-H. Komossa
 Dr. Hubertus Knabe, Bundesbeauftragter für die Unterlagen der
 STASI

Bernhard Knapstein, Landsmannschaft Ostpreußen
 Prof. Dr. Hans-Helmut Knütter, Universität Bonn
 Dr. Dr. Joachim Körner, Kandidat Hamburger Bürgerschaft
 Prof. Dr. Walter Krämer, Vorsitzender Verein Deutsche Sprache
 Alfred Krause, Bundesvorsitzender des DBB
 Prof. Dr. Martin Kriele Universität Köln
 Dr. Hans Kroll, Botschafter a. D., zuletzt Moskau
 Gabriele Kuby, Journalistin und Publizistin
 Götz Kubitschek, Journalist und Publizist
 Detlef Kühn, letzter Präsident des Gesamtdeutschen Instituts
 Bonn
 Prof. Dr. Karl-Heinz Kuhlmann, Theologe
 Dr. Horst Kullak-Ublick, Botschafter a. D.
 Prof. Dirk Kunert, Historiker, Universität Johannesburg
 Prof. Dr. H. R. Kurz, Eidgenössisches Militärdepartement (EMD)
 Prof. Dr. Hermann von Laer
 Alexander Lechler, Jena
 Hans-Joachim von Leesen, Publizist
 Dr. Erik Lehnert, Publizist
 Markus Leuschner, Historiker und Referent beim BdV
 Alexandra Maria Linder, Journalistin und Übersetzerin
 Bernd Lippmann, Historiker
 Dr. Stefan Luft, Historiker
 Dr. Heinz Magenheimer, Wien
 Dr. Silvius Magnago, Landeshauptmann von Südtirol
 Dr. Gregor Manousakis, Publizist (Athen)
 Dr. Ulrich March, Ost. Dir. a.D.
 Dr. Walter Marinovic, Gymn. Professor
 Dr. jur. Werner Marx, MdB
 Prof. Dr. Werner Maser. Historiker und Völkerrechtler
 Prof. Dr. Dr. Ulrich Matthée, Politologe Uni Kiel
 Dr. Alfred Mechttersheimer, Sprecher des Friedenskomitees 2000
 Dieter Meichsner, Schriftsteller
 Prof. Dr. Boris Meißner, Universität Köln
 Richard Melisch Unternehmer, Autor

Günther G. A. Marklein, Direktor Bismarck-Museum Jever
Dr. jur. Erich Mende, MdB, Bundesminister a. D.
Dr. Dietrich Wilhelm v. Menges, Generaldirektor der Gutehoff-
nungshütte AG
Prof. Dr. Rainer Mennel, Berlin
Prof. Dr. Hans-Joachim von Merkatz, Bundesminister a. D.
Ferdinand Otto Miksche, Militärschriftsteller
Dr. Arnim Mohler, Publizist
Prof. Dr. Klaus Motschmann, Hochschule der Künste Berlin
Dr. Heinz Nawratil, Rechtsanwalt
Henry Nitzsche, MdB
Dr. Wolf Nitschke, Philologe und Historiker
Prof. Dr. Ernst Nolte, Historiker
Dr. med. h. c. F. E. Nord, Stifterverband für die Deutsche Wis-
senschaft
Dr. Claus Nordbruch, Literaturwissenschaftler
Dr. Ing. Wolfgang Nowak, MdL
Dipl. Volksw. Werner Obst
Manuel Ochsenreiter, Chefredakteur
Dr. Dirk W. Oetting, Brig.Gen.a.D
Dr. Klaus Oligschläger, Forstdirektor i.R.
Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, Universität Hamburg
Gisa Pahl, Rechtsanwältin
Lucia Gevert Parada, Botschafter von Chile
Dr. Richard Pemsel, Publizist
Heiko Peters, Unternehmer
Jean-Paul Picaper, Straßburg
OTL a. D. Konrad Pingel, Historiker
Prof. Dr. Günther Pöschel, Konteradmiral a. D.
Dr. Roger Kusch, Justizsenator a.D.
Gisela Poelke, Landesfrauenrat Schleswig-Holstein
Dr. Walter Post, Universität München
Dr. V. E. Preusker, Bundeswohnungsbauminister
Rüdiger Proske, Journalist
Ulrike Raich

Prof. Dr. Bernd-Thomas Ramb, Universität Siegen
 Udo Reinhardt, Ex-Gründungsmitglied der Grünen Niedersachsen
 Frank Riedel, Preußenmuseum Berlin-Brandenburg
 Gerd Schultze-Rhonhof, GenMaj a.D.
 Prof. Dr. Bolko Frhr. von Richthofen
 Frank Riedel MA, Historiker
 Dr. Walter T. Rix, Literaturwissenschaftler
 Dr. habil. Peter Robejsek, Direktor Haus Rissen
 Dr. Rainer Röhl, Publizist
 Prof. Dr. G. Rohrmoser, Universität Hohenheim
 Dr. jur. Helmut Roewer, Präsident a.D. Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg
 Dr. Olaf Rose, Germanist
 Dr. Peter Sager, Direktor des Ostinstituts Bern
 Dr. Rolf Sauerzapf, Kirchenrat und Dekan im BGS a.D.
 Dr. Edmund Sawall, Unternehmer
 Dr. Wolfgang Schaarschmidt, Autor
 Prof. Dr. jur. Karl Albrecht Schachtschneider, Staatsrechtler
 Dr. Herm. Schäfer, Bundesminister a. D.
 Prof. Dr. Wolf Schäfer, Bw-Uni Hamburg
 Dr. Stefan Scheil, Historiker
 Prof. Dr. Erwin K. Scheuch, Universität Köln
 Dr. Alfred Schickel, Historiker (ZFI)
 Prof. Emil Schlee, Ministerialrat a.D.
 Prof. Dr. Franz Schlegelberger, Jurist
 Dr. jur. Friedr. Wilh. Schlomann, Publizist
 Wolf Schneider, Journalist
 Prof. Dr. Hans-Joachim Schoeps, Universität Erlangen
 Prof. Dr. Percy Schramm, Kanzler des Ordens „Pour le mérite“
 Dr. Ritter von Schramm, Schriftsteller
 Alexander Sosnowski, Korrespondent/Autor Deutsche Welle/
 Deutschlandradio Kultur für Rußland/Ukraine
 Horst Schüler, Journalist
 Prof. Dr. jur. Erich Schwinge, Universität Marburg (em.)

Dr. rer.mil. Bernd Schwipper, Generalmajor a.D.
 Prof. Dr. Franz W. Seidler, em. Hochschule der Bundeswehr
 München
 Prof. Dr. jur. Wolfgang Seiffert, Universität Kiel
 Prof. Dr.-Ing. Hans-Joachim Selenz, Vorstandssprecher Preussag
 Stahl AG a.D.
 Dr. Stefan Scheil, Historiker und Publizist
 Prof. Dr. Harald Seubert, Philosoph
 Prof. Dr. H.G. Schmitz, Germanist
 Ronald F.M. Schrumpf, Sozialethiker
 Prof. Dr. jur. Theodor Schweisfurth, Emeritus Uni Viadrina
 Prof. Dr. Hubert Speidel, Psychotherapeut
 Alexander von Stahl, Generalbundesanwalt a.D.
 Reginald Steed, Chefkomentator des Daily Telegraph
 Dieter Stein, Chefredakteur
 Prof. Dr. Udo Steinbach, Direktor Orientinstitut
 Rolf Stolz, Dipl. Psych., Publizist
 Dr. Carl Gustav Ströhm, Publizist (Zagreb)
 Prof. Dr. Karl-Ewald Tietz, Emeritus Uni Greifswald
 Wolfgang Toerner, Pädagoge
 Save di Tove, Botschafter von Togo
 Dr. jur. Walter Truckenbrodt, Botschafter a. D.
 Horst Tscharncke, Pastor
 GenLt a. D. Dr. Franz Uhle-Wettler
 Brigadegeneral a. D. Reinhard Uhle-Wettler
 Dr. Wolfgang Venohr, Journalist
 Prof. Dr. Michael Vogt, Historiker
 Prof. Michael S. Voslensky, Direktor des Forschungsinst. für
 sowjet. Gegenwart, München
 Lutz Webendorfer, Unternehmensberater
 Dr. h. c. H. G. Weber, Oberstadtdirektor a. D., Braunschweig
 Tim Weber, 1. Vors. Mehr Demokratie e.V.
 Prof. Dr. Oskar Weggel, Institut Asienkunde Hamburg
 Hugo Wellems, Chefredakteur
 Reginald Steed, Chefkomentator des Daily Telegraph

Dr. Arno Weiner, Gen.Staatsanwalt a. D.
Dr. Karlheinz Weißmann, Publizist
Rudolf Willeke, Studiendirektor
Prof. Dr. Bernard Willms, Universität Bochum
Willy Wimmer, RA, Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Dr. Stefan Winckler, M.A., Publizist
Dr. Klaus W. Wippermann, Redakteur Publizist
Manuel Wittstock, Historiker
Dr. Wolfgang von Wolmar, Historiker
Dr. Barbara v. Wulffen, München
Dr. jur. et. phil. Alfred Zayas, Historiker, Völkerrechtler
Prof. Dr. Günter Zehm, Philosoph und Publizist
Dr. Ekkehard Zimmermann, Historiker
Dr. Friedrich Zimmermann MdB Bundesinnenminister

Veranstaltungen der SWG – Regio Schleswig-Holstein 2016

- **Jahresempfang - Stephan Ehmke:** „Deutschland im Chaos
- was können, was müssen wir tun?“
- **Dr. Helmut Roewer:** „Der Verfassungsschutz - und das Verschwinden des Rechtsstaates“
- **Richard Melisch:** „Die Selbstaufgabe der europäischen Völker“
- **Dr. Konrad Adam:** „Die Freiheit Europas und ihre Feinde“
- **Dr. Stefan Scheil:** „Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-45
- Gründe, Handeln beider Seiten“
- **Stephan Ehmke:** „Widerstand“
- **Vertreter der Identitären Bewegung IB:** „Die Identitäre Bewegung stellt sich vor“

Veranstaltungen der SWG-Regio Hannover im Jahre 2016

- **Richard Melisch:**
Die One World der Globalisier
- **Dr. Stefan Scheil:**
„Der Deutsch-sowjetische Krieg 1941 - 1945
Gründe, Handeln beider Seiten, Verluste“
- **Dipl.-Politologe Bernd Kallina:**
Der Begriff des Politischen im Informationszeitalter -
Kampagnen-Journalismus in Deutschland heute
- **Herr Heinz-Siegfried-Strelow:**
Auch Menschen haben Wurzeln – Jedem seine Heimat

Veranstaltungen der SWG Regio Hamburg im Jahr 2016

- **Forstdirektor i.R. Dr. Klaus Oligschläger:**
Klimafragen – kalter Wind oder heiße Luft?
- **Seminartag:**
Europa bis Wladiwostok – selbstbestimmt stark
- **Manfred Backerra:**
Gute Gründe, die Chance zu nutzen
- **Alexander Sosnowski:**
Das politische und wirtschaftliche Potential
- **Willy Wimmer:**
Wege zu einer Region der Sicherheit und Zusammenarbeit
- **Richard Melisch:**
Quo vadis, USA?
- **Dr. Stefan Scheil:**
Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-45 –
Gründe, Handeln beider Seiten
- **Generalmajor a.D. Dr. rer. mil. Bernd Schwipper:**
Deutschland im Visier Stalins

- **Ralph W. Göhlert** Dipl.-Ök., Oberstlt. d.R.,
Vertriebsleiter Maschinenbau N/M Osten:
Vom Maghreb bis zum IS – Krisen Kriege und die Folgen
- **Dr. Walter Post:**
Die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ 1941-45 – Ein
vergessenes aber noch für heute bedeutsames Kapitel der
Geschichte
- **Dr Helmut Roewer:**
Auf dem Weg zur Weltherrschaft –
Warum England der Ersten Weltkrieg auslöste und
Amerika ihn gewann

Versailler Vertrag (Diktat von (1919) Weg zur Auslösung des Zweiten Weltkriegs (1939)



DIN A5, 32 Seiten



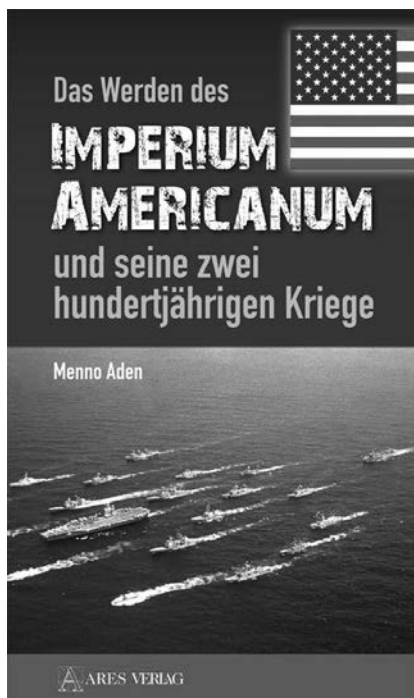
DIN A5, 36 Seiten



DIN A5, 32 Seiten

**Der Abgabepreis beträgt 2,00 Euro/Broschüre.
Ermäßigter Preis (15,00 Euro) bei Abnahme von 10 Stück.
Bei Postversand zzgl. Versandkosten.**

Bestelladresse:
Landsmannschaft Ostpreußen - Landesgruppe NRW e.V.
Postadresse: Brigitte Gomolka, Buchenring 21, D-59929 Brilon
Tel.: 02964-1037, Fax: 02964-945459 - E-Post: Bueror@Ostpreussen-NRW.de



ISBN 978-3-902732-63-7

Menno Aden

**DAS WERDEN DES IMPERIUM
AMERICANUM UND SEINE ZWEI
HUNDERTJÄHRIGEN KRIEGE**

232 Seiten, 13 x 22 cm, brosch.

€ 18,--

Behandelt wird die Entwicklung des *Imperium Americanum* bis zur heutigen Vorherrschaft der USA unter zwei Gesichtspunkten: Ein Fokus betrachtet diesen Weg als Fortsetzung des Wettlaufs der europäischen Mächte um die Hegemonie auf dem „alten Kontinent“. Dieser führte nach der Unterwerfung Indiens und der Errichtung eines Halbprotektorats über China infolge der Opiumkriege um 1860 zur globalen Hegemonie Großbritanniens. Das *Imperium Americanum* wird als Umformung dieser britischen Weltmachtstellung beschrieben. Die hegemoniale Alleinstellung Londons wandelte sich bis 1910 zur Doppelspitze London – Washington. Nach dem Sieg über die Mittelmächte im Ersten Weltkrieg trat die Alleinherrschaft Washingtons an ihre Stelle.

Seit der Verkündung der Monroe-Doktrin (1823) konnte damit in einem hundertjährigen Krieg erreicht werden, was die USA von Anfang an als ihre *manifest destiny* – ihre „offensichtlich Bestimmung“ – ansahen, nämlich der Welt ihre Vorstellung von Recht und Demokratie zu bringen.

Mit dem Ersten Weltkrieg war die bis dahin herrschende Weltordnung zerbrochen. Ab 1920 flammten Unruhen in und zwischen den Befreiung suchenden Völkern auf. Ein neuer Wettlauf um Rohstoffe – jetzt vor allem um Erdöl – hob an, der im Mittleren Osten bis heute nicht entschieden ist. Diese Phase wird als zweiter hundertjähriger Krieg gedeutet, in dem die USA bei wechselnden Alliierten und Gegnern versuchen, die Weltordnung in ihrem Sinne zu stabilisieren. Vieles deutet darauf hin, dass sie diesen zweiten hundertjährigen Krieg nicht gewinnen werden. Der zweite Fokus zielt auf das amerikanische Erwählungsbewusstsein. Bei jedem Volk findet sich der Glaube, zu etwas Großem und Besonderem bestimmt zu sein. Dieser Glaube war und ist im Hinblick auf die USA besonders ausgeprägt. Er erlaubt es den Amerikanern, die beim Aufbau ihres Imperiums notwendigen Gewalttaten und Rechtsbrüche gegenüber den Ureinwohnern und anderen Staaten als gottgewollt und letztlich verzeihlich zu werten. Er bestimmt ihr Handeln offenbar bis heute ganz entscheidend mit und verleitet sie immer wieder zu Handlungen, die dem Völkerrecht widersprechen. Der Autor plädiert deswegen für ein effektives Völkerrecht, dem auch die Mächte unterworfen sind.

Der Autor

geb. 1942; Studium der Rechte in Tübingen und Bonn; dort Promotion. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität von Südafrika/Pretoria. Berufslaufbahn in der Energie- und Kreditwirtschaft. Bis 2007 Professor an der FH Essen; zuletzt Präsident des evg.-luth. Landeskirchenamtes in Schwerin. Veröffentlichte viele juristische und kulturgeschichtliche Fachaufsätze und Bücher. Etliche berufliche Einsätze in aller Welt führten den Autor immer wieder zu der Frage, wie es den USA gelingen konnte, über viele Kriege hinweg zur imperialen Macht aufzusteigen, anderen Nationen – wie zum Beispiel Deutschland – aber den Ruf eines „Störenfrieds der Weltordnung“ anzuhängen.

30 JF
JAHRE

Deutschland- Abo

Unser Geschenk für Sie zu 30 Jahren JUNGE FREIHEIT

12 Ausgaben der JUNGEN FREIHEIT + Kinofilm

„Deutschland von oben“ für 26 Euro

Bestellen Sie auf: jf.de/deutschland-abo



Ihre Prämie

**Kinofilm
Deutschland von oben**
im Wert von 9,99 Euro



Lesen, was Sache ist.

LINKS- ENTTARNT.net

**Die Antwort auf den
„Kampf gegen Rechts“**



swg

